

# Revolution, Wiedervereinigung und katholische Kirche 1989/90

Von Christoph Kösters

*Karl-Joseph Hummel zum 60. Geburtstag*

## *Einführung*

Zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer in Berlin und der staatlichen Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten scheint das Urteil der Geschichte über den Anteil der christlichen Kirchen am politischen Umbruch 1989/90 in der DDR festzustehen: „Bei der ‚friedlichen Revolution‘ handle es sich keineswegs um eine ‚protestantische Revolution‘, konstatiert der evangelische Kirchenhistoriker Gerhard Lindemann. „Protestanten und Katholiken trugen zur Demokratiebewegung zwar Entscheidendes bei, doch war die evangelische Kirche nicht der Motor des gesellschaftlichen Umbruchs“.<sup>1</sup> Für die kleinere katholische Kirche verweisen Historiker sogar auf eine Passivität oder konstataren für die Wochen und Monate des Herbstes 1989 einen Totalausfall. Bleibt die Perspektive nicht auf die Revolution 1989 begrenzt, sondern bezieht auch die Wiedervereinigung Deutschlands bis zum Oktober 1990 ein, so kontrastiert der vermeintliche „Totalausfall“ scheinbar mit der Präsenz von Katholiken in politischen Ämtern, so dass sogar eine katholische Machtübernahme behauptet wurde.<sup>2</sup>

Dass dieses Kontrastbild bis heute historisch kaum näher begründet wird, hat seinen Grund in einer weitgehend auf die kirchlichen Entwicklungen in der DDR fokussierten Perspektive.<sup>3</sup> Der historische Verlauf in der Bundesrepublik

---

1 Gerhard LINDEMANN, *Die christlichen Kirchen und der deutsche Vereinigungsprozess*, in: Gerhard BESIER/Katarzyna STOKŁOSA (Hg.), *15 Jahre Deutsche Einheit. Was ist geworden?*, Berlin 2007, S. 129–148, hier S. 137.

2 Vgl. Ilko Sascha KOWALCZUK, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, Lizenzausg. der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2009, S. 221f. Ehrhart Neubert hingegen hat seine zugespitzte These von 1991 („Wir haben die SED entmachtet, und nun übernehmen die Katholiken die Macht!“) in seiner 2008 erschienenen Gesamtstudie allerdings nicht wiederholt. Vgl. Ehrhart NEUBERT, *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*, München 2008.

3 Außer Bernd Schäfer hat sich vor allem Josef Pilvousek in verschiedenen Einzelbeiträgen des Themas angenommen. Vgl. Bernd SCHÄFER, *Ungleichzeitigkeiten. Positionen in der katholischen Kirche im „Revolutionsjahr“ 1989*, in: Thomas BROSE (Hg.), *Gewagte Freiheit. Wende, Wandel, Revolution*, Leipzig 1999, S. 124–138; Josef PILVOUSEK, *Kirche in der DDR: Rückschau auf die Erfahrungen*, in: *20 Jahre Mauerfall. Katholische Kirche und Friedliche Revolution. Lernschritte und Bewährungsproben. Eine Dokumentation*, hg. von der Katholischen Akademie in Berlin e. V., o. O. 2010, S. 4–17; DERS., *Im kirchenpolitischen „Korsett“ der Bischofskonferenz. Bischofskonferenz, Bischöfe und die friedliche Revolution von 1989*, in: Thomas BROSE (Hg.), *Glaube, Macht und Mauerfälle*.

wird bislang nicht berücksichtigt, ist aber doch unabdingbar, um das Verhalten der katholischen Kirche 1989/90 zu verstehen. Eine Ursache für die missliche Forschungslage ist eine asymmetrische Quellenlage: Während sich für die katholische Kirche in der DDR die historischen Entwicklungen dank verschiedener, zum Teil sehr materialreicher Dokumentensammlungen recht gut nachzeichnen lassen,<sup>4</sup> sind die relevanten kirchlichen Provenienzen, die vor allem über das Verhalten der westdeutschen Bischöfe Aufschlüsse bieten könnten, noch nicht zugänglich.

Immerhin sind die äußeren Abläufe innerhalb der Kirche in Westdeutschland rekonstruierbar. Die entsprechenden Ausführungen stützen sich im Folgenden vornehmlich auf Agenturmeldungen der katholischen Kirchenpresse. Dies erlaubt es, die Entwicklungen über den Herbst 1989 hinaus bis zur Vereinigung Anfang Oktober 1990 weiterzuverfolgen.<sup>5</sup> Über die Frage, ob und in welchem Maße die katholische Kirche in die revolutionären Vorgänge involviert war, gelangen auf diese Weise auch die Auswirkungen in den Blick, die diese Vorgänge im Zuge der Vereinigung Deutschlands weiter entfalteten. Dabei empfiehlt es sich, nicht nur auf die bischöfliche Kirchenleitung zu schauen, sondern auch die Entwicklungen im Laienkatholizismus zu verfolgen.

---

*Von der friedlichen Revolution ins Neuland*, Würzburg 2009, S. 82–90; DERS., *Bischofskonferenz, Bischöfe und die friedliche Revolution von 1989*, in: *Theologie und Glaube* 52 (2009), S. 95–106; DERS., *Katholizismus und katholische Kirche in der DDR seit 1985*, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 20 (2007), S. 47–65. Allgemein Bernd SCHÄFER, *Staat und katholische Kirche in der DDR*, 2. Aufl., Köln u. a. 1999.

- 4 Geradezu eine Fundgrube ist der Quellenband von Martin HÖLLEN, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten*, Bd. 3, 2. Teil-Bd.: 1977–1990, Berlin 2000. Die bischöflichen Hirten schreiben und Kundgebungen sind zugänglich in: Gerhard LANGE u. a. (Hg.), *Katholische Kirche – Sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945–1990*, 2. erw. Aufl., Leipzig 1993; Josef PILVOUSEK (Hg.), *Kirchliches Leben im totalitären Staat. Seelsorge in der SBZ/DDR 1977–1989. Quellentexte aus den Ordinariaten*, Teil II, Leipzig 1998.
- 5 Vgl. die knappe Skizze von Heinz HÜRTE, *Die Kirchen zur Zeit der Wiedervereinigung*, in: Jürgen ELVERT (Hg.), *Deutschland 1949–1989. Von der Zweistaatlichkeit zur Einheit*, Wiesbaden, 2003, S. 190–196. Eine soziologisch angelegte Untersuchung bietet Barbara THÉRIAULT, „Conservative revolutionaries“. *Protestant and catholic churches in Germany after radical political change in the 1990s*, New York u. a. 2004. Eine Auswahl bischöflicher Hirten schreiben und Kundgebungen für den deutschsprachigen Raum ist zusammengestellt in: *Hirtenbriefe 1989 aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, hg. vom Institut für kirchliche Zeitgeschichte, Salzburg 1990; *Hirtenbriefe 1990 aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, hg. ebd., Salzburg 1991. – Allgemein: Andreas RÖDDER, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009; Hanns Jürgen KÜSTERS, *Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90*, Freiburg i. Br. 2009. Klaus-Dietmar HENKE (Hg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009; Wolfgang JÄGER, *Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90*, Stuttgart 1998.

Dass die zugrundeliegende Materialbasis nur erste Einblicke und vorläufige Beobachtungen erlaubt, versteht sich von selbst; die Auswertung der Akten kann sie nicht ersetzen.

Die Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland 1989/90 wird in vier Schritten entfaltet: Zuerst wird die politische und soziale Situation der katholischen Kirche in der DDR vom Beginn der 1980er Jahre bis zum Vorabend der Revolution skizziert. Ohne diesen weiter ausgreifenden Rückblick bleibt das Verhalten von Episkopat und Katholiken 1989/90 unverständlich. Zweitens wird die Beteiligung der katholischen Kirche an den revolutionären Vorgängen im Herbst 1989 beleuchtet. Drittens ist danach zu fragen, welche Bedeutung ihr auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands zukam, der sich seit der zweiten Dezemberhälfte 1989 abzeichnen begann. Abschließend wird viertens das politische Engagement des ostdeutschen Laienkatholizismus behandelt.

### *1. Die katholische Kirche in der DDR am Vorabend der Revolution*

Als Olof Klohr, Jenaer Professor für Wissenschaftlichen Atheismus, 1981 ein erstes „Handbuch der katholischen Kirche in der DDR“ präsentierte, war er sich sicher: „Der Rückgang des Mitgliederbestandes der katholischen Kirche in der DDR ist unbestreitbar. Diese Tendenz wird wahrscheinlich weiter anhalten. Aus der Zahl der Taufen, Firmungen und Eheschließungen wird ersichtlich, daß man in absehbarer Zeit mit 4 % Katholiken in der DDR zu rechnen hat. (4 % wären in etwa 670.000).“<sup>6</sup> Damit sollte der statistische Beleg für die marxistische Sicht vom Absterben der Religion erbracht werden. Zwar sollte die Geschichte einen anderen Verlauf nehmen. Die Zahlen jedoch entsprachen relativ genau den tatsächlichen Verhältnissen, wie eine repräsentative Stichprobe im Sommer 1990 zeigte.<sup>7</sup> Im Land der Reformation, in dem die erwachsenen Christen gerade noch ein Viertel der Bevölkerung ausmachten, bildeten die Katholiken und ihre Kirche eine kleine konfessionelle Minderheit. Weltanschauliche und konfessionelle Diaspora bestimmten die Wirklichkeit des katholischen Kirchenalltags.

Da die DDR die Rechtsnachfolge des 1945 untergegangenen Deutschen Reiches ignorierte, bestand im rechtlichen Verhältnis zwischen SED-Staat und Kirche eine Schwebesituation. Der Staat kündigte nicht das Reichskonkordat von 1933, erkannte es aber auch nicht an. Die katholischen Bischöfe hingegen vermieden möglichst alles, was den Staat zu einem solchen Schritt veranlassen könnte. Dies brachte die katholische Kirche von Beginn an in eine kirchenpo-

---

6 *Die katholische Kirche in der DDR. Handbuch*, bearb. von Olof KLOHR u. a., Ingenieurshochschule für Seefahrt, Warnemünde 1982, Nr. 4.1.1.

7 Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) Aktueller Dienst Inland (AD), Nr. 172 vom 26.7.1990, S. 1: Zahl der Christen in der DDR geringer als bisher angenommen.

litische Defensive. Praktisch galt der Konkordatschutz in der DDR nicht und erlaubte den SED-Mächtigen den Druck durch repressive Maßnahmen beliebig zu verschärfen oder abzuschwächen. Als die Teilung Deutschlands 1961 die noch verbliebenen Kontakte der katholischen Jurisdiktionsbezirke zu ihren Mutterdiözesen in der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme des Bistums Berlin gewaltsam trennte, sahen die katholischen Bischöfe nur noch den Ausweg, mit dem Staat zu einem „Modus Vivendi“ zu gelangen, der die Einheit des Bistums Berlin und damit ein offenes Fenster nach West-Berlin wahrte und die Existenz der kleinen katholischen Minderheit in der DDR sicherte. Zum Ausgangspunkt für eine politische Abstinenz der Kirche im Sinne einer verlässlichen, aber durchaus taktisch instrumentalisierbaren öffentlichen Neutralität wurde der Antrittsbesuch des neuen Berliner Bischofs Bengsch bei Ministerpräsident Stoph im November 1961. Ohne die fundamentalen Unterschiede auszusparen, bekundeten beide Seiten den Willen, künftig die anstehenden Einzelfragen im Gespräch friedlich zu klären. Aus Sicht des SED-Regimes war die beabsichtigte „Geschäftsgrundlage“ mit der katholischen Kirche erreicht, die deren Abstinenz in politischen Fragen sicherte; in Bengschs Augen war die Einheit des Bistums gewahrt.<sup>8</sup>

In der „Ära Bengsch“ entwickelte sich aus den bilateralen Gesprächen mit dem Staat je länger desto mehr ein Gerüst kirchenpolitischer Prinzipien, die der katholische Beauftragte für die Verhandlungen mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, der Berliner Prälat Gerhard Lange, Anfang November 1989 in sechs Punkten zusammenfasste: keine Veränderungen der überkommenen deutschen Rechtsgrundlagen („Es bleibt alles beim Alten“), keine Veränderungen der konkordatär festgelegten Diözesangrenzen, Stellungnahmen nur zu Grundsatz- und Lebensfragen des Volkes (politische Abstinenz), keine unterschiedlichen Veröffentlichungen in West und Ost (medienpolitische Abstinenz), Einheitlichkeit der bischöflichen Stellungnahmen (*una voce*) und keine gemeinsamen Erklärungen mit der evangelischen Kirchenleitung (keine *Ökumene in politicis*).<sup>9</sup>

Auf diese Weise sah man die Pfarrseelsorge am besten gegen die permanenten Zersetzungsversuche durch das SED-Regime, seine Massenorganisationen und seinen monströsen Sicherheitsapparat geschützt. In der Tat hielt die weitgehende Beachtung dieser Leitprinzipien den totalitären SED-Staat relativ auf Distanz, sicherte auf stillen West-Ost-Transferwegen das Überleben der katholischen Minderheit in der DDR und schloss öffentliche Kritik am Staat

8 Zum Gespräch zwischen Stoph und Bengsch am 2.11.1961 vgl. Martin HÖLLEN, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten*, Bd. 2: 1956–1965, Berlin 1997, S. 295–309.

9 Vgl. die Expertise Langes vom 6.11.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 268. – Bengsch war 1979 gestorben.

nicht aus, wenn seine Politik – wie etwa in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs – Kernbereiche von Religion und Kirche berührte.

Gleichwohl erzwang ein solcher Kurs den Rückzug der katholischen Kirche in ein defensives gesellschaftliches Nischendasein, was auf Dauer nicht ohne Ambivalenzen bleiben konnte. Es schien darauf anzukommen, den Status quo Schritt für Schritt erträglicher zu machen, nicht aber ihn abzuschaffen.<sup>10</sup> Die – wie man sie nennen könnte – „Berliner Kirchenprinzipien“, die die kleine Diasporakirche zunächst wirksam zusammenhielten und stützten, wirkten je länger desto mehr einschnürend und beengend.<sup>11</sup> Sie ließen kaum Möglichkeiten, um auf Veränderungen, die Kirche und Gesellschaft seit den 1970er Jahren erfassten, zu reagieren.

Die Katholiken seien stets „katholische Kirche in einem Land“ und bildeten „keine Landeskirche“, unterstrich der Berliner Kardinal Meisner<sup>12</sup> am Silvesterabend 1984 und brachte damit die kirchlichen Verhältnisse auf den Punkt.<sup>13</sup> Seit den 1950er Jahren hatte die katholische Kirche ihre Diaspora-Existenz in der DDR als „Gärtnerei im Norden“, als „fremdes Haus“, dann als „Land“ und „Heimat“ akzeptiert, ohne sich mit dem SED-Staat zu identifizieren und „Kirche im Sozialismus“ zu werden. Und zu diesem Selbstverständnis als „Kirche in der DDR“ zählte anders als bei den traditionell staatsnahen evangelischen Landeskirchen vor allem auch das Bewusstsein, mit der Weltkirche und dem Papst verbunden zu sein.

Papst Johannes Paul II. hatte mit Beginn seines Pontifikates 1979 zunächst die „Vatikanische Ostpolitik“ seines Amtsvorgängers kraftvoll und entschlossen neu akzentuiert und die von Papst Paul VI. eingeleitete Anpassung der kirchlichen Jurisdiktionsbezirke an die Staatsgrenzen der DDR gestoppt. Am 28. Oktober 1982 legte der Papst den katholischen Bischöfen und ihrem unmittelbar zuvor und vorzeitig neu gewählten Konferenzvorsitzenden Meisner<sup>14</sup> bei einem Ad-limina-Besuch in Rom sein römisches Programm ans Herz: Einheit mit dem Papst als Voraussetzung für die Einheit innerhalb der Bischofskonferenz, Fortsetzung der Solidarität mit den Kirchen in den Nachbarländern,<sup>15</sup> klares Bekenntnis zur Menschenwürde, insbesondere gegenüber der Jugend sowie durch den Einsatz für den Frieden, und zwar einschließlich eines mit den

---

10 HÜRTE, *Kirchen* (wie Anm. 5), S. 192.

11 Vgl. PILVOUSEK, *Im kirchenpolitischen „Korsett“* (wie Anm. 3), S. 84.

12 Joachim Meisner (geb. 1933), 1982–1989 Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz, 1962 Priesterweihe (Bistum Erfurt), 1969 Dr. theol. in Rom, 1975 Weihbischof des Apostolischen Administrators in Erfurt Meiningen, 1980 Bischof von Berlin, 1983 Kardinal, 1988 Erzbischof von Köln. Vgl. <http://www.dbk.de/geschichte-kath-kirche-deutsch.html> (Stand: Juni 2010).

13 Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 129.

14 Vgl. Erklärung des Sekretariats der Berliner Bischofskonferenz vom 7.9.1982, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 76.

15 Gemeint waren Litauen, CSSR, aber auch Polen.

evangelischen Glaubensgemeinschaften zu suchenden Gedankenaustauschs.<sup>16</sup> Diese Ermunterung durch das katholische Kirchenoberhaupt, das bisherige Nischendasein aufzugeben, berührte die „Berliner Kirchenprinzipien“. Vor allem über die – auch den Staatssekretär für Kirchenfragen interessierende – Frage, ob die bisherige Zurückhaltung durch ein ökumenisches Zusammengehen mit den evangelischen Christen überwunden werden könne und solle, bestand innerhalb der katholischen Kirchenführung keine einhellige Auffassung.<sup>17</sup>

Die grundsätzlichen Spannungen lagen tiefer und bestimmten nicht erst seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil die innerkirchlichen Debatten. Wie in jeder Diktatur hatte auch die Kirche in der DDR grundsätzlich ihren Standort zu wählen, um die Seelsorge zu sichern: angesichts der nicht in Frage stehenden Machtverhältnisse eher „politisch“ in einer prinzipiellen Opposition zu den herrschenden totalitären Weltanschauungsanspruch zu bestehen oder eher „gesellschaftlich“ in einer vorsichtigen Anpassung der Kirche an die bestehenden Verhältnisse, um einem ghettogleichen Abseits zu entkommen. Das Grunddilemma trat angesichts von Agonie und Machterosion des SED-Regimes einerseits und dem Vorwärtsdrängen des Papstes andererseits deutlich zutage. Unter der Oberfläche einer nach außen weiterhin geschlossen auftretenden katholischen Kirche machten sich infolgedessen gegenläufige Strömungen bemerkbar: Den Bemühungen, den kirchenpolitisch bewährten Kurs fortzusetzen, liefen Bestrebungen zuwider, den Standort der katholischen Kirche neu auszurichten. Die unterschiedlichen Positionen wurden zusätzlich verstärkt von einer seit jeher bestehenden Distanz der peripher gelegenen Diasporazentren in Dresden, Erfurt, Magdeburg, Schwerin, Görlitz und Meiningen gegenüber dem starken hauptstädtischen Berliner Zentrum.

Im historischen Rückblick erweist sich der seit 1981 vorbereitete, Anfang 1982 zunächst gescheiterte und am 2. Januar 1983 schließlich doch verlesene Hirtenbrief zum Weltfriedenstag<sup>18</sup> als erster bemerkenswerter Schritt. Die vom Erfurter Bischof Wanke<sup>19</sup> in der Friedensfrage vorangetriebene Neuorientie-

16 Audienzansprache Papst Johannes Pauls' II. an die Bischöfe aus der DDR vom 28.10.1982, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 78. – Vor allem der vom Papst angeregte ökumenische Gedankenaustausch sorgte beim Staatssekretär für Kirchenfragen für Aufsehen. Der kirchliche Gesprächsbeauftragte, Prälat Lange, teilte daraufhin mit, Kardinal Meisner habe interveniert, weil der vom Papst vorgetragene Text zuvor nicht abgestimmt worden sei. Vgl. die Aufzeichnungen Kalbs vom 7.11.1983, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 97.

17 Vgl. Aufzeichnungen des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Kalb, EBD. S. 97f.

18 Hirtenbrief der Berliner Bischofskonferenz zum Weltfriedenstag vom 1.–2.1.1983, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 80–83; vgl. auch Jürgen SELKE, *Katholische Kirche im Sozialismus? Der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe in der DDR zum Weltfriedenstag 1983 und seine Bedeutung für das Verhältnis von Katholischer Kirche und Staat DDR*, Altenberge 1995; SCHÄFER, *Staat* (wie Anm. 3), S. 400–402.

19 Joachim Wanke (geb. 1941), 1989 kommissarischer Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz, 1966 Priesterweihe (Bistum Erfurt), 1973 Dr. theol., 1980 Professor für Neutestamentliche Exegese am Philosophisch-Theologischen Studium in Erfurt, 1980 Koad-

rung war Folge eines theologisch reflektierten Kurswechsels. Wankes Anregung, das Evangelium auf „mitteldeutsch“ zu buchstabieren, zielte darauf, im Anschluss an das Zweite Vatikanische Konzil eine (laien-)apostolisch-missionarisch geleitete Präsenz der Christen in einer säkularisierten und materialistischen Lebenswelt beheimateten Kirche zu stärken.<sup>20</sup> Solchen Überlegungen lag die Einsicht zugrunde, dass für das Christsein in der DDR weniger der ideologische Gegensatz als vielmehr die erzwungene gesellschaftliche Randexistenz in einem religionsentleerten Lebensumfeld ausschlaggebend geworden war. Die Überlegungen resultierten aus der kritischen Besinnung darauf, dass sich Kirchenbild und -selbstverständnis angesichts der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr darauf beschränken durften, wie bisher „den Weg der klugen Selbstbeschränkung und kirchlichen Geschlossenheit“<sup>21</sup> weiterzugehen.

Im September 1986 richteten die Bischöfe zunächst eine pastoralsoziologisch und -theologisch ausgerichtete „Bischöfliche Studienstelle“ und im Frühjahr 1988 dann eine Pressestelle ein,<sup>22</sup> an deren Spitze mit dem Erfurter Ordinariatsrat Ducke<sup>23</sup> bzw. dem Dresdener Prälat Grande zwei ausgewiesene Mitglieder der Dresdener Pastorsynode von 1972/75 gestellt wurden. Der Studienstelle war ein aus katholischen Akademikern bestehender Beirat angegliedert, darunter mit Klaus Appenroth, Ruth Kölblin, Hans Joachim Meyer<sup>24</sup>,

---

jutorbischof des Apostolischen Administrators im Bischöflichen Amt Erfurt-Meiningen, 1981 Apostolischer Administrator, 1994 Bischof von Erfurt. Vgl. <http://www.dbk.de/geschichte-kath-kirche-deutsch.html>.

20 Vgl. JOSEF PILVOUSEK, *Ein geistig-geistliches Leitbild für die katholische Kirche in der DDR. Kirche als „theologische Basiswirklichkeit“*, in: Claus-Peter MÄRZ/Josef FREITAG (Hg.), *Christi Spuren im Umbruch der Zeiten. Festschrift für Bischof Joachim Wanke zum 65. Geburtstag*, Leipzig 2006, S. 301–318, hier S. 307–317; DERS., *Kirche* (wie Anm. 3), S. 14.

21 Joachim WANKE, *Neue Herausforderungen – bleibende Aufgaben. Die katholische Kirche in der DDR nach dem Herbst 1989*, in: Franz Georg FRIEMEL (Hg.), ... *wie die Träumenden. Katholische Theologen zur gesellschaftlichen Wende*, Leipzig 1990–1992, S. 104–114, hier S. 108.

22 Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 141, S. 208, S. 226f.

23 Karl-Heinz Ducke (geb. 1941), 1989–1990 Moderator am Zentralen Runden Tisch in Berlin, 1990 Beauftragter der Berliner Bischofskonferenz zum Aufbau von Kontakten zu Parlament, Parteien und Regierung in der DDR, Dr. theol., 1967 Priesterweihe, 1975–1986 Regens des Priesterseminars in Erfurt, 1986 Leiter des Seelsorgeamtes Erfurt und Leiter der Bischöflichen Studienstelle, Stellvertreter des Generalsekretärs der Berliner Bischofskonferenz, 1991 Pfarrer in Jena.

24 Hans Joachim Meyer (geb. 1936), 1990–1994 Vorsitzender des „Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen“, April–Oktober 1990 Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR, November 1990–2002 Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Dr. sc. phil., 1985 Berufung zum a. o. Professor an der Humboldt-Universität, 1994 Vizepräsident, 1997–2009 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

drei weitere ehemalige Synodale.<sup>25</sup> Damit war die angestrebte Neuorientierung im Umfeld der Bischofskonferenz personell und institutionell abgestützt.

Die neue, in den 1980er Jahren ernannte Führungsriege der katholischen Kirche in der DDR<sup>26</sup> war sich indes durchaus bewusst, dass die Neujustierung des katholischen Standpunkts unter totalitären Herrschaftsbedingungen zwangsläufig den sensiblen kirchenpolitischen Nerv berührte.<sup>27</sup> Dies betraf zuvörderst den Staat, wie die heftige Reaktion der SED auf die Veröffentlichung des Friedenshirtenbriefes zeigte. Das SED-Regime erkannte darin sofort ein Abweichen von der seit dem Mauerbau geltenden kirchenpolitischen „Geschäftsgrundlage“ und den Versuch, sich aus der Umklammerung kirchenpolitischer Staatsomnipotenz zu lösen; insbesondere die Ökumene „in politicis“ war es, die die Mächtigen in Partei und Sicherheitsapparat beunruhigte. Dies galt aber auch innerkirchlich, wie die mühsame Entstehungsgeschichte des Friedens-Hirtenbriefes erkennen lässt. Die an Wankes Vorgänger Hugo Aufderbeck anknüpfenden „pastoralen Reformer“ aus Erfurt und Dresden stießen mit ihren Ideen und Vorhaben bei den Meisners Amtsvorgänger Bengsch tief verbundenen „kirchenpolitischen Skeptikern“ in Berlin auf wenig Gegenliebe. Der 1980 aus Erfurt nach Berlin und an die Spitze des Episkopats in der DDR gewechselte Meisner verfolgte eine pastorale Linie, die durchaus eigenständige Akzente setzte: Der Berliner Kardinal, der das Vertrauen des neuen Papstes genoss, zog die päpstliche Neuevangelisierung Europas und der Welt im Zeichen von Menschenwürde und Religionsfreiheit<sup>28</sup> der auf die Veränderung der Gesellschaft in der DDR gerichteten Ökumene mit den protestantischen Christen vor.

25 Hans Joachim MEYER, *Ein junger Baum mit tiefen Wurzeln. Zur Vorgeschichte der Katholischen Akademie in Berlin*, in: Katholische Akademie in Berlin, Berlin o. J. (1995), S. 5–8.

26 Meisner (seit 1980), Wanke (seit 1981), Werbs (Weihbischof seit 1981), Hubrich (seit 1987), Reinelt (seit 1988), Sterzinsky (seit September 1989). Werbs war 1982–1987 zugleich Konsultor im römischen Sekretariat für den Dialog mit den Nichtglaubenden und seit 1988 Bischofsvikar für die theologische und pastorale Weiterbildung im Bischöflichen Amt Schwerin. Der im November 1985 in Magdeburg als Generalvikar abgesetzte Weihbischof Hubrich hatte im Dezember 1987 die Nachfolge des aus Krankheitsgründen zurückgetretenen Administrators in Schwerin, Theissing, angetreten. Bereits im Juni 1986 hatte Josef Michelfeit von dem aus Altersgründen ausgeschiedenen Berliner Prälaten Paul Dissemmond die Aufgabe des Sekretärs der Berliner Bischofskonferenz übernommen. Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 148, S. 196, S. 151.

27 Vgl. den gemeinsamen Hirtenbrief der Berliner Bischofskonferenz vom 14.9.1988: „Wir wollen ... gemäß unserem christlichen Weltauftrag ein mutiges Ja sagen zu unseren Pflichten in Beruf und Alltag, auch auf die Gefahr hin, daß unser Einsatz mit einem ideologischen oder politischen Vorzeichen versehen wird, das unserer christlichen Grundüberzeugung nicht gemäß ist.“ LANGE (wie Anm. 4), S. 354.

28 Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 149. Zu Papst Johannes Paul II. vgl. Joachim RABANUS, *Europa in der Sicht Papst Johannes Pauls II. Eine Herausforderung für die Kirche und die europäische Gesellschaft*, Paderborn 2004.



Bis zum nächsten Ad-limina-Besuch der katholischen Bischöfe aus der DDR im November 1987 folgten weitere zögernde Schritte aus der kirchlichen Reserve heraus. Nach zwei Pilgerreisen Meisners im März und April 1984 nach Rom<sup>29</sup> kündigte die Berliner Bischofskonferenz im September 1984 ein DDR-weites Katholikentreffen für 1987 in Dresden öffentlich an – ohne zuvor die staatlichen Stellen konsultiert oder informiert zu haben.<sup>30</sup> Im Dezember 1984 luden die Bischöfe in ihrem Hirtenbrief „Christus, unsere Zukunft“ zu einem Jugendtreffen im Mai 1985 nach Berlin ein.<sup>31</sup> Das Pastoralschreiben „Kirche im sozialistischen Staat“, das die Bischöfe im September 1986 an alle Priester und Diakone richteten, ermunterte die Gläubigen erstmals ausdrücklich zum gesellschaftlichen Engagement, soweit dies nicht die Mitwirkung in der SED und ihren kirchenfeindlichen Suborganisationen betraf, und knüpfte diese grundsätzliche Bereitschaft der Katholiken an die Gewährleistung der Religionsfreiheit. „Die Christen wollen hier leben, arbeiten und wirken. Aber sie wollen sich nicht einem Weltanschauungsdiktat unterwerfen, das sie unter der Flagge des Sozialismus für den Aufbau einer religionsfreien, atheistischen Gesellschaft vereinnahmt.“<sup>32</sup> Auch wenn 1986 die Vorsondierungen, den Papst zum Dresdener Katholikentreffen einzuladen, letztlich an der kirchenpolitischen Wirklichkeit der deutsch-deutschen Teilung und dem Druck staatlicher Stellen scheiterte und der deutsche Kurienkardinal Ratzinger teilnahm,<sup>33</sup> so hatte der innerkirchliche Aufbruch breitere Kreise der katholischen Gläubigen und insbesondere der Jugend erreicht. Das Katholikentreffen selbst, an dem im Juli 1987 in Dresden bis zu 100.000 Gläubige an den öffentlichen und 3.000 Delegierte an den geschlossenen Veranstaltungen teilnahmen, brachte das neue

---

29 HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 102–104.

30 Am 11./16.7.1984 war der Staatssekretär für Kirchenfragen, Gysi, von der Absicht eines solchen Katholikentreffens informiert worden. Von der weltweiten Veröffentlichung der Nachricht im September 1984 hingegen wurden die staatlichen Stellen überrascht. Vgl. Notiz des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Kalb, vom 11.7.1984 und Kommuniké der Berliner Bischofskonferenz vom 11.–12.9.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 120, S. 122; Dieter GRANDE/Bernd SCHÄFER, *Zur Kirchenpolitik der SED. Auseinandersetzungen um das Katholikentreffen 1983–1987*, Hildesheim 1994, S. 13f.

31 Vgl. Hirtenwort der Berliner Bischofskonferenz vom 4.12.1984, LANGE (wie Anm. 4), S. 314–318.

32 Vgl. Pastoralschreiben der Berliner Bischofskonferenz v. 8.9.1986, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 161. Vgl. auch Heinz HÜRTEN, *Bischofsamt im sozialistischen Staat. Öffentliche Stellungnahmen der katholischen Bischöfe zu brennenden Zeitfragen*, in: Wichmann-Jahrbuch des Diözesangeschichtsvereins Berlin, N.F. 4, 36/37 (1996/1997), S. 239–254, hier S. 252.

33 Vgl. dazu GRANDE/SCHÄFER (wie Anm. 30), S. 40, S. 55–60, S. 62–67, S. 74–76; S. 113f.; HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 106, S. 167, S. 173. – Nach 1980 war Johannes Paul II. im Mai 1987 zum zweiten Mal in die Bundesrepublik Deutschland gereist. Vier Wochen später reiste er nach 1979 und 1983 das dritte Mal nach Polen. [http://de.wikipedia.org/wiki/Auslandsreisen\\_des\\_Papstes\\_Johannes\\_Paul\\_II.](http://de.wikipedia.org/wiki/Auslandsreisen_des_Papstes_Johannes_Paul_II.) (Stand: Juni 2010).

Selbstverständnis und Gemeinschaftsbewusstsein sichtbar zum Ausdruck<sup>34</sup>. Der Berliner Kardinal setzte ein klares Zeichen gegen jede politische und gesellschaftliche Vereinnahmung der katholischen Kirche durch den Sozialismus, als er in seiner Predigt unterstrich: „Die Kirche, die Christen in unserem Land möchten ihre Begabung und Fähigkeit in unsere Gesellschaft einbringen, ohne dabei einem anderen Stern folgen zu sollen als dem von Bethlehem.“<sup>35</sup>

„Laßt euch darum als kleine Kirche in eurem Land nicht entmutigen“, ermunterte der Papst die Bischöfe aus der DDR bei ihrem Ad-limina-Besuch im November 1987. „Öffnet die Tore der Kirche weit für alle, die nach der Liebe unseres Erlösers Ausschau halten.“<sup>36</sup> Die diplomatischen Höflichkeitsbegegnungen Erich Honeckers mit Papst Johannes Paul II. im April 1985 in Rom bzw. mit Kardinal Meisner am Rande des Berlin-Jubiläums 1987<sup>37</sup> spiegelten vor dem Hintergrund der kirchlichen Entwicklungen scheinbar eine Harmonie, die zwischen SED-Staat und katholischer Kirche nicht bestand. Die Sicherheitsorgane und die für Kirchenfragen zuständige Ministerialbürokratie der SED hatten längst sorgenvoll registriert, dass Meisner und die katholische Kirche begonnen hatten, die sogenannte „Geschäftsgrundlage“ der „Berliner Kirchenprinzipien“ zu verlassen.

Papst Johannes Paul II. hatte den Bischöfen aus der DDR zwar nicht direkt zur vollen Teilnahme an der Ökumenischen Versammlung geraten, aber doch betont, dass es nötig sein könne, auch über den innerkirchlichen Bereich hinaus Aufgaben zu übernehmen.<sup>38</sup> Noch unmittelbar vor ihrer Abreise nach Rom hatten sich die Bischöfe bereits entschlossen, ihren Status als Beobachter zugunsten einer Vollmitgliedschaft bei der Ökumenischen Versammlung „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ aufzugeben.<sup>39</sup> Es war nur folgerichtig, dass sie unmittelbar nach ihrer Rückkehr aus Rom entschieden, mit einer offiziellen Delegation der Arbeitsgruppe „Justitia et Pax“ der Berliner Bischofskonferenz an der Ökumenischen Versammlung mitzuwirken.<sup>40</sup>

34 Vgl. SCHÄFER (wie Anm. 3), S. 411.

35 Predigt Meisners vom 12.7.1987, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 178.

36 Audienzansprache Papst Johannes Pauls' II. an die Bischöfe aus der DDR vom 27.11.1987, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 194f.

37 Pressebericht „Neues Deutschland“ vom 24.4.1985; HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 138. – Im Unterschied zu seinem Vorgänger im Amt des Konferenzvorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz hatte Meisner bewusst keinen Antrittsbesuch bei Honecker gemacht. Vgl. EBD. S. 79, Anm. 285. Das Zusammentreffen aus protokollarischen Gründen, das die SED propagandistisch ausschaltete, ließ sich nicht umgehen. Vgl. EBD. S. 191f.

38 Vgl. Katharina SEIFERT, *Glaube und Politik. Die Ökumenische Versammlung in der DDR 1988/89*, Leipzig 2000, S. 118.

39 Vgl. Dieter GRANDE, *Dem Frieden eine Chance. Die Arbeit von Justitia et Pax in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR)*, Bonn 2003, S. 18–22; SEIFERT (wie Anm. 38), S. 110–118.

40 Vgl. EBD. S. 118; vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 195f.; SCHÄFER, *Staat* (wie Anm. 3), S. 422–436. Im persönlichen Gespräch mit Carl Friedrich von Weiszäcker hatte der Papst

Mit ihrer aktiven Teilnahme an dem im Februar 1988 offiziell einsetzenden „Konziliaren Prozeß“ schritten die Bischöfe und die Kirche auf dem umstrittenen Weg der Ökumene weiter vorsichtig tastend voran. Sie fanden damit aber Anschluss an jene innerprotestantischen Entwicklungen, die aus christlicher Sicht die Fragen von „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ in der DDR nachdrücklich und öffentlich thematisierten. Die katholische Kirche war auf diese Weise punktuell mit jenen noch minoritären gesellschaftlichen Reformkräften im DDR-Protestantismus verknüpft, die die „Wende“ mit vorbereiteten und an deren Erfahrungen die „Runden Tische“ seit Dezember 1989 anknüpfen konnten.

Eine Ende der 1980er Jahre rapide steigende Zahl von Ausreisebegehren signalisierte der katholischen Kirchenführung, wie groß der politische und gesellschaftliche Reformstau in der DDR war. Für die Ausreisewilligen, die sich auf die KSZE-Beschlüsse von Helsinki 1975 beriefen und auch an katholische Kirchentüren anklopfen, hatte sich die Caritas stets still vermittelnd eingesetzt. Auch die Besetzungen des Erfurter Doms im Juni und der Berliner St. Hedwigs-Kathedrale im Herbst 1988 wurden ohne öffentliches Aufsehen im Sinne der Flüchtenden gelöst.<sup>41</sup> Das rapide Anwachsen der Ausreise- und Fluchtbewegung 1989 sollte allerdings die katholische Kirche mit einer neuen Dimension einer alten Frage konfrontieren: „Gehen“ oder „Bleiben“?

## 2. Katholische Kirche im revolutionären Umbruchsjahr 1989

Kircheninterne Gerüchte, die bereits 1987/88 davon wissen wollten, dass der Berliner Kardinal die Nachfolge des erkrankten und im Oktober verstorbenen Kölner Kardinals Höffner antreten werde, waren keineswegs unbegründet.<sup>42</sup> Am 9. Februar 1989 verließ Meisner Berlin und siedelte nach Köln über. Der außergewöhnliche Wechsel eines deutschen Bischofs von Ost nach West, der wegen der Umstände von Meisners Berufung nicht nur in der kirchlichen Öff-

---

bereits 1987 dessen Idee für ein „Konzil des Friedens“ unterstützt. SEIFERT (wie Anm. 38), S. 56.

41 Christoph KÖSTERS, *Staatssicherheit und Caritas 1950–1989. Zur politischen Geschichte der katholischen Kirche in der DDR*, 2. korr. Aufl., Paderborn 2002, S. 168–183.

42 Die Mitte Juni 1987 von seiner Polenreise zurückgekehrte Papst soll dem ungläubig stauenden Berliner Kardinal eröffnet haben, er werde der erste von vielen Ostdeutschen sein, die nach Westdeutschland gehen würden; die Verhältnisse würden sich grundlegend ändern. Meisner erwähnt den September 1987 als Zeitpunkt der Unterredung mit dem Papst. Am 10.9.1987 hatte der Papst das Rücktrittsgesuch Höffners angenommen, unmittelbar anschließend trat er bis zum 21.9. eine Pastoralreise in die USA an. Vgl. auch Joachim Kardinal MEISNER, *Mit dem Herzen sehen. Chance und Auftrag der Kirche zu Beginn des dritten Jahrtausends. Ein Gespräch mit Stefan Rehder*, Aachen 2000, S. 32. Ort und genauer Zeitpunkt des Zusammentreffens sind bislang nicht bekannt.

fentlichkeit für Aufsehen sorgte,<sup>43</sup> entsprach der von der Bundesrepublik Deutschland und dem Vatikan verfolgten politischen Linie, die Einheit der katholischen Kirche in Deutschland zu bewahren. Allerdings fehlte im Umbruchsjahr 1989 an der Spitze der Berliner Bischofskonferenz jene Führungsperson, die sich Johannes Paul II. besonders eng verbunden wusste. Bis zur Wahl eines neuen Konferenzvorsitzenden unmittelbar vor dem 9. November amtierte Meisners bisheriger Stellvertreter, der Erfurter Bischof Wanke, als Vorsitzender. Die kirchenpolitischen Geschäfte führte in dieser Zeit das Berliner Ordinariat. Der am 24. Juni zum Bischof ernannte Erfurter Generalvikar Sterzinsky<sup>44</sup> wurde am 9. September als Nachfolger Meisners in sein neues Amt als Bischof von Berlin eingeführt. Nur wenige Wochen später kündigte der Magdeburger Bischof Braun am 27. September seinen Verzicht auf sein Bischofsamt und bat den Papst, ihn aus Altersgründen von seinen bischöflichen Aufgaben zu entpflichten.<sup>45</sup>

Zu Plenarsitzungen kam der Episkopat in der DDR bis Anfang November 1989 alle acht Wochen zusammen: Am 5./6. Juni beriet man u. a. die Ergebnisse der Ökumenischen Versammlung und die Auswirkungen der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989,<sup>46</sup> am 4./5. September über die Fluchtwelle, die zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen, deren Ursachen gegenüber den staatlichen Stellen angesprochen werden sollten<sup>47</sup>, und schließlich am 7/8. November auf einer – unter dem Eindruck der Massendemonstrationen in Berlin und Leipzig stattfindenden – Sondersitzung die kirchenpolitische Lage angesichts der Auflösung des SED-Staates.<sup>48</sup> In diesen Monaten der Berliner Vakanz konnten verbindliche kirchenpolitische Beschlüsse nicht gefasst werden. Und die im September beschlossene Einrichtung einer „Kleinen Kommission

43 Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 173, S. 198, S. 235, S. 243. Vgl. auch die zeitgenössische Beurteilung des West-Berliner Kirchenjournalisten Martin HÖLLEN, *Kardinal Meisner nach Köln. Ausreise im Auftrag des Papstes*, in: Deutschland Archiv 22 (1989), H. 1, S. 13–16.

44 Georg Sterzinsky (geb. 1936), 1989–1990 Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz, 1960 Priesterweihe (Bistum Erfurt), 1981 Generalvikar im Bischöflichen Amt Erfurt-Meiningen, 1989 Bischof von Berlin, 1991 Kardinal, 1994 Erzbischof von Berlin. Vgl. <http://www.dbk.de/geschichte-kath-kirche-deutsch.html> (Stand: Juni 2010).

45 Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 255; SCHÄFER, *Ungleichzeitigkeiten* (wie Anm. 3), S. 126. Der Vatikan ernannte am 12.2.1990 den Geistlichen Rat Leo Nowak zu Brauns Nachfolger als Apostolischem Administrator; am 24.3.1990 wurde Nowak zum Bischof geweiht und in sein neues Amt eingeführt. Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 302.

46 Vgl. Schreiben der Berliner Bischofskonferenz zu den Texten der Ökumenischen Versammlung vom 6.6.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 246f.; PILVOUSEK, *Bischofskonferenz* (wie Anm. 3), S. 102.

47 Vgl. Protokoll der Berliner Bischofskonferenz vom 5.9.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 251f.

48 Vgl. die Expertise Langes für die Berliner Bischofskonferenz vom 6.11.1989, EBD. S. 267–270.

zur Vorbereitung der Sachgespräche auf Regierungsebene“, die am 27. Oktober 1989 das erste Mal tagte,<sup>49</sup> war zum Zeitpunkt der Sondersitzung im November bereits von der Wirklichkeit überholt.

Dennoch schauten die Bischöfe den gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen nicht tatenlos zu. Vielmehr sind auf verschiedenen Ebenen ungleichzeitige Entwicklungen zu erkennen, die ihre Gründe nicht allein im äußeren Fortgang des revolutionären Geschehens hatten, sondern auch und vor allem in den skizzierten innerkirchlichen Dispositionen begründet lagen. Sie lassen sich zusammenfassend auf drei Punkte reduzieren: *Erstens* verloren unter dem steigenden Druck der äußeren Ereignisse – Fluchtwelle, Protestaktionen, Demonstrationen und politisierter Bürgerbewegung – bis Anfang November die „Berliner Kirchenprinzipien“ mehr und mehr ihre autoritative Plausibilität und Wirkung. *Zweitens*: Zu politischen Akteuren ihrer Kirche wurden vorrangig Laienkatholiken und Klerus „vor Ort“. Dies erscheint umso bemerkenswerter, als es eine organisierte katholische Laienbewegung in der DDR nicht gab. *Drittens* hielten sich die katholischen Bischöfe bei den mit den politischen Forderungen immer unüberhörbar verbundenen Ruf nach Reisefreiheit, bis zum Mauerfall erkennbar zurück.

*Zum ersten Punkt*: Bereits im Juli 1989 waren die „Berliner Kirchenprinzipien“ vom Görlitzer Bischof Huhn unmissverständlich in Frage gestellt worden: Sich wie bisher um den Preis, die eigene Pastoral nicht zu gefährden, weiterhin zurückzuhalten, schien Huhn nicht nur „heute“ nicht mehr angemessen; vielmehr habe die Kirche „Zeugnis der Wahrheit zu geben, Vertrauen der Kirche [zu] fördern“ und den „Prozeß der Erneuerung“<sup>50</sup> zu unterstützen. Der Magdeburger Bischof Braun setzte diese Überlegungen in die Tat um, ohne sich mit seinen Bischofskollegen abzustimmen.<sup>51</sup> Drei Tage, bevor er seinen Amtsverzicht bekanntgab, kontrastierte er in einem Hirtenbrief, der am 24. September 1989 in allen Gottesdiensten des Magdeburger Kirchengebiets verlesen wurde, die resignative Alltagsrealität der DDR-Bürger mit den propagierten sozialistischen Idealen des SED-Staates und kritisierte die Reformunfähigkeit einer von Parteimonopol und Überwachungsstaat bestimmten Gesellschaft. Die Bevölkerung forderte Braun auf, sich in die gesellschaftlichen Entwicklungen einzuschalten und ihm selbst ihre Ängste, Hoffnungen und

---

49 SCHÄFER, *Staat* (wie Anm. 3), S. 447. Zur Fortsetzung unter neuen Vorzeichen vgl. unten Anm. 201.

50 Zitiert nach SCHÄFER, *Ungleichzeitigkeiten* (wie Anm. 3), S. 127.

51 Vgl. PILVOUSEK, *Im kirchenpolitischen „Korsett“* (wie Anm. 3), S. 89; Gerhard NACHTWEI, *Die Magdeburger „Wende“ im Rückblick*, in: Thomas BROSE (Hg.), *Glaube, Macht und Mauerfälle. Von der friedlichen Revolution ins Neuland*, Würzburg 2009, S. 97–106, hier S. 101 erweckt den Eindruck, als sei der Hirtenbrief mit Wanke bei dessen Besuch in Magdeburg abgestimmt worden.

Wünsche mitzuteilen.<sup>52</sup> Braun traf mit seinem Hirtenbrief nicht nur die verbreitete Stimmungslage in der Bevölkerung, wie das breite Echo zeigte, er nannte auch das Unrecht des Regimes beim Namen. Die am 5. September von den Bischöfen noch gemeinsam vereinbarten und am 17. September in der Kirchenpresse angekündigten<sup>53</sup> Sachgespräche mit den staatlichen Stellen waren damit bereits faktisch in Frage gestellt.

Die Delegitimierung der überkommenen kirchenpolitischen Strategie zugunsten einer nachdrücklicheren Einforderung demokratischer Freiheitsrechte beschleunigte sich, nachdem es anlässlich der Abriegelung der DDR-Grenze zur CSSR sowie der Ausreise der Prager Botschaftsflüchtlinge zwischen dem 3. und 7. Oktober in Dresden zu Massendemonstrationen, gewaltsamen Auseinandersetzungen am Dresdener Hauptbahnhof und zur Besetzung von Kirchen, darunter auch der katholischen Hofkirche, durch Ausreisewillige gekommen war. Am Vormittag des 4. Oktober hatte der Dresdener Bischof Reinelt persönlich versucht, in den Anliegen der am Bahnhof versammelten Ausreisewilligen zu vermitteln.<sup>54</sup> Unter dem Eindruck der Dresdener Ereignisse – die gewaltsame Niederschlagung der Proteste auf Pekings „Platz des Himmlischen Friedens“ lag nur drei Monate zurück – forderte Bischof Wanke nach einer Sondersitzung des Ständigen Rats der Berliner Bischofskonferenz am 9. Oktober 1989 die Regierung zum Gespräch auf.<sup>55</sup> Die Bischöfe richteten zugleich einen klaren politischen Forderungskatalog an die strauchelnde SED-Regierung: Recht auf Freizügigkeit, Gemeinwohlverpflichtung des Staates, Wahrung des Rechts und der Würde der menschlichen Person, Absage an den Einsatz militärischer Gewalt, Achtung des Wahlrechts, der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit und der Vereinigungsfreiheit.<sup>56</sup>

Dass es dabei nicht mehr um stille „Gesprächsdiplomatie“ gegenüber der Regierung, sondern vor allem auch um die politischen Forderungen ging,<sup>57</sup>

52 Hirtenbrief Brauns vom 23.–24.9.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 256–258; PILVOUSEK, *Bischofskonferenz* (wie Anm. 3), S. 103.

53 Vgl. SCHÄFER, *Ungleichzeitigkeiten* (wie Anm. 3), S. 128.

54 Vgl. Eckhard BAHR, *Sieben Tage im Oktober. Aufbruch in Dresden*, Leipzig 1990, S. 36f.; NEUBERT (wie Anm. 2), S. 114–120. Michael RICHTER, *Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90*, Göttingen 2009, S. 255–263, S. 274–281, S. 336f. – 31 Ausreisewillige suchten in der katholischen Hofkirche Zuflucht; sie konnten am 6. Oktober ausreisen. Vgl. EBD. S. 256.

55 In Absprache mit Modrow hatte sich am 9. Oktober 1989 der Abteilungsleiter Inneres beim Rat der Stadt an Reinelt gewandt und gebeten, Demonstrativhandlungen zu vermeiden. Reinelt hatte zugesagt und im Gegenzug erreicht, dass im Umfeld der kirchlichen Versammlungsorte nicht unnötig viele Uniformierte postiert wurden. Vgl. RICHTER (wie Anm. 54), S. 367f.

56 Verbalnote der Berliner Bischofskonferenz an die DDR-Regierung vom 9.10.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 261f.

57 So der Eindruck, den SCHÄFER, *Ungleichzeitigen* (wie Anm. 3), S. 133f., vermittelt. Übernommen bei LINDEMANN (wie Anm. 1).

unterstrich die zeitgleiche Informierung des Klerus über die Eingabe,<sup>58</sup> vor allem aber der Hirtenbrief, den Bischof Reinelt am 21./22. Oktober an alle Gläubigen seines Bistums richtete: „Jetzt ist die Zeit zum Reden. Zögern und Zaudern sind jetzt falsch. Die Wahrheit muß an den Tag. Die ganze Wahrheit. ... Also sprechen wir sie aus. Gespräch kann nur bedeuten: beide Seiten sind gleichberechtigt. Das Volk kommt nicht als Bittsteller. Es will sein Recht. Mit beachtlicher Disziplin und überzeugender Gemeinsamkeit verlangen die Menschen, was recht ist.“<sup>59</sup>

Die grenzenlose Reisefreiheit, die der Mauerfall am 9. November plötzlich ermöglichte, veränderte grundlegend die Koordinaten. Die „Berliner Kirchenprinzipien“ wurden zum Bestandteil geschichtlicher Vergangenheit. In einer Stellungnahme hatte der Berliner Prälat Lange den am 7. November 1989 zu einer Sondersitzung in Berlin versammelten Bischöfen eben diese Prinzipien im Blick auf die Aufnahme von Gesprächen mit der DDR-Regierung dargelegt. Die Expertise des langjährigen kirchenpolitischen Gesprächsbeauftragten wurde durch die Ereignisse ebenso überholt wie sein für die Sitzung vorbereiteter Entwurf einer bischöflichen Erklärung. Dieser wurde vom Pressesprecher der Berliner Bischofskonferenz, dem Dresdener Prälat Grande – unmittelbar vor der landesweiten Verlesung in den Pfarrgottesdiensten am 11./12. November – noch an verschiedenen Stellen korrigiert.<sup>60</sup> Die „Erklärung der Berliner Bischofskonferenz zur gegenwärtigen Situation in Staat und Gesellschaft der DDR“ brach mit den kirchenpolitischen Tabus: Die Bischöfe nahmen nunmehr ausdrücklich ihr von Klerus und Gläubigen<sup>61</sup> schon lange eingefordertes kirchliches Wächteramt wahr.<sup>62</sup> Die Aufforderung an die Laien, als „Christen in der Welt“ ihre „Pflicht zur politischen Verantwortung“ zu übernehmen, bestätigte

---

58 Berliner Bischofskonferenz an Klerus in der DDR vom 9.10.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 262f.

59 Hirtenbrief Reinelts vom 21.–22.10.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 265. Zur Verlesung vgl. auch den Einzelnachweis bei RICHTER (wie Anm. 54), S. 483.

60 Vgl. SCHÄFER, *Ungleichzeitigkeiten* (wie Anm. 3), S. 138, mit den gegenüber dem Entwurf vom 6.11.1989 hervorgehobenen Passagen.

61 Zusammen mit 18 weiteren katholischen Geistlichen der Stadt hatte der Magdeburger Propst Theodor Stolpe die Bischöfe am 6.11.1989 eindringlich zu einer Erklärung aufgefordert. Vgl. EBD. S. 136.

62 „Wir Bischöfe sehen es als eine aus unserem Dienstamt erwachsene Aufgabe an, zur politischen Wirklichkeit Stellung zu nehmen, nicht nur wenn religiöse und kirchliche Angelegenheiten zur Debatte stehen, sondern wenn es um die Würde und die fundamentalen Rechte des Menschen geht, um das Gemeinwohl und die soziale Gerechtigkeit. Wir tun dies kraft der Sendung der Kirche, die politische Ordnung mit dem Geist des Evangeliums zu durchdringen und sie auf diese Weise zu humanisieren, also menschlich werden zu lassen.“ Erklärung der Berliner Bischofskonferenz vom 11./12.11.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 272.

den Kurswechsel, den die „pastoralen Reformer“ in den 1980er Jahren eingeleitet hatten.<sup>63</sup>

Der auf der Sondersitzung am 7. November in das Amt des Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz gewählte Berliner Bischof Sterzinsky ging am 8. November – also noch *vor* der für Samstag/Sonntag vorgesehenen Verlesung der bischöflichen Erklärung und dem Mauerfall – mit den Kernaussagen an die Öffentlichkeit: In einem Interview mit dem in Augsburg erscheinenden christlichen Wochenmagazin „Weltbild“ erhob er die Forderung nach einer „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ für die DDR und nach der Revision des ersten Verfassungsartikels, der die führende Rolle der SED fest schrieb.<sup>64</sup> Am Freitag, den 10. November, ergänzte der Stellvertretende Vorsitzende, Wanke, Sterzinskys Äußerungen durch die Forderung nach freien und geheimen Wahlen in der DDR, „in denen alle Parteien und gesellschaftlich bedeutsamen Kräfte, auch die sich jetzt formierenden Gruppierungen, sich gleichberechtigt den Wählern stellen können. Es darf keinen im vorhinein festgeschriebenen Führungsanspruch irgendeiner Partei geben, es sei denn, er ergebe sich aus dem Willen der Mehrheit der Wähler.“<sup>65</sup>

*Zum zweiten Punkt:* Die kontroverse Frage nach dem durch das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) angestoßenen Verhältnis der Kirche zur Welt hatte kritische Gruppen in den 1970er Jahren in eine Distanz zur Kirche geführt, ohne sie dieser vollständig zu entfremden. Der in den 1980er Jahren eingeleitete Kurswechsel eröffnete diesen Kreisen sowie den einer selbstbewussten akademischen Elite zugehörigen Laien neue Betätigungsräume. Zwar

63 Aufgabe der Christen sei es, „sowohl einzeln als auch gemeinschaftlich die Pflicht zur politischen Verantwortung wahrzunehmen durch Entscheidungen, die zu fällen sind, durch Programme, die aufzustellen sind, durch Aktionen, die durchzuführen sind, durch Mitwirkung in frei gewählten Volksvertretungen, durch die Ausübung von Macht, die demokratisch zu kontrollieren ist.“ Zitiert nach SCHÄFER, *Ungleichzeitigkeiten* (wie Anm. 3), S. 138. – Gegenüber dem Entwurf gestrichen wurde auch die Passage, wonach sich Priester aus Parteien und Vereinigungen heraushalten sollten.

64 KNA AD Inland, Nr. 261 vom 9.11.1989, S. 3: Sterzinsky wünscht demokratische Grundordnung für die DDR. In der bischöflichen Erklärung vom 7.11.1989 hieß es wörtlich: „Wer angesichts der verfahrenen Situation zu einem ernstgemeinten Umbau der Verhältnisse in Staat und Gesellschaft beitragen will, wird sich und seinen Mitmenschen, der SED und den Blockparteien Fragen stellen müssen: Läßt sich tatsächlich eine Wende zum Besseren verwirklichen, wenn die SED ihren Führungsanspruch aus ihrer Ideologie und nicht aus dem Willen des Volkes, aus freien und geheimen und nicht manipulierten Wahlen ableitet?“, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 272.

65 KNA Dokumentation, Nr. 197 vom 11.11.1989. Vgl. auch KNA AD Inland, Nr. 263 vom 11.11.1989, S. 1: Bischof Lehmann: Ein großer Tag. – Noch klarer fielen die politischen Forderungen aus, die der Magdeburger Bischof Braun als Anlage der Erklärung der Berliner Bischofskonferenz beifügte. Er forderte den Verzicht der SED auf ihre Führungsrolle in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Bildungswesen und Gewerkschaft. Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 272.



fürhte von der Beteiligung katholischer Kirchenvertreter an der Ökumenischen Versammlung kein ähnlich direkter Weg zu den oppositionellen Protestbewegungen des Jahres 1989 wie bei Gruppierungen in der evangelischen Kirche. Aber in der bischöflich autorisierten Mitwirkung der kleinen katholischen Gruppe verdichtete sich doch erkennbar ein pluraleres<sup>66</sup> Kirchenbewusstsein.

Der katholische Klerus hatte seit jeher Versuche einer politischen Vereinnahmung durch den totalitären Einparteiensstaat abgewiesen. Waren parteipolitische Aktivitäten schon aufgrund des Artikels 32 des Reichskonkordats ausgeschlossen, so oblagen seit dem Erlass des Berliner Bischofs von Preysing 1947 Verhandlungen und Gespräche mit dem Staat allein den Bischöfen und den von ihnen benannten „Gesprächsbeauftragten“. Deutlicher als je zuvor kam die Distanz bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 zum Ausdruck: 58 % der katholischen Geistlichen enthielten sich der Stimme oder stimmten mit „Nein“; fünf Jahre zuvor waren es „nur“ 53 % gewesen.<sup>67</sup>

Als sich nach der Montagsdemonstration in Leipzig am 9. Oktober 1989 die nicht zuletzt christlich verwurzelte Bürgerbewegung mit dem massenhaften Protestpotential der DDR-Bevölkerung zu friedlichen Demonstrationen gegen das SED-Regime verband, öffneten sich nicht nur in Leipzig zusätzlich die katholischen Kirchentüren für die Friedensgebete der Demonstranten.<sup>68</sup> Auch die kleinen katholischen Diasporakirchen „vor Ort“ boten Raum für die Protestbewegungen und Schutz vor staatlichen Übergriffen.<sup>69</sup> Einer Umfrage im April 1990 zufolge beteiligte sich durchschnittlich jeder zweite Katholik an den Demonstrationen und wirkten sogar zwei von drei Katholiken an Unterschriftensammlungen mit.<sup>70</sup> Auch wenn damit nichts über die Motive gesagt ist, die für solches Handeln den Ausschlag gaben – ein passives Abseitsstehen sieht anders aus. Dass allein schon die Entscheidung mitzuwirken durchaus Mut verlangte, zeigte sich beispielsweise in Meiningen. Dort nahm ein Laienkatholik am 14. Oktober an der örtlichen Demonstration teil, weshalb er am kommenden Tag von Journalisten angepöbelt wurde.<sup>71</sup>

Ebenso bezeichnend sind die Vorgänge im Neuzeller Priesterseminar. Seit Anfang September 1989 bereitete sich dort in aller Abgeschlossenheit eine kleine Zahl junger Männer auf ihre Priesterweihe am 30. Juni 1990 vor. Als in Leipzig seit Ende September die Demonstrationen im Anschluss an die Frie-

---

66 Vgl. Reinhard GRÜTZ, *Katholizismus in der DDR-Gesellschaft 1960–1990. Kirchliche Leitbilder, theologische Deutungen und lebensweltliche Praxis im Wandel*, Paderborn 2004.

67 Vgl. SCHÄFER, *Staat* (wie Anm. 3), S. 433.

68 Vgl. EBD. S. 441.

69 Vgl. auch die Beispiele bei PILVOUSEK, *Bischofskonferenz* (wie Anm. 3), S. 97.

70 Vgl. EBD. S. 98.

71 Vgl. *Seelsorge hinter dem Eisernen Vorhang. Der Würzburger Priester Dieter Hömer*, in: Bayern 2, *Katholische Welt*, Sendung vom 8.11.2009 (2009\_11\_05\_12\_58\_53\_podcast081109kathweltseelsorge\_a.mp3) (Stand: Juni 2010).

densgebete in der Nikolaikirche anschwellen, verabschiedete sich ein aus Leipzig stammender Seminarist montags nach der Vorlesung, um an den Demonstrationen teilzunehmen und in der Nacht zu Dienstag wieder nach Neuzelle zurückzukehren. Aus dem Berliner Ordinariat erhielten die Seminaristen Besuch vom kirchenpolitischen Verhandlungsbeauftragten, der ihnen einschärfte, die Reformbestrebungen in der SED und die über Jahrzehnte erreichten Errungenschaften katholischer Seelsorge in der DDR nicht durch unbedachte politische Aktivitäten zu gefährden. Als dann Anfang November 1989 die Welle der Friedensgebete und Demonstrationen auch Neuzelle erreichte, wollten auch die Seminaristen nicht abseits stehen.<sup>72</sup>

Einen durchaus eigenen Verlauf nahm die Entwicklung im katholischen Eichsfeld, das sich während der DDR-Zeit einer ideologischen Durchdringung weitgehend entzogen hatte.<sup>73</sup> In Heiligenstadt wurde bereits im Dezember 1989 durch die Wahl katholischer CDU-Mitglieder an die Spitze des Rates des Kreises, des Amtes des Kreisschulrates und des Heiligenstädter Bürgermeisteramtes die SED vollständig entmachtet. Der neu gewählte Vorsitzende des Rates der Kreise, Hennig, entfernte in den folgenden Wochen nicht nur sämtliche SED-Kader aus ihren Machtpositionen. Er öffnete kraft eigenen Amtes kurzfristig alle möglichen Grenzübergänge, suchte zügig Kontakt zur Bonner Regierung und mit Unterstützung der Bevölkerung im Alleingang dem Land Niedersachsen als Teil der Bundesrepublik beizutreten. Eine vergleichbare Dynamik entfaltete auch das katholische Milieu in der sorbischen Oberlausitz.<sup>74</sup>

Schon wegen des andernorts sehr geringen Katholikenanteils fanden sich Laienkatholiken und Priester selten an so herausgehobener Stelle wie in Dresden. Als in der von gewalttätigen Übergriffen durch Sicherheitsorgane aufgewühlten Stadt am Abend des 7. Oktobers – dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR – ein Teil der Demonstranten von der Polizei eingekesselt wurde,

72 Freundliche Mitteilung von Pfarrer Olaf Polossek, Berlin, St. Marien-Liebfrauen, vom 29.9.2009. Laut Neuzeller Pfarrchronik wurde am 6.11. das erste Friedensgebet gehalten. Es schloss sich an diese Friedensgebete immer eine Prozession (keine Demonstration) mit Kerzen an. Wie auch bei anderen ökumenischen Anliegen ging der Zug von Kirche zu Kirche. Freundliche Mitteilung von Dr. Winfried Töpler, Görlitz.

73 Vgl. dazu Franz-Josef SCHLICHTING, *Die katholische Kirche im Eichsfeld. Im und gegen den Sozialismus*, in: Hans-Joachim VEEN/Franz-Josef SCHLICHTING (Hg.), *Kirche und Revolution. Das Christentum in Ostmitteleuropa vor und nach 1989*, Köln 2009, S. 41–45; Eduard FIEDLER, *Gebet und Demo zwischen St. Gerhard und Friedensplatz – einige Erinnerungen an den Herbst 1989 in Heiligenstadt*, in: Andreas DORNHEIM/Stephan SCHNITZLER (Hg.), *Thüringen 1989/90. Akteure des Umbruchs berichten*, Erfurt 1995, S. 229–231; Dietmar REMY, *Opposition und Verweigerung in Nordthüringen (1976–1989)*, Duderstadt 1999.

74 Vgl. Henry KRAUSE, *Wittichenau. Eine katholische Kleinstadt und das Ende der DDR*, Dresden 1999.

erreichten die katholischen Kapläne Frank Richter<sup>75</sup> und Andreas Leuschner mit Unterstützung des evangelischen Superintendenten Christoph Ziemer „erstmalig, in der DDR einen Dialogprozess mit staatlichen Stellen einzuleiten – in diesem Fall mit dem Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer“.<sup>76</sup> Berghofer empfing am folgenden Morgen ein aus dem Kreis der Demonstranten ausgewähltes, 20 Personen umfassendes Bürgerkomitee (später „Gruppe der 20“), das zuvor einen Forderungskatalog aufgestellt hatte. Am Abend des 9. Oktober wurden in allen vier großen Kirchen der Stadt Bürgerversammlungen abgehalten, um über das Gespräch mit dem Oberbürgermeister zu berichten. Nach der friedlichen Lösung in Dresden und dem Fanal der gewaltfreien, unter der Losung „Wir sind das Volk“ verlaufenden Montagsdemonstration von 70.000 Menschen in Leipzig am 9. Oktober entstanden in vielen Städten und Gemeinden der DDR „Dialoggespräche“ zwischen Partei- und Regierungsvertretern einerseits und Kirchen sowie Bürgerrechtlern andererseits.<sup>77</sup> So forderte in Erfurt der Pastoralrat des Bischöflichen Amtes am 13./14. Oktober die Katholiken auf, „gemeinsam mit den Christen der anderen Konfessionen als einzelne und gemeinschaftlich uns bedrängende Fragen zu thematisieren, Ideen und Können in allen Gruppen einzubringen, die ihre Bereitschaft zur Veränderung erkennen lassen.“<sup>78</sup>

Auf diesem Wege erwarben die Kirchenvertreter „an der Basis“ in den kommenden Wochen erhebliches politisches Vertrauen.<sup>79</sup> Dies bildete eine wichtige Voraussetzung, um dann zwischen Dezember 1989 und März 1990 in Berlin wie der ganzen DDR zwischen Bürgerbewegung und Staatsvertretern jene Gespräche zu moderieren, die nach polnischem Vorbild als „Runde Tische“ institutionalisiert wurden.<sup>80</sup> Weder zuvor noch jemals später war der verkirchlichte Katholizismus in der DDR so „volksnah“ wie in diesen Wochen des politischen Umbruchs.

*Zum dritten Punkt:* Die Zurückhaltung der Bischöfe in der Frage der Reisefreiheit unterschied sie vom Papst, der am 8. Oktober 1989 zum Massenexodus von DDR-Bürgern öffentlich geäußert hatte, er verstehe „die Sehnsucht der

75 Vgl. dazu auch Frank RICHTER, *Von der Eskalation zum Dialog in Sachsen*, in: Thomas BROSE (Hg.), *Glaube, Macht und Mauerfälle. Von der friedlichen Revolution ins Neuland*, Würzburg 2009, S. 91–96.

76 SCHÄFER, *Ungleichzeitigkeiten* (wie Anm. 3), S. 130; vgl. auch KOWALCZUK (wie Anm. 2), S. 400; NEUBERT (wie Anm. 2), S. 129–131.

77 KOWALCZUK (wie Anm. 2), S. 413; ausführlich über die Vorgänge RICHTER (wie Anm. 54), S. 351–354, S. 365–369.

78 Zitiert nach Karl-Heinz DUCKE, *Erste Schritte zur Demokratie. Erinnerungen an die „Wende“ in der DDR*, in: *20 Jahre Mauerfall* (wie Anm. 3), S. 26–28, hier S. 27.

79 Vgl. auch die Serie im „Tag des Herrn“, Nr. 11 vom 18.3.1990, S. 5: „I. Brennpunkt Dresden“; Nr. 12 vom 25.3.1990, S. 5: „II. Brennpunkt Leipzig“; Nr. 13 vom 1.4.1990, S. 5: „III. Brennpunkt Eichsfeld“.

80 Zu Kirche und Runden Tischen vgl. zusammenfassend JÄGER (wie Anm. 5), S. 347f.

Menschen nach mehr Freiheit und nach Wahrung ihrer Rechte“.<sup>81</sup> In diskret verhandelten Ausreiseangelegenheiten hatte die katholische ebenso wie die evangelische Kirche bis 1989 stets versucht, helfend zu vermitteln. Die Flucht von DDR-Bürgern auf dem Umweg über Ungarn sowie die Botschaften in Warschau und Prag stellte diese Hilfe nicht nur wegen der rapide emporschnellenden Anzahl von Flüchtlingen in Frage. Der massenhaft beschrittene Weg in die Bundesrepublik barg für die Kirche im Kern ein Dilemma: Er konnte den kirchlichen Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit im eigenen Land erschweren. Überdies konfrontierte die Frage des „Gehens“ oder „Bleibens“ die katholische Diasporakirche mit einem Trauma: Hatten doch die Fluchtbewegungen zwischen 1945 und 1961 stets auch ihre mühsamen Aufbauanstrengungen gefährdet.

Ihren gemeinsamen Kurs hatten die Bischöfe auf ihrer Konferenz am 4./5. September 1989 im thüringischen Friedrichsroda abgestimmt.<sup>82</sup> Die öffentlichen Erklärungen in den folgenden Tagen und Wochen, etwa anlässlich der Amtseinführung Sterzinskys als neuem Bischof von Berlin am 12. September oder eines am gleichen Tag geführten, aber erst zehn Tage später veröffentlichten Interviews Wankes mit dem Leiter der Pressestelle der Berliner Bischofskonferenz Grande, forderten daher durchgängig zum „Bleiben“ auf.<sup>83</sup> Dabei argumentierten die Bischöfe ganz auf der Linie des in den 1980er Jahren eingeschlagenen pastoralen Kurswechsels: Die Katholiken seien bereit, Verantwortung in der Gesellschaft der DDR zu übernehmen; allerdings dürfe der Staat die dafür erforderlichen Freiheitsräume nicht verweigern, weder in religiöser noch in gesellschaftlicher Hinsicht. Mit Blick auf die Fluchtwelle mahnte Wanke dementsprechend Regelungen an, die über Einzelfälle hinaus grundsätzlich die Ursachen der Ausreiseproblematik angehen und eine Lösung herbeiführen sollten.<sup>84</sup>

Acht Wochen später hatten sich die politischen Verhältnisse dramatisch verändert: Bei seiner Amtseinführung im September hatte der Berliner Bischof

81 KNA AD Inland, Nr. 235 vom 9.10.1989, S. 3: Papst äußert Verständnis für DDR-Flüchtlinge.

82 Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 251.

83 Vgl. KNA Berliner Dienst (BD), Nr. 154 vom 12.9.1989, S. 2: Besorgnis über Ausreisewelle aus der DDR geäußert. Das Interview Grandes mit Wanke wurde am 22.9.1989 veröffentlicht. KNA BD, Nr. 163 vom 23.9.1989, S. 1: Katholiken mahnen gesellschaftliche Reformen in der DDR an. Es erschien schließlich in der Ausgabe vom 1.10.1989 im „Tag des Herrn“, Nr. 39 vom 1.10.1989, S. 4: „Bischof Dr. Joachim Wanke, Stellvertreter der Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz, nahm am 12. September Stellung zu aktuellen Fragen.“

84 Wanke wiederholte diese Auffassung anlässlich verschiedener öffentlicher Auftritte. So bei der Kolpingwallfahrt am 12.9.1989 im eichsfeldischen Worbis. KNA BD, Nr. 155 vom 13.9.1989, S. 1: Bischof Wanke weist auf Verantwortung der Ausreisewilligen hin; Predigt Wankes bei der traditionellen Herbstwallfahrt des Bistums Erfurt am 17.9.1989, in: PILVOUSEK, *Kirchliches Leben* (wie Anm. 4), S. 356–362.

Sterzinsky sogar noch besorgt gefragt, ob die Ausreisewilligen nicht den bequemeren Weg anstatt den Weg Gottes suchten.<sup>85</sup> Am 12. November forderte er in einer in der St. Hedwigs-kathedrale gehaltenen Predigt auf, sich nicht mit der Reisefreiheit zufriedenzugeben, sondern jene Freiheitsrechte einzufordern, die die Kirche stets in stiller Diplomatie eingefordert habe und jetzt durch den Druck, der von ganzen Menschenmassen ausgegangen sei, zum Erfolg gebracht worden sei.<sup>86</sup> Darüber hinaus ließ der gerade aus Rom zurückgekehrte Berliner Bischof erkennen, dass das Freiheitsstreben seinen letzten Grund in der von Gott verliehenen Menschenwürde habe, die eine dem kollektivistischen Menschenbild folgende DDR zwar habe beschränken, aber den Menschen nie habe nehmen können.<sup>87</sup>

Es war wohl historischer Zufall. Gleichwohl entbehrt es nicht einer gewissen Symbolik, dass sich die deutschen Bischöfe in diesen Tagen aus ganz unterschiedlichen Gründen bei Papst Johannes Paul II. die Klinke in die Hand gaben. Der neue Berliner Bischof Sterzinsky war am 9. November, mittags, – im Anschluss an die Beratungen der Berliner Bischofskonferenz tags zuvor – mit einer Delegation<sup>88</sup> zum vereinbarten Antrittsbesuch beim Papst nach Rom gereist, wo er am Abend von der Grenzöffnung in Berlin „aufs äußerste überrascht“ wurde. Trotz der dramatischen Ereignisse in seiner Bischofsstadt entschloss sich Sterzinsky, die Privataudienz am Samstagvormittag des 11. November beim Papst wahrzunehmen, der ihn mit erhobenen Armen und scherzhaft mit den Worten empfing: „Was macht Ihr in Berlin?“<sup>89</sup> Weil der Berliner Bischof und seine Begleiter unmittelbar im Anschluss an die Audienz nach Berlin zurückreisten und anders als geplant nicht mehr an der für Sonntag, den 12. November, vorgesehenen Heiligsprechung der seligen Agnes von Böhmen teilnahmen, kam ein Zusammentreffen mit seinem Berliner Amtsvorgänger, dem Kölner Kardinal Meisner, nicht zustande.

Dieser war ebenso wie 15 weitere bundesdeutsche Bischöfe bereits vor dem für Montag, den 13. November, in Rom anberaumten Treffen der Deutschen Bischofskonferenz mit Papst Johannes Paul II. angereist, um die besondere

---

85 KNA BD, Nr. 154 vom 12.9.1989, S. 2 (wie Anm. 83).

86 Predigt Sterzinskys in Ost-Berlin vom 12.11.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 273.

87 KNA AD Inland, Nr. 266 vom 14.11.89, S. 1: Berliner Bischof ruft zu „Nüchternheit und Wachsamkeit“ auf. „St. Hedwigsblatt“, Nr. 47 vom 19.11.1989, S. 369f.: „Die Freiheit zum Guten nutzen!“

88 Sterzinsky wurde begleitet vom West-Berliner Generalvikar Tobei, vom Generalsekretär der Berliner Bischofskonferenz, Prälat Michelfeit, sowie vom Ost-Berliner Ordinariatsrat und kirchenpolitischen Beauftragten, Prälat Lange. KNA AD Vatikan, Nr. 264 vom 13.11.1989, S. 2: Papst bekundet Verbundenheit mit Menschen in der DDR. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 273.

89 Zitate in: KNA AD Ausland, Nr. 263 vom 11.11.1989, S. 4: Dankbarkeit und Freude über die Öffnung der DDR-Grenze; KNA Interview vom 5.9.2009, S. 1: Wir waren auf einmal gesellschaftsfähig.

Verbundenheit mit der vom Prager Kardinal Tomášek angeführten großen Pilgergruppe, mit den Christen und mit der Kirche in der Tschechoslowakei zum Ausdruck zu bringen.<sup>90</sup> Auch während der Beratungen der bundesdeutschen Bischöfe mit Kurienvvertretern und dem Papst an den beiden folgenden Tagen waren die bewegenden Berliner Ereignisse immer wieder ein Thema.<sup>91</sup> Es überrascht kaum, dass sich Johannes Paul II. gerade vom Kölner Kardinal Meisner über die Vorgänge berichten ließ.<sup>92</sup> Die nach Berlin zurückeilende Bischofsdelegation hatte der Papst am 11. November mit der Botschaft entlassen, die einen bemerkenswerten Nachklang zu seiner berühmten Pfingstpredigt von Warschau 1979 darstellte: „Setzt alles daran, daß ihr euch, wenn auch als kleine Herde, mit allen Menschen guten Willens, besonders mit den evangelischen Christen verbindet, um an der Kraft des Geistes Gottes das Angesicht der Erde in eurem Land zu erneuern.“<sup>93</sup>

### 3. Katholische Kirche und die Überwindung der deutschen Teilung

Der 9. November 1989 markierte für die katholische Kirche in der DDR den Scheitelpunkt im revolutionären Umbruchsjahr. In den vorangegangenen Wochen und Monaten hatten die Bischöfe zwar nicht an der Spitze der bürgerbewegten Demokratiebewegung gestanden. Aber sie hatten nicht zuletzt unter dem Druck der „kirchlichen Basis“ einen bemerkenswerten Emanzipationsprozess von den lange als unumstößlich geltenden kirchenpolitischen Standards vollzogen. Der Schlussstrich unter die „Ära Bengsch“ erfolgte am 14. November 1989. Auf ihrer zweiten außerordentlichen Vollversammlung binnen acht Tagen suspendierten die Bischöfe sämtliche innerkatholischen Regelungen, die bis dahin die Gespräche mit der SED, den Blockparteien, den Partei- und Staatsorganisationen auf ein Mindestmaß und die kirchlichen Gesprächsbeauftragten beschränkt hatte. Die Laien wurden „zur Mitarbeit in den

90 KNA AD Inland, Nr. 259 vom 7.11.1989, S. 1: Thema „Weitergabe des Glaubens“ steht im Mittelpunkt; KNA AD Ausland, Nr. 261 vom 9.11.1989, S. 4: Kardinal Tomášek mit Pilgern aus der ČSSR in Rom eingetroffen; KNA AD Vatikan, Nr. 265 vom 14.11.1989, S. 3: Papst spricht zwei Osteuropäer heilig. Vgl. auch Joachim JAUER, *Urbi et Gorbí. Christen als Wegbereiter der Wende*, 2. Aufl., Freiburg i. Br. 2009, S. 264.

91 Zur Ansprache des Papstes an die deutschen Bischöfe am 14.11.1989 vgl. *Risikofreudiger und kritischer werden. Johannes Paul II.: Ansprache an die deutschen Bischöfe*, in: Herder-Korrespondenz 44 (1990), S. 28–31.

92 Während des Rombesuches der deutschen Bischöfe am 13./14.11. seien die jüngsten Ereignisse in der DDR am Rande immer wieder Gesprächsthema mit dem Papst und Kurienvvertretern gewesen, berichtete Bischof Lehmann der Presse. Johannes Paul II. habe sich zusätzlich von dem ehemaligen Berliner Bischof, Kardinal Joachim Meisner, berichten lassen. KNA AD Vatikan, Nr. 267 vom 16.11.1989, S. 3: Bischof Lehmann: Papstreise nach Berlin 1991 möglich.

93 KNA AD Vatikan, Nr. 264 vom 13.11.1989 (wie Anm. 88). – Den Hinweis verdanke ich Prälat Brandmüller, Rom.

Parteien und Gruppierungen ermuntert.<sup>94</sup> Außerdem vereinbarten die Bischöfe, „baldigst“ Priester und Laien zu benennen, die Kontakte zu Parteien und gesellschaftlichen Gruppen zum Zweck des Informationsaustausches wahrnehmen sollten, sie begrüßten die Einrichtung eines „Koordinierungsbüros – Katholische Laien“ im Ordinariat des Bistums Dresden, das die Arbeit der verschiedenen sich bildenden Laieninitiativen in der DDR abstimmen sollte; schließlich kündigten sie einen Hirtenbrief zum Wandel in Staat und Gesellschaft an.<sup>95</sup>

Die Monate zwischen dem Fall der Mauer und den ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR am 18. März 1990 waren durch zwei gegenläufige Entwicklungen gekennzeichnet: *Einerseits* verfiel in galoppierendem Tempo die Macht des SED-Parteimonopols und erzeugte eine Krise staatlicher Autorität. Das entstehende Machtvakuum konnten die zahlreichen „Runden Tische“ nicht füllen, denen als „basis“demokratisch legitimierter Selbstorganisation auf kommunaler und regionaler Ebene eher die Rolle eines Transformators der entstehenden Zivilgesellschaft zukam.<sup>96</sup> Am 3. Dezember 1989 erklärten Politbüro und ZK der SED geschlossen ihren Rücktritt; drei Tage später trat Egon Krenz auch als Staatsratsvorsitzender zurück. Am 7. Dezember 1989 kam in Berlin der von Kirchenvertretern moderierte und organisierte zentrale Runde Tisch zu seiner ersten von 16 Sitzungen mit dem Ziel zusammen, freie Wahlen vorzubereiten, eine demokratische Verfassung auszuarbeiten und die Staatssicherheit aufzulösen.

*Andererseits* übernahm die Bundesregierung unter Führung Helmut Kohls in der seit dem Mauerfall auf der Tagesordnung stehenden Frage der Wiedervereinigung des geteilten Deutschland entschlossen die Initiative auf deutschem wie internationalem Parkett. Am 27. November 1989 präsentierte der Bundeskanzler im Bonner Bundestag einen Zehn-Punkte-Plan zur Überwindung der deutschen und europäischen Teilung. Und als Antwort auf den inneren Zerfall der DDR und den Übersiedlungsstrom kündigte er am 6. Februar 1990 Verhandlungen mit der DDR-Regierung über eine Währungsunion mit Wirtschaftsreformen an. Das Wahlergebnis vom 18. März 1990 mit dem überragenden Sieg der „Allianz für Deutschland“ legitimierte den eingeschlagenen Weg zur raschen Wiedervereinigung.<sup>97</sup>

94 Beschluss Berliner Bischofskonferenz vom 14.11.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 274.

95 KNA AD Inland, Nr. 269 vom 18.11.1989, S. 1: Berliner Bischofskonferenz kündigt Hirtenbrief an. Der Hirtenbrief wurde erst am Silvesterabend verlesen. Vgl. den Wortlaut bei HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 287f.

96 Vgl. Karl-Heinz DUCKE, *Balance nach der Wende – der „Runde Tisch“*, in: FRIEMEL (wie Anm. 21), S. 79–90; DERS., *Die Kirche und der Zentrale Runde Tisch*, in: Thomas BROSE (Hg.), *Glaube, Macht und Mauerfälle. Von der friedlichen Revolution ins Neuland*, Würzburg 2009, S. 130–140.

97 Vgl. RÖDDER (wie Anm. 5), S. 137–144, S. 206–225.

Da die kirchliche Aktenüberlieferung für die Zeitgeschichtsforschung noch nicht zugänglich ist, ist bislang nur umrisshaft erkennbar, in welcher Weise die katholische Kirche in Ost- bzw. Westdeutschland die Ende 1989 einsetzende Überwindung der politischen Teilung Deutschlands begleitete und diese Entwicklungen auch auf sie selbst zurückwirkten. Wie die bundesdeutsche Gesellschaft insgesamt war auch die katholische Kirche nach dem 9. November 1989 mit den tiefer reichenden Auswirkungen jahrzehntelanger Teilung konfrontiert, die von der Freude über den „Mauerfall“ und einer Euphoriewelle der Hilfsbereitschaft kurzzeitig überlagert wurden.

#### a) Die deutschen Bischöfe

##### Entfremdungen in West und Ost

Die gesamtdeutsche Klammerfunktion der Diözesen Osnabrück, Paderborn, Fulda, Würzburg und vor allem Berlins war von der katholische Kirche beiderseits der Mauer bis 1989 zäh verteidigt und formell bewahrt worden. Doch hatte dies nicht verhindern können, dass sich trotz bleibender persönlicher und informeller Kontakte inkongruente kirchliche Erfahrungswelten entwickelt hatten, die durch das überkommene konfessionelle Gefälle von West nach Ost zusätzlich verstärkt wurden. Vor allem hatte die katholische Kirche in der Bundesrepublik auch in markanten Punkten des schulischen Religionsunterrichts, der Militärseelsorge und der Kirchensteuer die verfassungsrechtlich gewährleisteten Freiheiten des Grundgesetzes für sich nutzen und einen eigenen Weg beschreiten können, während in der DDR der erwähnte staatskirchenrechtliche Schwebezustand herrschte.

Grundverschieden war schließlich die Entwicklung des katholischen Laienkatholizismus verlaufen, der nach dem Krieg in der Bundesrepublik in reorganisierter und ausdifferenzierter Gestalt die junge Demokratie politisch und gesellschaftlich mitformte, während er in der DDR auf den Gemeinderaum zurückgedrängt einen geradezu „antiinstitutionellen Affekt“ entwickelte.<sup>98</sup> Ein politisches Engagement von Laien wie in der Bundesrepublik wurde seitens der Kirchenführung nicht nur um der katholischen Geschlossenheit und des Schutzes der Gläubigen willen unterbunden. Es war noch viel mehr die vorherrschende Staats- und Gesellschaftsordnung, die in der DDR politisches Desinteresse und weitgehend angepasstes Verhalten erzeugte.<sup>99</sup>

98 Vgl. Hans Joachim MEYER, *Der deutsche Katholizismus nach der Wiedervereinigung*, in: Andreas WIRSCHING (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung. Eine interdisziplinäre Bilanz*, München 2000, S. 115–132, hier S. 120f.

99 Vgl. Hans Joachim MEYER, „Nur zögernd verlassen wir das Gefühl der sozialen Sicherheit.“ *Hans Joachim Meyer über die Deutschen in der DDR*, in: Herder-Korrespondenz 44 (1990), S. 428–431, hier S. 428.



Zwar war es keineswegs so, dass die Bischöfe in der Bundesrepublik nicht um die Verhältnisse der Diasporakirche in der DDR gewusst hätten. Regelmäßige Kontakte auf Bischofsebene, stille Finanztransfers, aber auch Bistumspatenschaften wirkten dem entgegen.<sup>100</sup> Im Rahmen der bereits seit 1961 alljährlich in Ost-Berlin durchgeführten „Dienstbesprechungen“ standen seit Ende der 1970er Jahre aktuelle gesellschafts- und kirchenpolitische Themen in West und Ost ebenso auf der Tagesordnung wie brisante Fragen des Widerstandsrechts und der christlichen Weltverantwortung unter den Bedingungen des Sozialismus.<sup>101</sup> Und die vielfältigen finanziellen und materiellen Hilfen spiegelten ein relativ ungeschminktes Bild von den alltäglichen Nöten der katholischen Kirche im sozialistischen Staat wider. Öffentlich lenkte der alljährliche Aufruf der Bischöfe, für die Nöte der Diaspora zu spenden, den Blick nicht zuletzt auf die besonderen Verhältnisse der katholischen Kirche in der DDR.<sup>102</sup> Aber die Herausforderungen der kirchlichen Minderheit jenseits der Mauer standen nicht an der Spitze ihrer bischöflicher Prioritäten. Kardinal Meisner konstatierte anlässlich seines in der kirchlichen und politischen Öffentlichkeit umstrittenen Wechsels nach Köln daher pointiert, aber nicht zu Unrecht, ein Bischof in der Bundesrepublik wisse über die Dritte Welt besser Bescheid als über das kirchliche Leben in der DDR, und mahnte, die christliche Liebe zum Nächsten nicht vor der zum Übernächsten zu vergessen.<sup>103</sup>

Die Ereignisse des 9. November warfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf den erwähnten, am 13. November beginnenden Rombesuch der Bischöfe aus der Bundesrepublik. Sie hatten schon länger zuvor im Vatikan um ein gemeinsames Gespräch gebeten, um kontroverse Fragen der Theologenausbildung, Glaubensunterweisung und Seelsorge durch hauptamtliche Laien zu erörtern und Spannungen auszuräumen, die 1988 in breiten Kreisen der deutschen Kirche mit der als autoritativ empfundenen Durchsetzung von Kardinal Meisners Berufung auf den Kölner Erzbischofsstuhl entstanden waren.<sup>104</sup> Zwar hatte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof Leh-

---

100 Vgl. Ulrich VON HEHL/Hans Günter HOCKERTS (Hg.), *Der Katholizismus – gesamtdeutsche Klammer in den Jahrzehnten der Teilung? Erinnerungen und Berichte*, Paderborn 1996.

101 Josef HOMEYER, *Die katholische Kirche im geteilten Deutschland und ihre Bedeutung für das Zusammengehörigkeitsgefühl*, in: VON HEHL/HOCKERTS (wie Anm. 100), S. 19–31, hier S. 26.

102 Anton KÖTTER, *Die Hilfen des Bonifatiuswerks*, in: EBD. S. 83–126; Alfred HERRMANN/Josef BILSTEIN/Michael HENN, *Aufbruch in eine neue Zeit. Das Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken zwischen Mauerfall und Wiedervereinigung*, in: *20 Jahre Mauerfall* (wie Anm. 3), S. 46–49.

103 Vgl. HÜRTEIN, *Kirchen* (wie Anm. 5), S. 191f.

104 KNA AD Inland, Nr. 259 vom 7.11.1989, S. 1 (wie Anm. 90); KNA AD Vatikan, Nr. 265 v. 14.11.1989, S. 1: Deutsche Bischöfe zur Einheit mit dem Papst aufgerufen. Daniel DECKERS, *Der Kardinal. Eine Biographie*, München 2002, S. 294–304.

mann<sup>105</sup>, mit Blick auf die Flüchtlingswelle noch am 8. November 1989 die Bundesbürger in einer Stellungnahme aufgefordert, bei dem „geistigen Aufbruch“ in der DDR „nicht nur Zuschauer zu sein“ und sich bewusst zu werden, welche „historische Dimension“ der Aufbruch in der DDR, der unüberhörbare Ruf nach Freiheit, Eigenverantwortung und Gerechtigkeit, habe.<sup>106</sup> Vom Fall der Mauer jedoch wurden die westdeutschen Bischöfe nicht weniger überrascht als ihre ostdeutschen Amtsbrüder.<sup>107</sup>

Die Überwindung der politischen, aber auch kirchlichen Teilung Deutschlands fiel der katholischen Kirche folglich keineswegs leichter als der evangelischen.<sup>108</sup> Heinz Hürten hat im Blick auf beide christlichen Kirchen in Ost wie West zu Recht eine „deutliche Zurückhaltung“ konstatiert, die durch eine „eigentümliche Unklarheit über das Endziel des offensichtlich unumkehrbar gewordenen Reformprozesses in der DDR“ veranlasst gewesen sei.<sup>109</sup> Die Wiederherstellung der bis 1989 stets verteidigten staatskirchenrechtlichen Einheit der getrennten katholischen Diözesen wäre rechtlich ohne weiteres möglich gewesen. Aber sie lag nur auf den ersten Blick nahe. Ebenso wie die DDR-Bürger insgesamt wollte auch die katholische Kirche in der DDR „nicht ‚einfach überrollt‘ werden, ihre Identität nicht in der größeren Organisation des Westens verlieren, sondern eigene Erfahrungen in die neue Gemeinsamkeit einbringen, die darum neu konzipiert werden sollte.“<sup>110</sup> Die katholische Minderheit in der christlichen Minderheit der DDR war bis 1989 zwar stets überdurchschnittlich gesamtdeutsch orientiert, strukturell intakt und politisch unversehrt geblieben.<sup>111</sup> Aber die gerade erst mit der Bürgerbewegung eroberten Gestaltungsräume neu gewonnener Freiheit und gesellschaftlicher Anerkennung wollte man nicht von der Auswirkung einer nationalen Wiedervereinigung eingeengt sehen. Verständlich wird die Zurückhaltung aber vor allem aus dem bis dahin nie gekannten Gefühl, als kleine katholische Minderheit nunmehr anerkannter Partner im ökumenischen Dialog und im politischen Gespräch an den Runden Tischen geworden zu sein.

105 Karl Lehmann (geb. 1936), 1987–2008 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, 1962 Dr. phil. in Rom, 1963 Priesterweihe (Erzbistum Freiburg), 1967 Dr. theol. in Rom, 1968 Professor für Dogmatik in Mainz, 1971 für Dogmatik und Ökumenische Theologie in Freiburg i. Br., seit 1983 Bischof von Mainz, 2001 Kardinal. Vgl. <http://www.dbk.de/geschichte-kath-kirche-deutsch.html> (Stand: Juni 2010).

106 KNA AD Inland, Nr. 261 vom 9.11.1989, S. 5: „Bundesbürger dürfen nicht nur Zuschauer sein“.

107 Vgl. die Stellungnahmen der KNA AD Inland, Nr. 263 vom 11.11.1989, S. 1–2 (wie Anm. 65). Erklärung der Berliner Bischofskonferenz vom 10.11.1989, in: PILVOUSEK, *Kirchliches Leben* (wie Anm. 4), S. 368f.

108 Anders LINDEMANN, (wie Anm. 1), S. 144.

109 HÜRTE, *Kirchen* (wie Anm. 5), S. 193f.

110 EBD. S. 194.

111 Vgl. MEYER, *Katholizismus* (wie Anm. 98), S. 116–118.

Ablehnung „katholischer“ Parteipolitik und nationaler Bestrebungen in der DDR

So stieß die Bundesregierung mit ihrem zunehmend entschieden auf die politische Einheit Deutschlands gerichteten Handeln auf eine aus ihrer Sicht überraschende Zurückhaltung der katholischen Kirche. Bereits bei ihrer Unterredung am 21. November 1989 in Berlin bat Bischof Sterzinsky den Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes, Seiters, „um Zurückhaltung bei öffentlichen Erörterungen über die Frage der Wiedervereinigung. In der gegenwärtigen Situation, so der Bischof, hätten die Bürger der DDR Furcht, wirtschaftlich von der Bundesrepublik vereinnahmt zu werden. Die wirtschaftliche Situation der DDR und die Änderung der Verfassung hätten im Augenblick Vorrang vor anderen Erörterungen. Ohne das Fernziel aus den Augen zu verlieren, sollte auch von Seiten der Bundesrepublik das Selbstbestimmungsrecht so ausgelegt werden, daß die Bürger der DDR über die Frage einer Wiedervereinigung frei diskutieren und entscheiden. Bei dieser Debatte wollten sie Partner der Bürger der Bundesrepublik sein.“<sup>112</sup> Damit vertrat der Berliner Bischof eine in Kreisen der demokratischen Bürgerbewegung weitverbreitete Auffassung. Denselben Standpunkt vertrat Sterzinsky auch am 18. Dezember 1989, dem Vorabend des SPD-Parteitages in Berlin. Die 100 Delegierten, die an einem ökumenischen Gottesdienst teilnahmen, mahnte er zur Zurückhaltung: „Wenn Gott die Freiheit des Menschen respektiert, wie dürfen wir es wagen, die Freiheit des Menschen zu bevormunden?“<sup>113</sup>

Am Vormittag des 20. Dezember 1989 schließlich trafen Sterzinsky, seine kirchenpolitischen Berater<sup>114</sup> und der gastgebende Diözesanbischof Reinelt in Dresden mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Am Vortag hatte der Bundeskanzler mit DDR-Ministerpräsident Modrow verhandelt und mit Vertretern der Oppositionsgruppen sowie der evangelischen Kirche gesprochen, bevor er am Abend in einer bewegten Ansprache den Zehntausenden vor der Ruine der

112 Mitteilung der Pressestelle des West-Berliner Ordinariats vom 21.11.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 275f.

113 Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 294 vom 19.12.1989, S. 3: Bischof Sterzinsky mahnt zur Behutsamkeit. Vgl. auch die Äußerungen Sterzinskys in einem Interview des Deutschlandfunks, in dem er auch ankündigte, er habe um ein Gespräch bei Ministerpräsident Modrow nachgesucht, um all jene Fragen zu besprechen, die in Deutschland bereits durch das Konkordat geregelt seien. KNA AD Inland, Nr. 275 vom 27.11.1989, S. 4: Hoffnung auf eine demokratische Erneuerung in der DDR.

114 Wie schon am 21. November bei seinem Treffen mit Minister Seiters wurde Sterzinsky bei dem Gespräch vom Berliner Prälaten Lange begleitet. Während in Berlin außerdem der Generalvikar für den Ost-Teil des Berliner Bistums, Prälat Steinke, teilgenommen hatte, war bei dem Gespräch mit der Bundesregierung in Dresden der Sekretär der Berliner Bischofskonferenz, Prälat Michelfeit, zugegen. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 275; KNA AD Inland, Nr. 296 vom 21.12.1989, S. 1: Kirche in der DDR will „Beratung“ statt „Bevormundung“.

Dresdener Frauenkirche versammelten, jubelnden Menschen die „Einheit unserer Nation“ als bleibendes Ziel angekündigt hatte.<sup>115</sup>

In dem einstündigen, „in freundlicher Atmosphäre“ geführten Gespräch mit dem Bundeskanzler<sup>116</sup> sei es um die Frage der deutschen Einheit, um die Rolle der Kirche bei der Neugestaltung in der DDR und um Hilfen der Bundesregierung gegangen, berichtete der Bischof von Berlin anschließend den Journalisten.<sup>117</sup> Er hoffe, dass die Bundesregierung „uns nicht bevormundet, sondern uns berät und uns Antwort gibt auf Fragen, die wir stellen“. Über die Einheit Deutschlands müsse das deutsche Volk souverän entscheiden. Zuvor müsse es die Möglichkeit geben, die verschiedenen Modelle mit ihren Vor- und Nachteilen und mit dem Preis, den sie kosteten, darzustellen. Wörtlich sagte der Bischof: „Es freut uns, daß die Christen nach ihrem Beitrag gefragt sind.“ Einen „politischen Katholizismus“ werde es jedoch auch künftig in der DDR nicht geben. Im Blick auf die bevorstehenden Wahlen befürworteten die Bischöfe die Formierung eines überdiözesanen Zusammenschlusses der katholischen Laien. Dabei gehe es „nicht um eine Partei, sondern vielmehr um einen Dachverband für verschiedene Parteizugehörigkeiten“, wie der Dresdener Bischof Reinelt in einem Interview ergänzend erläuterte.<sup>118</sup>

Für den Bundeskanzler zählte diese Begegnung rückblickend mit zu den großen Enttäuschungen im Prozess der Wiedervereinigung. Dass seine christliche Partei gerade durch die katholische Kirche keine aktive Unterstützung erfuhr, weil sie in der DDR den missverständlichen Eindruck eines vermeintlichen Klerikalismus erwecken und damit die kirchliche Moderatorenrolle an den Runden Tischen gefährden könnte, dafür fehlte dem CDU-Politiker und Katholiken Kohl jedes Verständnis.<sup>119</sup> Neben der Zurückhaltung gegenüber der Wiedervereinigung sah er sich unversehens in einen lebhaften Meinungs-

115 Vgl. JÄGER (wie Anm. 5), S. 85f.; zum Gespräch mit den Kirchen EBD., S. 83f.

116 Außerdem nahmen teil: Kanzleramtsminister Rudolf Seiters und Arbeitsminister Norbert Blüm.

117 Zum folgenden KNA AD Inland, Nr. 296 vom 21.12.1989, S. 1 (wie Anm. 114); Zitate ebd.

118 KNA Interview, Nr. 82 vom 22.12.1989, S. 2: „Wertebewußtsein in der DDR ganz neu aufbauen“.

119 Zur Wahrnehmung des Zusammentreffens mit den evangelischen (und katholischen) Kirchenvertretern durch den Bundeskanzler, vgl. Helmut KOHL, *Erinnerungen*, Bd. 2: 1982–1990, München 2005, S. 1039. – Bereits Ende November 1989 hatte die Ost-Berliner katholische Kirchenzeitung „St. Hedwigsblatt“ unmissverständlich argumentiert: Die Realität der geringen Katholikenzahl widerspreche einer Anknüpfung an die Zentrumstradition vor 1933; andererseits habe die Zusammenarbeit mit evangelischen Christen gezeigt, dass es auch ein verantwortliches Miteinander geben könne, das nicht parteipolitisch organisiert sei. Im Übrigen, so die Schlussfolgerung des Leitartikels, sei „eine Zusammenarbeit mit allen, die sich um die Werte des Humanen und ihre Verwirklichung sorgen und diese zu Pfeilern der Gesellschaft und des Staates machen“ wollen [sinnvoll]. Ob dies mittels der neuen Vereinigungen in der DDR geschehe oder mit der Ost-CDU, die ja auch Zeichen der ‚Wende‘ setzte, oder mit einer anderen Partei, werde „der einzelne

austausch über die die Bedeutung des „Christlichen“ im Namen von politischen Parteien involviert.<sup>120</sup>

Der Gründung einer christlichen Partei erteilten die ostdeutschen Bischöfe noch einmal in ihrem am Silvesterabend verlesenen Hirtenbrief eine Absage: keine „katholische“ Parteipolitik, wohl aber der Zusammenschluss von verschiedenen gesellschaftspolitisch engagierten katholischen Laiengruppen in einem zentralen Gremium der Kirche.<sup>121</sup> Das Bestreben, die in den zurückliegenden Wochen gewonnenen Erfahrungen demokratischer Selbstbestimmung, der Ökumene und des Dialogs nicht auf dem westdeutschen Altar der deutschen Einheit zu opfern, aber auch eine aus jahrzehntelanger politischer Abstinenz erwachsene Distanz gegenüber parteipolitischer Vereinnahmung verbanden sich mit einer spezifisch ostdeutschen Wahrnehmung der westdeutschen CDU und ihres Bundeskanzlers. Nicht zuletzt lag solches kirchlich und nicht parteipolitisch organisierte Laienengagement ganz auf der Linie jenes strategischen Kurswechsels, den die Bischöfe in den 1980er Jahren eingeleitet hatten.

Einem Aufruf beider christlichen Kirchen folgend, hatten rund 2.000 Menschen während des dreitägigen Kohl-Besuches für einen friedlichen Verlauf gebetet. Unter ihnen machte sich auch Unmut über die teilweise tumultartigen Szenen Luft, die sich auf dem Dresdener Markt abgespielt hätten. Die Weihnachtsbotschaft laute nicht: „Ich verkündige euch die Freude des geeinigten Deutschlands“, meinte ein Sprecher, sondern „Ich verkündige euch eine große Freude, die allen Völkern zuteil werden wird. Was die Bürger der DDR nicht wollten, wüssten sie und das mache sie einig. Was sie aber wollten, das trenne sie inzwischen.“<sup>122</sup> Dementsprechend wies der Dresdener Bischof Reinelt Befürchtungen zurück, der Kanzlerbesuch habe nationalistische Tendenzen zutage gefördert. Das von Kohl fixierte Ziel der Einheit hielt er zwar für „unberechtigt für ein Volk“. Doch als unmittelbaren Ausdruck nationalen Einheitsstrebens mochte Reinelt die Rufe nach dem einigen Vaterland nicht werten. Für den Dresdener Bischof drückte sich in diesen vielmehr die ungeduldige Angst aus, dass die Entwicklung zu Freiheit, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der DDR noch nicht mit letzter Sicherheit unumkehrbar sei. Beim

---

selbst zu entscheiden haben“. Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 276 vom 28.11.1989, S. 2: „Parteien nach Programm, Personen und Praxis beurteilen“.

120 Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 286.

121 Hirtenbrief („Der Wandel in Staat und Gesellschaft und unser kirchlicher Auftrag“) der Berliner Bischofskonferenz vom 30./31.12.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 287f. Es handelte sich um jenen gemeinsamen Hirtenbrief, den die Bischöfe bereits am 14. November nach ihrer Rückkehr aus Rom angekündigt (vgl. Anm. 95) hatten. Auf den Text hatten sie sich die Bischöfe am 19. Dezember, also unmittelbar vor dem Zusammentreffen mit Bundeskanzler Kohl, verständigt.

122 Zitiert nach KNA BD, Nr. 221 vom 21.12.1990, S. 2: Dresden: Kohl-Besuch mit Friedensgebet begleitet.

gegenwärtigen Kenntnisstand der Quellen muss offen bleiben, „ob, in welchem Maß und aus welchen Gründen einzelne Bischöfe der DDR vom Herbst 1989 bis zum späten Frühjahr 1990 eine politische Einheit mit der Bundesrepublik sehr skeptisch betrachteten oder sogar noch an eine demokratische Evolution oder gar eine Zweistaatlichkeit dachten.“<sup>123</sup>

Mit Blick auf die katholische Kirche äußerte Reinelt seine Sorge vor den Auswirkungen einer pluralisierten Gesellschaft, vor Hedonismus, Liberalismus, Materialismus und Konsumismus, die nunmehr den Kampf gegen die marxistische Weltanschauung ablösten und den Glauben des einzelnen gefährdeten.<sup>124</sup> Damit nahm er eine bekannte bischöfliche Argumentationsfigur auf, die im theoretischen ebenso wie im praktischen Materialismus den Grund für Säkularisierungsentwicklungen und darum eine Bedrohung für die Kirche sah. Im übrigen war nicht nur dem Dresdener Bischof klar, dass mit der Wiedervereinigung Deutschlands auch die Frage nach der Zusammenführung der durch Mauer und Stacheldraht nur politisch, aber nicht kirchlich getrennten Bistümer in Berlin, Osnabrück/Schwerin, Paderborn/Magdeburg, Fulda/Erfurt und Würzburg/Meiningen auf die Tagesordnung rücken würde.<sup>125</sup>

#### Wiederannäherungen aus der Bundesrepublik

Die spürbare Zurückhaltung der Ost-Bischöfe gegenüber allen nationalen Einheitsbestrebungen hielt auch ihre Mitbrüder in der Bundesrepublik von öffentlichen Bekundungen ab. Natürlich hatten sie in den Oktober- und Novembertagen zu opferbereiter Solidarität mit den DDR-Flüchtlingen und den nach dem 9. November in die Bundesrepublik strömenden DDR-Bürgern aufgerufen.<sup>126</sup> Und die bischöfliche Wahrnehmung des Mauerfalls hatte der Essener Bischof Hengsbach in einem am 15. November noch in Rom verfassten Hirtenbrief auf den Punkt gebracht: „Wir sind Zeugen eines Aufbruchs, der ganz Europa verändern wird. Eine menschenverachtende Ideologie zerbricht. Die Utopie des sozialistischen Menschen scheitert an der Wirklichkeit. In dieser Situation haben wir Christen mehr denn je Grund, dankbar davon Zeugnis zu geben, daß die Würde und die Freiheit des Menschen allein im Glauben an

123 Karl Kardinal LEHMANN, *Katholische Kirche im geeinten Deutschland*, Vortragsmanuskript, S. 12, S. 16, S. 18. [http://bistum-erfurt.de/upload/2009/kardinal\\_lehmann\\_kath\\_kirche\\_im\\_geeinten\\_deutschland.pdf](http://bistum-erfurt.de/upload/2009/kardinal_lehmann_kath_kirche_im_geeinten_deutschland.pdf) (Stand: Juni 2010), S. 15.

124 KNA Interview Nr. 82 vom 22.12.1989, S. 1, S. 3 (wie Anm. 118).

125 Die Kirche sei gut beraten, „wenn sie abwartet, wie die politische Entwicklung weitergeht“, riet etwa der Erfurter Bischof Wanke. Zitiert nach KNA BD, Nr. 212 vom 7.12.1989, S. 3: DDR: „Größerer Freiheitsspielraum kann der Kirche nur helfen“.

126 Hirtenworte des Bischofs von Augsburg vom 23.10.1989; Aufruf Lehmanns vom 8.11.1989 in: Hirtenbriefe 1989 (wie Anm. 5), Nr. 26, S. 58–60, Nr. 17, S. 38f., Aufruf Homeyers vom 15.11.1989, in: Hirtenbriefe 1989 (wie Anm. 5), Nr. 49, S. 135f.

Gott gesichert sind. ... Jetzt gilt es, daß bei uns selbst die Mauern der Vorurteile und Vorbehalte fallen.“<sup>127</sup>

Abgesehen von der Würdigung des Mauerfalls durch die (Erz-)Bischöfe Lehmann, Wetter und Homeyer<sup>128</sup> und der Klage des Fuldaer Bischofs Dyba über die religiöse Verarmung der Ostdeutschen und seiner Warnung vor Hoffnungen auf einen erneuerten Sozialismus<sup>129</sup> war auffällig wenig zu vernehmen. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Lehmann, warnte in der kirchlichen Öffentlichkeit vor einem „vorschnellen Gerede von der Wiedervereinigung“, sprach sich für eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten auf möglichst vielen Feldern aus, die zu konföderativen Strukturen führen könnte und lehnte Versuche, über die Frage der Gültigkeit von Diözesangrenzen auch die staatliche Einheit anzugehen, öffentlich entschieden ab.<sup>130</sup> Und wenige Tage vor Weihnachten ermutigte der Münchener Kardinal Wetter die Menschen in der DDR, an ihrem Platz zu bleiben und tatkräftig beim Aufbau eines demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Gemeinwesens mitzuarbeiten.<sup>131</sup> Allein für den Kölner Kardinal Meisner stand zur Jahreswende 1989/90 fest, dass die politische Wiedervereinigung Deutschlands kommen werde. In den deutschen Anstrengungen, auch die gemeinsame kulturelle Verwandtschaft wiederzuentdecken, sah er ein Stimulanz für ein einheitliches Europa, das vom Atlantik bis zum Ural reichen könne<sup>132</sup> – eine Aussicht, die sowohl beim Heiligen Stuhl als auch bei der Bundesregierung mit Genugtuung zur Kenntnis genommen wurde.<sup>133</sup>

Hinter den Kulissen war der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof Karl Lehmann, bemüht, Vorbehalte abzubauen. In Begleitung des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Schätzler, nahm

127 Hirtenwort Hengsbachs vom 15.11.1989, in: Hirtenbriefe 1989 (wie Anm. 5), Nr. 36, S. 101.

128 KNA AD Inland, Nr. 263 vom 11.11.1989, S. 1–2 (wie Anm. 65); KNA AD Inland, Nr. 270 vom 20.11.1989, S. 3: Bischof Homeyer bekundet Respekt gegenüber Bewohnern der DDR.

129 KNA AD Inland, Nr. 278 vom 30.11.1989, S. 3: Erzbischof Dyba: DDR-Bewohner sind auch religiös ganz verarmt. „Unsere Landsleute von drüben haben Defizite nicht nur in Südfrüchten und Unterhaltungselektronik“, schrieb der Fuldaer Oberhirte in seinem Bistumsblatt Ende November. Sie seien infolge „jahrzehntelanger atheistischer Diktatur auch religiös ganz verarmt.“ Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 300 vom 28.12.1989, S. 3: „Einer neuen SED darf man keinen Glauben schenken“.

130 Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 290 vom 14.12.1989, S. 3: Lehmann: Kein „vorschnelles Gerede von Wiedervereinigung“.

131 KNA AD Inland, Nr. 296 vom 21.12.1989, S. 4: Wetter: DDR-Bürger sollten an ihrem Platz bleiben.

132 KNA AD Inland, Nr. 300 vom 28.12.1989, S. 1: „Die Deutschen müssen ihre Kulturverwandtschaft akzeptieren“. Interview mit dem Rheinischen Merkur, KNA AD Inland, Nr. 4 vom 5.1.1990, S. 1: „Am Ende steht die staatliche Einheit“.

133 Vgl. Paul VERBEEK, *Pilger gegen die Macht. Johannes Paul II. und der Zerfall des Sowjetimperiums*, Augsburg 2005, S. 133f.

Lehmann in den folgenden Monaten bis zur Wiedervereinigung Deutschlands an der Versammlung der Berliner Bischofskonferenz teil – erstmals am 4.–5. Dezember 1989, als die ostdeutschen Bischöfe entschieden, dass sich die katholische Kirche am Runden Tisch beteilige.<sup>134</sup> Die Verhältnisse in der DDR waren Schätzler und Lehmann keineswegs fremd. Im Wissen um deren besondere Verhältnisse galt es zunächst, zurückhaltend zu sondieren, manche Skepsis gegenüber einer politischen Einheit mit der Bundesrepublik auszuräumen, vor allem aber in Zeiten enormer politischer und gesellschaftlicher Umwälzungen nach dem Mauerfall mit Rat und Tat zu helfen.

Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz riet vor allem dazu, die während der DDR-Jahre erreichte und mühsam bewahrte Präsenz der katholischen Kirche in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit nicht aufzugeben.<sup>135</sup> Mit finanzieller Unterstützung der westdeutschen Kirche wurde der wirtschaftliche Zusammenbruch des Leipziger St. Benno-Verlages abgewendet, indem man ihn in eine neue GmbH überführte.<sup>136</sup> Lehmann unterstützte die im Mai von der Berliner Bischofskonferenz getroffene Entscheidung, zentrale Einrichtungen des Regional-Priesterseminars und des Philosophisch-Theologischen Studiums in Erfurt als Fundament einer dann im August 1990 staatlich anerkannten eigenständigen Hochschule im Bereich der DDR zu sichern.<sup>137</sup> Außerdem beförderte der Mainzer Bischof nachdrücklich die Idee einer Akademiegründung in Ost-Berlin im Sinne eines katholischen Beitrags zu aktuellen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen.<sup>138</sup>

134 KNA AD Inland, Nr. 284 vom 7.12.1989, S. 2: Bischof Lehmann nahm an Vollversammlung teil. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 280. – Es folgten weitere Treffen am 1.3. in Berlin, am 7.3. in Augsburg (im Rahmen der Deutschen Bischofskonferenz), am 11.6. in Berlin und am 3.9.1990 in Dresden, vom 24.–27.9. auf der vereinten Deutschen Bischofskonferenz und abschließend am 3.12.1990 in Berlin. Vgl. LEHMANN (wie Anm. 123), S. 12, S. 16, S. 18.

135 Vgl. LEHMANN (wie Anm. 123); DECKERS (wie Anm. 104), S. 305f.

136 Elisabeth PREUSS, *Die Kanzel des Ostens. Die ungewöhnliche Geschichte des St. Benno-Verlages*, Leipzig 2006, S. 214–217.

137 Vgl. Josef PILVOUSEK, *Theologische Ausbildung und gesellschaftliche Umbrüche. 50 Jahre Katholische Theologische Hochschule und Priesterausbildung in Erfurt*, Leipzig 2002, S. 115–124.

138 Oliver SCHÜTZ, *Begegnung von Kirche und Welt. Die Gründung Katholischer Akademien in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1975*, Paderborn 2004, S. 395f.; Hans Joachim Meyer verortet die Idee zur Gründung einer Akademie in der Studienstelle der Berliner Bischofskonferenz. Vgl. MEYER, *Vorgeschichte* (wie Anm. 25), S. 6. Die Pläne der deutschen Bischöfe hatte der Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe, Bocklet, Anfang Februar 1990 in einem Gespräch mit der Kirchenzeitung des Bistums Augsburg publik gemacht. Vgl. KNA AD Inland, Nr. 33 vom 8.2.1990, S. 5: Prälat Bocklet: Bischöfe planen „Akademie für Ost und West“.



### Politische und kirchliche Wiedervereinigung

Am 7. und 8. März 1990 fand in Augsburg die erste gemeinsame Beratung der Berliner Bischofskonferenz und der Deutschen Bischofskonferenz statt. Auch wenn Bischof Lehmann den Eindruck gewann, „in Augsburg sei ... über den künftigen politisch wünschbaren Weg noch manches offen gewesen“,<sup>139</sup> so ging doch nunmehr wenige Tage vor der freien Volkskammerwahl von der Bischofsversammlung ein klares Signal zur staatlichen Einheit und ihrer Einbettung in eine europäische Friedensordnung aus.<sup>140</sup> Das lag sowohl auf der Linie der deutschen Bundesregierung als auch des Papstes in Rom. In seiner Begrüßungsrede an die ostdeutschen Bischöfe würdigte Lehmann das vier Jahrzehnte währende kompromisslose Nein der katholischen Kirche gegenüber dem menschenverachtenden System, wies auf die Schwierigkeiten der neu gewonnenen Verhältnisse hin, bekannte sich aber auch eindeutig zu den Errungenschaften der Bundesrepublik Deutschland: „Wir möchten allen legitimen Bedürfnissen der Menschen in der DDR entgegenkommen und uns in einem Höchstmaß öffnen, bitten aber auch um Verständnis darum, wenn wir die mühsam errungene konkrete Freiheit unserer demokratischen Lebensform grundsätzlich nicht aufs Spiel setzen wollen. Wir wollen gerne manche Opfer bringen, aber dieses Opfer wollen wir nicht bringen.“<sup>141</sup>

Über die nationalstaatliche deutsche Perspektive hinaus wies die in Augsburg verabschiedete Erklärung der deutschen Bischöfe den Weg zur Versöhnung mit den Völkern der Tschechoslowakei. Sie reagierten damit auf eine Erklärung des Prager Kardinals Tomášek vom 11. Januar 1990, der Rachgier und Verfolgung von Deutschen nach 1945 als „Schandfleck“ der eigenen „nationalen Ehre“ bezeichnet hatte<sup>142</sup>. Die deutschen Bischöfe baten um Vergebung für das von Deutschen den Tschechen und Slowaken 1938 zugefügte Leid, bedauerten die Teilnahme der DDR an der gewaltsamen Unterdrückung des „Prager Frühlings“ 1968 und luden zu einem gemeinsamen Aufbau eines friedlichen und geistig erneuerten Europa ein.<sup>143</sup> Zweifellos war damit ein starkes Zeichen gesetzt, das wie ein Scharnier die Ereignisse des 12. November in Rom mit der Pontifikalreise Johannes Pauls II. am 21.–22. April 1990 in die Tschechoslowakei verband.

Verhaltener fiel das Bekenntnis zur kirchlichen Zusammenführung der Berliner Bischofskonferenz mit der Deutschen Bischofskonferenz aus. So be-

---

139 LEHMANN (wie Anm. 123), S. 16.

140 Gemeinsame Erklärung der Berliner Bischofskonferenz und der Deutschen Bischofskonferenz vom 8.3.1990, LANGE (wie Anm. 4), S. 402f.

141 Zitiert nach LEHMANN (wie Anm. 123), S. 13.

142 Zitiert nach KNA AD Ausland, Nr. 11 vom 13.1.1990, S. 2: Tomášek bedauert Vertreibung der Deutschen.

143 Erklärung der deutschen Bischöfe zur Versöhnung mit dem tschechischen Volk vom 8.3.1990, in: Hirtenbriefe 1990 (wie Anm. 5), Nr. 1, S. 3–7.

geschlossen die Bischöfe lediglich, künftig wieder gemeinsam zu tagen und zu beraten; anstelle des West-Berliner Generalvikars sollte künftig der Berliner Bischof an den Sitzungen des Ständigen Rats der Deutschen Bischofskonferenz teilnehmen.<sup>144</sup> Die Bischofskonferenzen und Jurisdiktionsbezirke sollten fortbestehen.<sup>145</sup> Der Kölner Kardinal Meisner hatte zwar bereits am 7. Februar 1990 seine Erwartung geäußert, dass der Heilige Stuhl einer Auflösung der Berliner Bischofskonferenz zustimmen werde, „wenn die Zeit reif ist“.<sup>146</sup> Doch der Papst überließ die Wahl des Zeitpunkts der deutschen Kirche. Bei einer Privataudienz der beiden Konferenzvorsitzenden Sterzinsky und Lehmann am 23. März 1990 begrüßte Johannes Paul II. die Zusammenarbeit der beiden Bischofskonferenzen und signalisierte darüber hinaus, der Heilige Stuhl werde der stets gewährten Einheit der deutschen Bistümer nicht im Wege stehen, die Initiative zu einer Änderung müsse von einer oder beiden Bischofskonferenzen kommen. Damit war eine Neugliederung der Bistümer nicht mehr ausgeschlossen. Und den Zeitrahmen hatten die beiden deutschen Bischöfe insofern abgesteckt, als sie deutlich machten, „daß wir keine Avantgarde für die Politik sind, aber daß wir auch nicht sehr hinter den neuen politischen Realitäten hinterherhinken dürfen.“<sup>147</sup>

Eine Neuumschreibung der deutschen Diözesen war bereits von der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland 1972 bis 1975 in Würzburg angedacht worden. Die Pläne waren aber seinerzeit wegen befürchteter negativer Auswirkungen auf die grenzübergreifende Einheit der Bistümer Osnabrück, Paderborn, Fulda und Würzburg zurück in die Schublade gewandert<sup>148</sup>. Seit dem Fall der Mauer drängte das Thema unter nie erwarteten Umständen wieder auf die Tagesordnung der deutschen Bischöfe. So ließ Bundeskanzler Kohl den ihm persönlich verbundenen Mainzer Bischof Lehmann

144 Vgl. *Bundesrepublik/DDR: Die Kirchen auf dem Weg zur Einheit*, in: Herder-Korrespondenz 44 (1990), S. 157–159, hier S. 157.

145 Sterzinsky plädierte in Augsburg dafür, die bisherigen jurisdiktionalen Regelungen nicht zu verändern. KNA AD Inland, Nr. 57 vom 8.3.1990, S. 3: Berliner Bischofskonferenz will „vorläufig“ eigenständig bleiben. Vgl. gemeinsame Erklärung von Berliner Bischofskonferenz und Deutscher Bischofskonferenz vom 8.3.1990, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 298.

146 Zitiert nach Interview Meisners mit dem WDR am 7.2.1990, KNA AD Inland, Nr. 33 vom 8.2.1990, S. 4: „Bald wieder gesamtdeutsche Bischofskonferenz“.

147 Zitiert nach KNA AD Vatikan, Nr. 71 vom 24.3.1990, S. 1: Bischof Sterzinsky sieht in DDR-Wahl keine Entscheidung für das „C“. Im Februar 1990 waren bereits die Bischöfe Reinelt (Dresden) und Huhn (Görlitz) am Rande ihres mehrtätigen Romaufenthaltes bei Johannes Paul II. zum Abendessen eingeladen gewesen. KNA AD Vatikan, Nr. 35 vom 10.2.1990, S. 1: DDR-Bischöfe informieren Papst über Situation ihrer Ortskirchen.

148 Vgl. LEHMANN (wie Anm. 123), S. 10; Josef LISTL, *Die Bistumsgrenzen in Deutschland. Kirchenrechtliche und staatskirchenrechtliche Überlegungen zu ihrer Neuumschreibung*, in: Josef ISENSEE/Wolfgang RÜFNER (Hg.), *Josef Listl. Kirche im freiheitlichen Staat. Schriften zum Staatskirchenrecht und Kirchenrecht*, 2. Halbbd., Berlin 1996, S. 842–862.

nicht darüber im Unklaren, dass ein neu zu gründendes Bistum Görlitz unabdingbar sei, um Missverständnisse in den deutsch-polnischen Beziehungen zu verhindern; eine Auflösung der Apostolischen Administratur würde in Polen als Signal einer versuchten Restituierung des alten Breslauer Erzbistums verstanden. Der Paderborner Erzbischof Degenhardt wiederum tat sich schwer mit den Plänen, den Ostteil seines Bistums zu einem eigenständigen Bistum Magdeburg zu erheben. In Mecklenburg wollten die Katholiken hingegen mehrheitlich wieder zu ihrem Mutterbistum Osnabrück gehören, was aber den Plänen im Vatikan entgegenlief, ein eigenes Erzbistum Hamburg zu gründen.<sup>149</sup> Ende Mai 1990 gab Lehmann bekannt, die Bischöfe von Würzburg, Fulda, Hildesheim, Paderborn und Osnabrück seien „vollständig offen“ gegenüber zukünftigen Regelungen und es sei vorstellbar, eine Diskussion über neue Bistumsgrenzen „zunächst im Norden“ zu beginnen.<sup>150</sup> Damit begann sich die Lösung abzuzeichnen, den besonderen pastoralen Herausforderungen im Osten Deutschlands durch die Erhebung der Jurisdiktionsbezirke in der DDR zu eigenständigen Bistümern zu begegnen und eine gemeinsame deutsche Bischofskonferenz zu errichten, innerhalb der den ostdeutschen Bischöfen eine gewisse regionale Eigenständigkeit bleiben sollte.<sup>151</sup>

Die Vereinigung beider Bischofskonferenzen erfolgte noch vor dem 3. Oktober 1990, und zwar aus kirchenrechtlichen wie zeitlichen Gründen nicht als Fusion zweier eigenständiger Konferenzen, sondern als Aufnahme der ostdeutschen Bischöfe in die fortbestehende Deutsche Bischofskonferenz. Auf ihrer Vollversammlung am 3./4. September 1990 in Dresden beschlossen die ostdeutschen Bischöfe, den Papst darum zu bitten, die Berliner Bischofskonferenz aufzulösen, und ihnen zu erlauben, Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz zu werden;<sup>152</sup> am 26. September unterstützte die Deutsche Bischofskonferenz dieses Ersuchen einstimmig und nachdrücklich. Den zu ihrer ersten gemeinsamen Vollversammlung vom 24.–27. September in Fulda versammelten Bischöfen und Gläubigen konnte der Konferenzvorsitzende

---

149 DECKERS (wie Anm. 104), S. 311f.

150 Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 111 vom 23.5.1990, S. 5: Lehmann hält Änderung der Bistumsgrenzen in Deutschland für möglich.

151 Vgl. die Mitteilungen Sterzinskys am 8.6.1990 und am 13.6.1990 in Berlin im Anschluss an die Vollversammlung der Berliner Bischofskonferenz. KNA AD Inland, Nr. 133 vom 9.6.1990, S. 1: „Gemeinsame Bischofskonferenz vor staatlicher Einheit möglich“; KNA AD Inland, Nr. 137 vom 14.6.1990, S. 1: Kirchliche Einheit in Deutschland früher als erwartet angestrebt. An der Vollversammlung hatten auch Schätzler und Lehmann teilgenommen. Noch am 26.7.1990 hob der Stellvertreter des Sekretärs der Berliner Bischofskonferenz, Ducke, in einem Gespräch hervor, die Berliner Bischofskonferenz bleibe auch nach der Eingliederung in die Deutsche Bischofskonferenz unverzichtbar. KNA AD Inland, Nr. 173 vom 27.7.1990, S. 3: „Berliner Bischofskonferenz für Gebiet der DDR unverzichtbar“.

152 Vgl. „St. Hedwigsblatt“ Nr. 37 vom 16.9.1990, S. 3: „Unterwegs zur Einheit der Kirche in Deutschland“; vgl. auch LEHMANN (wie Anm. 123), S. 16f.

Lehmann während des Abschlussgottesdienstes mitteilen, der Heilige Vater habe die beiden Schreiben positiv zur Kenntnis genommen.<sup>153</sup> Für die gesonderten seelsorglichen Aufgaben in Ostdeutschland wurde innerhalb der vereinigten deutschen Bischofskonferenz am 3. Dezember 1990 in Berlin eine „Arbeitsgemeinschaft der Bischöfe – Region Ost“ ins Leben gerufen, deren Existenz 1995 mit der Selbstauflösung endete.<sup>154</sup> Da die Neugliederung der Diözesanorganisation und -zirkumskription Bestandteil konkordatärer Verträge zwischen Deutschland und dem Heiligen Stuhl war, war nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober auch der Weg frei, die vorgezeichnete Lösung zügig umzusetzen.<sup>155</sup>

In einem gemeinsamen ausführlichen Hirtenwort, das sich nicht nur an die katholischen Gläubigen in Deutschland richtete, begrüßten die katholischen Bischöfe die Vollendung der Einheit Deutschlands in Freiheit und Frieden. Zwei Tage vor Inkrafttreten des Einigungsvertrages entfaltete es vom Fixpunkt der Menschenwürde als dem Wesenskern des Grundgesetzes die aus katholischer Sicht maßgeblichen Grundwerte und Ordnungsprinzipien eines vereinten Deutschlands und Europas. Auf der Grundlage der katholischen Soziallehre bekannten sich die Bischöfe klar zu der auf den Grundrechten und Grundwerten der bundesdeutschen Verfassung beruhenden Demokratie in Staat und Gesellschaft sowie zum bewährten Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Zu den künftigen Aufgaben einer gemeinwohlorientierten, aus christlicher Verantwortung zu gestaltenden Politik zählten sie vor allem den Schutz des menschlichen, zumal des ungeborenen Lebens und von Ehe und Familie, eine vom Gedanken ganzheitlicher Persönlichkeitsentfaltung geprägte Erziehung und Bildung, den geduldigen Aufbau von wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Sicherheit, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und einen verantwortungsvollen Umgang mit Aussiedlern und Asylsuchenden.<sup>156</sup>

Dass sich ein auf die Prinzipien der katholischen Staats- und Soziallehre zurückgeführtes christliches Demokratie- und Verfassungsverständnis nicht ohne Weiteres auf eine radikal entchristlichte Gesellschaft Ostdeutschlands übertragen lassen würde, lag auf der Hand. Insbesondere in der Auseinandersetzung über eine einheitliche Gesetzesregelung des Schwangerschaftsabbruchs sollte die gesamtdeutsche Wirklichkeit die Bischöfe wieder einholen und vor eine innerkirchliche Zerreißprobe stellen. Gleichwohl sahen die Bi-

153 Ansprache Lehmanns vom 28.9.1990, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 315, Anm. 159.

154 Vgl. Philipp FÖRTER, *Das Ende der Berliner Bischofskonferenz*, in: Theologie und Glaube 52 (2009), S. 116–122.

155 Vgl. Josef LISTL, Die Neufestlegung der Diözesanzirkumskription im wiedervereinten Deutschland, in: ISENSEE/RÜFNER (wie Anm. 148), S. 863–885.

156 Vgl. *Christliche Verantwortung in veränderter Welt* (Die deutschen Bischöfe 46), hg. vom Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1990.

schöfe in Ost und West in diesen Prinzipien das Fundament für die Demokratie im vereinigten Deutschland.

Zum Tag der deutschen Einheit hatten die Mitglieder der Berliner Bischofskonferenz bereits auf ihrer Vollversammlung am 18. September 1990 ein letztes, eigenständiges Hirtenwort verfasst.<sup>157</sup> Es griff noch einmal die in der Bevölkerung inzwischen weit verbreiteten Ängste und Existenzsorgen auf und hob die kirchlichen Erfahrungen bedrängter Ökumene hervor, die „wir einbringen möchten als unseren bescheidenen Beitrag für eine gemeinsame deutsche Zukunft“.<sup>158</sup> Die Bischöfe aus der Bundesrepublik und der DDR bildeten seit der Konferenz in Fulda zwar wieder eine Einheit, mental aber mussten sie erst noch weiter zueinander finden.

## b) Der deutsche Laienkatholizismus

### Verteidigung der Einheit in Freiheit

In der Bundesrepublik hatte kaum eine zweite Organisation so ausdauernd und beharrlich der alltäglichen (Schein-)Normalität politischer Spaltung und den aus ihr erwachsenden innerkirchlichen Trennungen in Deutschland widersprochen wie das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK).<sup>159</sup> Seit dem Ende des Berliner Katholikentages 1952 hatte es unter den Bezeichnungen „Präsidialausschuss“ und, seit 1968, „Dienstbesprechung“ fast ohne Unterbrechung alljährlich einen Austausch mit Vertretern der katholischen Kirche in der DDR gegeben.<sup>160</sup> Bis zum Mauerbau 1961 waren die deutschen Katholikentage stets auch „gesamtdutsche Wallfahrten“<sup>161</sup> gewesen. Unmittelbar nach dem Abschluss des 86. Katholikentages vom 4.–8. Juni 1980 in West-Berlin hatte Kardinal Meisner den Wunsch geäußert, in zehn Jahren erneut ei-

157 Vgl. Wort der Berliner Bischofskonferenz zum Tag der Einheit vom 29.–30.9.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 314f. – Die Bischöfe aus der Bundesrepublik verabschiedeten ihr Hirtenwort während der Konferenz in Fulda und veröffentlichten es am 28.9.1990. Vgl. EBD. S. 315f.

158 Gemeinsames Wort der deutschen Bischöfe zum Tag der Einheit v. 28.9.1989, EBD. S. 315.

159 Ulrich VON HEHL, *Konfession und nationale Einheit. Kirche, Katholizismus und deutsche Frage in der Ära Adenauer (1949–1963)*, in: Catherine BOSSHART-PFLUGER/Joseph JUNG/Franziska METZGER (Hg.), *Nation und Nationalismus in Europa. Kulturelle Konstruktion von Identitäten. Festschrift für Urs Altermatt*, Frauenfeld u. a. 2002, S. 697–735. Friedrich KRONENBERG, *Zur Rolle des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Ein Bericht aufgrund eigener Kenntnisse und persönlicher Erfahrungen*, in: VON HEHL/HOCKERTS (wie Anm. 100), S. 39–68.

160 Zur anfänglichen Überschneidung der Arbeit des Präsidialausschusses mit dem von Erich Lampey später verselbständigten Arbeitskreis „Wissenschaft und Gegenwart“, vgl. Regina ERDMANN, *Wissenschaftsorientierte Bildungsarbeit unter den Bedingungen der deutschen Teilung. Ziele, Möglichkeiten und Bedeutung einer katholischen Laieninitiative*, Würzburg 2007.

161 KRONENBERG (wie Anm. 159), S. 43.

nen Katholikentag in Berlin durchzuführen. Im März 1985 hatte der Berliner Bischof die Einladung an das Zentralkomitee ausgesprochen.<sup>162</sup> Der Beschluss des ZdK, 1990 ein Treffen deutscher Katholiken an der Nahtstelle deutscher und europäischer Teilung in Berlin durchzuführen, unterstrich die vielfältigen Bemühungen des ZdK, den seidenen Faden persönlicher Verbindungen zwischen Ost und West nicht reißen zu lassen.<sup>163</sup>

Es entsprach diesem deutschlandpolitischen Kurs, dass die Führungsspitze des ZdK nicht nur erkannte, dass mit der am 9. November gewonnenen Freiheit auch die Frage nach der Wiedervereinigung gestellt war, sondern dies auch öffentlich kundtat. Am 14. November erklärte der Generalsekretär des ZdK, Friedrich Kronenberg, mit dem Ende der Reise- und Freizügigkeitsbeschränkung sei „die Mauer zwischen beiden Teilen Deutschlands faktisch gefallen. Wir hoffen, daß sie bald vollends der Vergangenheit angehören wird.“ In dieser Situation dürften die Bundesbürger nicht nachlassen in der Solidarität mit den Landsleuten, die aus der DDR bei uns sind. „Wir gehören zusammen und wollen das auch im Alltag beweisen.“ An die Bürger in der DDR appellierte Kronenberg, „dort weiterhin mit aller Energie für die demokratische Reform, für Meinungsfreiheit, freie Wahlen und eine Verbesserung der Lebensverhältnisse zu wirken. Der Aufbau einer freien Ordnung braucht freie Menschen im Land. Wir wollen ihnen dabei helfen.“<sup>164</sup> Noch deutlicher wurde die Präsidentin des ZdK, Rita Waschbüsch, zehn Tage später. Noch bevor Bundeskanzler Kohl am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag seinen Zehn-Punkte-Plan vortrug, erklärte sie am 24. November den turnusmäßig versammelten Delegierten, wenn „Freiheit und Selbstbestimmung in der DDR erreicht seien, wie es die Menschen dort anstrebten, dann werde sich auch die Frage der Einheit Deutschlands lösen“.<sup>165</sup> In der renommierten „Herder-Korrespondenz“ warf David Seeber daraufhin der ZdK-Präsidentin unsensiblen nationalen Übereifer vor.<sup>166</sup>

Mit seinem Aufruf zu einem zivilgesellschaftlichen Engagement für die Demokratie im vorparlamentarischen Raum hatte Kronenberg einen zentralen Punkt im Selbstverständnis des organisierten westdeutschen Laienkatholizismus formuliert. Mit seinem Hilfsangebot zielte der ZdK-Generalsekretär auf die aufbrechende katholische Laienbewegung in der DDR. Man begrüße jede Initiative, die auf die Gründung eines ZdK in der DDR hinauslaufe, betonte

162 Im Mai 1985 fand in Ost-Berlin auch das katholische Jugendtreffen statt. Vgl. oben S. 63.

163 KRONENBERG (wie Anm. 159), S. 46f.

164 ZdK Mitteilungen, Nr. 335/89, S. 1: ZdK-Generalsekretär zur Öffnung der Grenzen durch die DDR.

165 ZdK Mitteilungen, Nr. 336/89, S. 1–2: ZdK-Präsidentin zur deutschen Frage.

166 Vgl. David SEEBER, *Unsensibel. Das ZdK, die deutsche Einheit und die Entwicklung in der DDR*, in: Herder-Korrespondenz 44 (1990), S. 5f.

Kronenberg vor der ZdK-Vollversammlung in Bonn am 23. November 1989.<sup>167</sup> Dabei dürften dem ZdK-Generalsekretär die erheblichen Hindernisse, die angesichts „verkirchlichter“ Laienarbeit in der DDR zu überwinden waren,<sup>168</sup> bewusst gewesen sein. Mit der Mobilisierung galt es zugleich, das Vertrauen des entstehenden ostdeutschen Laienkatholizismus sowie der verantwortlichen Bischöfe zu gewinnen. Ob man im ZdK von Beginn an mehr als eine Kooperation, nämlich an eine Integration in das ZdK gedacht hat, muss offen bleiben.

Unter den ostdeutschen Bischöfen wurde der Erfurter Bischof Wanke zum bevorzugten Gesprächspartner für die Bestrebungen des westdeutschen ZdK. Dieser sah mehr denn je seinen seit den 1980er Jahren verfolgten Kurs einer Öffnung der Kirche und eines christlich verstandenen Weltdienstes in einer säkularisierten Gesellschaft bestätigt. Ein größerer Freiheitsspielraum könne der Kirche bei ihrem Auftrag zur Verkündigung nur helfen, äußerte Wanke am 6. Dezember 1989 in einem Gespräch mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Die Chancen, die aus dem Wegfall des bisherigen innerkirchlichen Schutzraumes entstünden, seien größer als die negativen Folgen, die eine pluralistische Gesellschaft mit sich bringe. Vor allem rufe deshalb die Stunde „dringlich nach strukturierten Formen eines katholischen Laienapostolates“. Dabei gehe es darum, eine Vereinigung katholischer Christen zu bilden, die nach innen hin jedem einzelnen bei den anstehenden Entscheidungen Orientierung und Meinungsbildung ermögliche und die nach außen hin „katholischen Überzeugungen eine gemeinsame Stimme und damit öffentliches Gewicht geben kann.“<sup>169</sup>

#### Formierung und Integration des Laienkatholizismus in der DDR

Unbeschwerter und risikofreier als die früheren, unter evangelischem Kirchendach entstandenen Reformbewegungen hatten sich katholische Laiengruppierungen erst zwischen den letzten Oktober- und ersten Dezembertagen 1989 öffentlich artikuliert. Es handelte sich *zum einen* um freiwillige Zusammenschlüsse von Initiativen, Gruppen sowie Akademiker- und Familienkreisen, deren Anfänge zum Teil in die Zeit vor 1989 zurückreichten. Im Ostteil des Bistums Berlin<sup>170</sup> sowie in den Jurisdiktionsbezirken Schwerin und Magde-

167 Vgl. Berichte und Dokumente, Nr. 74 vom Januar 1990, S. 11: Dr. Friedrich Kronenberg, Laienarbeit und politische Entwicklung in der DDR. Vor der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 24./25. November 1989.

168 Zu den Laienaktivitäten in Seelsorge und Caritas vgl. die knappe Skizze von Andrea WILKE, *Laien in der Katholischen Kirche in der SBZ/DDR*, in: Erwin GATZ (Hg.), *Laien in der Kirche*, Freiburg i. Br. 2008, S. 328–336; zur Rolle der Akademiker und Studenten vgl. GRÜTZ (wie Anm. 66), S. 140–145.

169 Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 284 vom 7.12.1989, S. 3: Kirche in der DDR will „katholische Profile“ deutlicher machen.

170 In Berlin stellten sich am 28.10. drei neu entstandene Laieninitiativen der Öffentlichkeit vor; sie schlossen sich Ende November mit schon länger bestehenden Kreisen wie denen

burg existierten solche aktiven und eigenständigen Kreise. Sie bildeten nun um der besseren öffentlichen Wirkung willen koordinierende und kooperative Gremien. Hingegen ging *zum anderen* der Anstoß, die bereits bestehenden Gruppen und Kreise zusammenzuführen, in Dresden, Erfurt und Görlitz vom Bischof aus.<sup>171</sup> Die dort gegründeten Delegiertenversammlungen trugen die „Aktion“ im Namen – in Erfurt die „Katholische Soziale Aktion“, in Dresden und Görlitz die „Aktion katholischer Christen“.<sup>172</sup>

Der Berliner Bischof Sterzinsky hatte bereits am 8. November 1989 ähnlich wie später Wanke in Erfurt die Laieninitiativen im Ostteil seines Bistums aufgefordert, sich politisch und gesellschaftlich einzusetzen,<sup>173</sup> und dabei zugleich die Gründung eines Zentralkomitees der Katholiken in der DDR nicht ausgeschlossen.<sup>174</sup> In ihrem Selbstverständnis knüpften sie an den in den 1980er Jahren eingeleiteten Aufbruch zu vermehrtem gesellschaftlichem Engagement an. Gleichwohl gelang es nur relativ langsam, sie auch organisatorisch zu bündeln. Erst am 13. Januar 1990 schlossen sich sämtliche Laieninitiativen in Dresden zu einem „Gemeinsamen Aktionsausschuss Katholischer Christen in der DDR“ zusammen. Am 17. Februar 1990 konstituierte sich dieses DDR-weit aus Delegierten katholischer Laiengruppen zusammengesetzte Bündnis in Berlin.<sup>175</sup> Die verabschiedete Rahmenordnung nannte folgende Aufgaben: gegenseitige Unterstützung, überregionale Koordination und Kooperation, dialogorientierter Erfahrungsaustausch, öffentliche Stellungnahmen zu gesell-

---

der Akademiker und der wiederbegründeten Kolpingvereine zum „Aktionsausschuss katholischer Christen“ zusammen. Vgl. Hans Joachim MEYER, *Das Entstehen der katholischen Laienbewegung in der DDR. Vortag vor dem Diözesanrat der Katholiken in Berlin (West) am 19. Februar 1990*, in: DERS., *Wege und Mauern*, Leipzig 1993, S. 14–22, hier S. 14; KNA BD, Nr. 192 vom 7.11.1989, S. 2: Katholiken in der DDR streben eigene Laienbewegung an. Der Wortlaut des Aufrufs zu einer „Katholischen Laieninitiative“ in: „St. Hedwigsblatt“, Nr. 45 vom 5.11.1989, S. 357.

- 171 Vgl. Berichte und Dokumente, Nr. 75 vom August 1990, S. 5f.: Prof. Dr. Hans Joachim Meyer: Kurzbericht über die kirchliche Entwicklung im anderen Teil Deutschlands. Vor der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 23.5.1990.
- 172 In den südlichen Jurisdiktionsbezirken hatten sich auf Initiative der dortigen Bischöfe Laiengruppierungen zusammengeschlossen: Ende Oktober in Dresden der gleichnamige „Aktionsausschuss katholischer Christen“, Anfang Dezember in Erfurt die „Katholische Soziale Aktion Thüringen“. MEYER, *Entstehen* (wie Anm. 170), S. 14f.; KNA BD, Nr. 209 vom 2.12.1989, S. 2: Thüringer Katholiken gründen neue Laienorganisation.
- 173 Angeregt wurden die Bischöfe dazu nicht zuletzt durch den an der Humboldt-Universität als außerordentlicher Professor lehrenden Hans Joachim Meyer. Vgl. Bernhard DITTRICH, *Stützen oder Kritiker eines sozialistischen Staates? Die Kirche am Vorabend der Revolution*, in: FRIEMEL (wie Anm. 21), S. 43–54, hier S. 51.
- 174 Vgl. KNA BD, Nr. 192 vom 7.11.1989, S. 2: Katholiken in der DDR streben eigene Laienbewegung an sowie ebd., Nr. 193 vom 9.11.1989, S. 194: Sterzinsky wünscht demokratische Grundordnung für die DDR.
- 175 Beschluss vom 13.1.1989 über die Bildung des Aktionsausschusses, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 292, Anm. 103. Vgl. auch „Tag des Herrn“, Nr. 4 vom 28.1.1990, S. 3: „Gemeinsamer Aktionsausschuß katholischer Christen in der DDR“.



schaftlichen sowie kirchlichen Fragen, Zusammenarbeit mit evangelischen Christen und die Bildung eines zentralen und repräsentativ zusammengesetzten Laiengremiums der katholischen Christen im Bereich der Berliner Bischofskonferenz. Dies entsprach nicht nur einem von der Berliner Bischofskonferenz am 4./5. Dezember 1989 geäußerten Wunsch.<sup>176</sup> Es war aus Sicht des westdeutschen ZdK ein erster, von ihm nachdrücklich unterstützter Schritt auf dem Weg zum Aufbau eines selbstständigen Laienkatholizismus in der DDR.<sup>177</sup>

Die äußere Organisation eines DDR-weiten Koordinations- und Dialogforums katholischer Laien verdeckelt, dass ererbte soziale, mentale und innerkirchliche Dispositionen des katholischen Diasporakatholizismus zu überwinden waren. Hans Joachim Meyer, als Vorsitzender des „Gemeinsamen Ausschusses“ einer der treibenden katholischen Akteure in der DDR 1989/90, ab 1992 Vizepräsident und im April 1997 Nachfolger Waschbüschs im Amt des ZdK-Präsidenten, nannte in seinem Vortrag vor dem West-Berliner Diözesanrat im Februar 1990 ein ganzes Bündel solcher Dispositionen: eine kaum entwickelte politische Kultur, nur geringe Erfahrungen in Kommunikation und Kooperation, unterentwickelte dialogische Fähigkeiten des Sprechens, ein starker antistruktureller und antiinstitutioneller Affekt und ein Misstrauen dagegen, Entscheidungen zu delegieren, und nicht zuletzt eine innerkirchliche Frustration, die aus der langjährigen bischöflichen Diskreditierung gesellschaftlichen Engagements von Laienchristen resultierte.

Darüber hinaus sah Meyer den entstehenden Laienkatholizismus in der DDR innerkirchlich mit geradezu gegenläufigen Erwartungen konfrontiert: „Das war einmal das aus der allgemeinen Orientierungslosigkeit geborene Verlangen, den Katholiken eindeutig eine politische Heimat zuzuweisen, die dann auch noch möglichst ein bischöfliches Gütesiegel trägt. Und auf der anderen Seite ist es die Neigung, eine eigene katholische Laienbewegung überhaupt für überflüssig zu halten und stattdessen gesellschaftliches Zeugnis von Christen nur in ökumenischen Gemeinsamkeit zu suchen, oder sich überhaupt nur unmittelbar mit politisch Gleichgesinnten, seien sie christlich oder nicht, gesellschaftlich einzubringen“.<sup>178</sup> Nicht zu unterschätzen war schließlich die auch unter den Bischöfen verbreitete Befürchtung, den soeben erst gewonnenen

---

176 Vgl. „St. Hedwigsblatt“, Nr. 52/53 vom 25.12.1989, S. 411: „Vollversammlung der Berliner Bischofskonferenz. Arbeitsgruppen zu gesellschaftlichen Aufgaben“.

177 Hans Joachim Meyer hatte bei der öffentlichen Ankündigung am 13.1.1990 den Gemeinsamen Aktionsausschuß als „einen wichtigen Schritt zu einem zentralen repräsentativen Laiengremium“ bezeichnet, „das mit dem ZdK in Bonn verglichen werden könne“. Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 12 vom 15.1.1990, S. 3: Katholiken gründeten zentrales Laiengremium.

178 MEYER, *Entstehen* (wie Anm. 170), S. 20.

„Vorteil der später Gekommenen“<sup>179</sup> wieder zu verlieren und im Einigungsprozess „fast unbemerkt zum Appendix der so viel potenteren katholischen Kirche in der Bundesrepublik“ zu werden.<sup>180</sup>

In welcher Weise sich das ambitionierte westdeutsche ZdK und die keineswegs homogenen Laiengruppierungen in der DDR binnen eines Jahres aufeinander zu bewegen, wäre eine eigene, archivgestützte Untersuchung wert. Der Berliner Katholikentag im Mai 1990 bot Gelegenheit, ostdeutsche Laienvertreter stärker einzubinden und ihre führenden Repräsentanten zur Gremienarbeit des ZdK einzuladen. Dass es der ZdK-Führung offenbar gelang, durch respektvollen Umgang ein vertrauensvolles Verhältnis herzustellen, hat Meyer rückblickend dankbar vermerkt.<sup>181</sup> Gleichwohl dürfte es ihm und seinen Mitstreitern im Aktionsausschuss nicht leicht gefallen sein, sich von Vorstellungen zu verabschieden, die auf eine selbständige, den besonderen ostdeutschen Kirchenverhältnissen Rechnung tragende Organisationsstruktur hinausliefen.

Überdies hatten außer kirchlichen Katholikenräten auf der Ebene der Jurisdiktionsbezirke auch überdiözesane katholische Verbände wie der Kolpingverband, die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (KFD), der Bund katholischer Unternehmer (BKU) und die Katholischer Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) damit begonnen, Ortsvereine in Ostdeutschland wieder neu zu errichten.<sup>182</sup> In Ostdeutschland begann sich die duale Struktur des ZdK als ein Zusammenschluss von Delegierten des Verbandskatholizismus sowie aus den Diözesen (Diözesanräten) abzuzeichnen. Die organisatorische Integration des Gemeinsamen Aktionsausschusses in das ZdK fand knapp zwei Monate nach der Wiedervereinigung ihren Abschluss: Die Vollversammlung des ZdK beschloss am 23. November 1990, nach einem für Westdeutschland geltenden Zahlenschlüssel dreißig Plätze für gewählte Laienvertreter aus den ostdeutschen Jurisdiktionsbezirken bereitzustellen; 24 der 30 Plätze wurden sofort mit zuvor bereits benannten Kandidaten besetzt.<sup>183</sup> Sitzungsgemäß wurden die Vertreter des Gemeinsamen Aktionsausschusses im Sinne eines „Dachver-

179 Vgl. MEYER, *Katholizismus* (wie Anm. 98), S. 120.

180 So MEYER, *Entstehen* (wie Anm. 170), S. 21. KNA AD Inland, Nr. 45 vom 22.2.1990, S. 2: „Katholische Kirche in der DDR darf nicht zum Anhängsel werden“.

181 Hans Joachim MEYER, *Vom Berliner Katholikentag zum Dresdner Katholikentag – Der Weg des Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen*. Vor der Versammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 29. Juni 1994 in Dresden, in: *Berichte und Dokumente* 93 (September 1994), S. 71–76, hier S. 74.

182 Hans Joachim MEYER, *Kurzbericht über die kirchliche Entwicklung im anderen Teil Deutschlands*. Vor der Versammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 23. Mai 1990, in: *Berichte und Dokumente* 75 (August 1990), S. 5–10, hier S. 8.

183 KNA AD Inland, Nr. 273 vom 24.11.1990, S. 1: Dem ZdK gehören jetzt auch ostdeutsche Katholiken an. Die verfügbare Namensliste im Archiv des ZdK führt folgende 26 Namen auf:

bandes“ als Repräsentanten des ostdeutschen Verbandskatholizismus, die übrigen Vertreter als Delegierte aus den Diözesen in das ZdK aufgenommen.<sup>184</sup> Ebenso wie bei der Integration der Berliner Bischofskonferenz in die Deutsche Bischofskonferenz blieb auch im führenden deutschen Laiengremium eine ostdeutsche „Vertretung“ bestehen. Im Vorfeld des Dresdener Katholikentages 1994 löste sich dann der „Gemeinsame Aktionsausschuss katholischer Christen“ auf.<sup>185</sup>

#### 4. Ostdeutscher Laienkatholizismus und politisches Engagement

In den Wochen der gesellschaftlichen Umwälzungen und politischen Neuorientierungen vermochte der organisatorisch erst im Entstehen begriffene, keineswegs homogene Laienkatholizismus in der DDR mit den Entwicklungen

Name	Funktion	Jurisdiktionsbezirk
Appenroth, Klaus J. Bischoff, Norbert	AG Akademikerseelsorge Büro der Katholischen Koordinierungsgruppe	
Blazejewski, Marlies	Kath. Soziale Aktion	Erfurt-Meiningen
Bode, Bernd	Kath. Soziale Aktion	Erfurt-Meiningen
Cwiklinski, Bernd	V: XX BKU	
Demuth, Petra	Aktion katholischer Christen (AKC) Görlitz	Dresden
Dorschner, Stephan	Kath. Soziale Aktion	Erfurt-Meiningen
Frank, Manfred	Stv. Vorsitzender AKC in der DDR	
Gellner, Heinrich	AKC Görlitz	Dresden
Grebing, Reinhard	V: Kolping	
Haase, Klaus	Vors. Pfarrgemeinderat/Mitgl. AK „Wirtschaft“	
Hannich, Michael	Koordinierungsstelle/AKC Görlitz	Dresden
Krah, Peter	Arbeitsausschuss AKC	
Legutke, Nikolaus	Koordinierungsstelle AKC Gera-Leipzig	Dresden
Mattern, Günter	Laieninitiative Güstrow	Schwerin
Meyer, Hans Joachim	Vorsitzender des AKC in der DDR	
Pilz, Joachim		Dresden
Pommerening, Hans	Koordinierungsstelle/Gruppe Christen für Demokratie	Berlin
Räuber, Burkard		Schwerin
Rothmann, Helmut	Koordinierungsstelle AKC	Dresden
Schröter, Dieter	Koordinierungs- und Leitungsgruppe der Kath. Sozialen Aktion	
Schubert, Hasko	AG Akademikerseelsorge	
Sonnevend, Adam		Schwerin
Streich, Bernd	Geschäftsführer/V: Gemeinsamen Aktionsausschusses in der DDR	
Ullrich, Klaus	Sprecherrat	Berlin
Ungváti, Johannes	AKC	Dresden

– Im Berliner „St. Hedwigsblatt“ blieb dieses Ereignis unerwähnt.

184 Diözesanräte gab es lediglich in den Diözesen Berlin und Dresden-Meißen, weil eigenständige Diözesen in Ostdeutschland erst in den folgenden Jahren errichtet werden sollten.

185 Zur Auflösung des Ausschusses vgl. den Rückblick von MEYER (wie Anm. 181), S. 71–76.

nicht in jeder Hinsicht Schritt zu halten<sup>186</sup>. Die ausgeprägte Skepsis gegenüber allen Absichten, das Laienengagement auf die Mitwirkung in den alten und neuen politischen Parteien hinlenken zu wollen, speiste sich aus ganz unterschiedlichen Quellen: Jahrzehntlang geübte politische Abstinenz von Bischöfen, Klerus und Laien wirkte nach, wenn in einem Kommentar der Ost-Berliner Kirchenzeitung „St. Hedwigsblatt“ gewarnt wurde, in einer sich „wendenden“ Ost-CDU mitzuwirken, die alte Zentrums- und CDU-Traditionen wiederbelebe und christliche Traditionen bekräftige.<sup>187</sup>

Ein anderes Argument kam aus jenen Kreisen, die sich der Bürgerrechtsbewegung verbunden wussten. Der Physiker Stefan Schwabe, Gründungsmitglied des „Gesellschaftlichen Gesprächsforums Berlin“, begründete seine Distanz damit, den neu gewonnenen Bewegungsspielraum zunächst für grundlegende Demokratieerfahrungen zu nutzen. Es gehe zunächst darum, „sich als Laien im Raum der Kirche zu gesellschaftlich relevanten Fragen zu artikulieren“ und „uns als Laien [zu] befähigen, in solchen [gesellschaftlichen und politischen] Organisationen selbst aktiv zu werden. Ohne Zweifel besteht bei uns Katholiken – so wie in der ganzen Gesellschaft – ein Nachholbedarf im Einüben von Demokratie.“<sup>188</sup> Noch tiefer reichte schließlich die Erfahrung, dass eine sich rasch entwickelnde Vielfalt politisch organisierter Überzeugungen die einst entpolitisierte, dafür aber vertraute Geschlossenheit der katholischen Pfarrgemeinden aufbrach<sup>189</sup>. Die (partei-)politische Pluralität zu fördern, lief dem traditionellen Einheitsparadigma der katholischen Minderheit zuwider.

Die Übergänge zum politischen Engagement waren allerdings fließend: Der Sprecher der KSA im Bistum Erfurt, Dieter Schröter, sah die Aufgabe der „Katholischen Sozialen Aktion“ u. a. darin, Argumente der Katholischen Soziallehre in die Diskussion um die entstehenden Parteiprogramme einzubringen.<sup>190</sup> Im Vorfeld der Volkskammerwahl richtete die Organisation 20 Fragen an alle Parteien und verteilte die Antworten als „Wahlprüfsteine“ in einer eige-

186 Zur Formierung der alten und neuen Parteien in der Transformationsphase vgl. JÄGER (wie Anm. 5), S. 197–297.

187 Vgl. „St. Hedwigsblatt“, Nr. 48 vom 26.11.1989, S. 377, S. 384: „Engagement?“; KNA AD Inland, Nr. 276 vom 28.11.1989, S. 1 (wie Anm. 119); zur Ost-CDU vgl. den Entwurf de Maizières vom 25.11.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 278f. – Noch im Januar 1990 löste ein Appell aus linkskatholischen Kreisen, der Ost-CDU beizutreten, innerkirchlichen Widerspruch aus. Vgl. den „Offenen Brief aus Halle“, veröffentlicht in der „Neuen Zeit“ vom 17.1.1990, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 290f.

188 Vgl. Interview Schwabes mit der KNA, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 276f.; KNA AD Inland, Nr. 272 vom 22.11.1989, S. 1: DDR: Laieninitiativen wolle keine Parteien gründen.

189 Vgl. den Hinweis DUCKES, *Balance* (wie Anm. 96), S. 89.

190 Vgl. KNA AD Inland, Nr. 50 vom 28.2.1990, S. 2: DDR-Laien wollen katholische Soziallehre in Parteien einbringen.

nen Zeitungsauflage von 150.000 Exemplaren an die Wähler in Thüringen.<sup>191</sup> Die Mitglieder der in Ost-Berlin aktiven „Katholischen Studiengruppe Kirche und Welt“, die die Erkenntnisse und Erfahrungen der Katholischen Soziallehre für die gesellschaftliche Situation in der DDR fruchtbar zu machen suchte, waren zugleich im „Neuen Forum“ oder anderen oppositionellen Gruppierungen aktiv.<sup>192</sup> In Halle wirkten im Sinne einer „politischen Ökumene“<sup>193</sup> der Pfarrer und Begründer des kirchenkritischen „Aktionskreises Halle“<sup>194</sup>, Claus Herold, zusammen mit dem protestantischen Superintendenten Buchenau als Initiatoren des Runden Tisches des Bezirks Halle mit. Unter Mitwirkung der Kirchenvertreter wurde ein dezidiert demokratisches Selbstverständnis entwickelt, welches auf eine Unumkehrbarkeit der neuen Verhältnisse bis zur Durchführung von freien Wahlen gerichtet war.<sup>195</sup> Wie in Halle war man auch in anderen Gruppen des Magdeburger Jurisdiktionsbezirks – zumal im Vorfeld der Kommunalwahlen – an den kirchlichen Anliegen des Gemeinsamen Aktionsausschusses zunächst wenig interessiert. In Mecklenburg hatte die im Oktober 1989 gegründete Initiative „Christen für Demokratie“ dazu geführt, dass in einzelnen Gemeinden ohne Mitwirkung der Amtskirche stark politisch akzen-

191 Vgl. Siegfried SCHNAUSS, *Die Katholische Soziale Aktion*, in: Andreas DORNHEIM/Stephan SCHNITZLER (Hg.), *Thüringen 1989/90. Akteure des Umbruchs berichten*, Erfurt 1995, S. 243–252, hier S. 245; zur KSA in Thüringen auch NEUBERT (wie Anm. 2), S. 309.

192 Vgl. „St. Hedwigsblatt“, Nr. 48 vom 26.11.1989, S. 377, S. 384; KNA BD, Nr. 202 vom 21.11.1989, S. 2: Weitere katholische Laienorganisation in Ost-Berlin gegründet; MEYER, *Entstehen* (wie Anm. 170), S. 14.

193 So die von Steffen Reichert geprägte, treffende Formulierung bei der Präsentation des Buches von Patrick WAGNER (Hg.), *Schritte zur Freiheit. Die friedliche Revolution 1989/90 in Halle an der Saale*, Halle 2009. Freundliche Mitteilung Dr. Peter Willms, Halle vom 5.12.2009.

194 Der aus Priestern und Laien bestehenden Aktionskreis, der sich im Herbst 1969 in Halle im Zusammenhang mit der als autoritativ empfundenen Ablösung des damaligen Magdeburger Weihbischofs Rintelen gebildet hatte, fand in den folgenden Jahren aufgrund seiner immer wieder vorgetragenen, „progressiven“ kirchenreformerischen Forderungen weit über Halle hinaus in Gemeinden der DDR Zuspruch. Ca. 300 Interessenten zählten Ende der 1970er Jahre zu den Abonnenten der regelmäßig erstellen „Rundbriefe“. Vgl. Martin HÖLLEN, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten*, Bd. 3, 1. Teil-Bd.: 1966–1976, Berlin 1998, S. 214–217; SCHÄFER, *Staat* (wie Anm. 3), S. 277–279.

195 Im Unterschied zum Zentralen Runden Tisch in Berlin war in Halle „von einer Wiederbelebung und Verbesserung des sozialistischen Staates DDR ... keine Rede.“ Peter WILLMS, *Vorgeschichte und Selbstverständnis des Runden Tisches des Bezirkes Halle*. Manuskript (masch.), Halle o. J.; Steffen REICHERT, *Schritte zur Freiheit. Die friedliche Revolution 1989/90 in Halle an der Saale*, in: WAGNER (wie Anm. 193), S. 12–187; Francesca WEIL, *Die Runden Tische*, in: Klaus-Dietmar HENKE (Hg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009, S. 316–328, hier S. 319f.

tuerte, auf Hilfestellungen im Wahlkampf und die Mitarbeit am Runden Tisch gerichtete Basisgruppen entstanden waren.<sup>196</sup>

Am 7. Dezember 1989 trafen die Vertreter der alten Kräfte und neuen Gruppierungen erstmals zum Zentralen Runden Tisch in Berlin zusammen. Ohne in Zeiten des krisenhaften Staatskollapses das Machtvakuum füllen zu können, fand die zivilgesellschaftliche Organisation der öffentlichen Kontrolle und dann auch des politischen Übergangs zu freien demokratischen Wahlen im Dietrich-Bonhoeffer-Haus der Ost-Berliner Brüdergemeinde einen besonderen Ort. Der Zentrale Runde Tisch war für die katholischen Vertreter (und nicht nur für sie) ein Ort gesellschaftlicher Dialog-, Diskussions- und unmittelbarer Demokratieerfahrung.<sup>197</sup> Insbesondere aber hatte er für die katholische Kirche auch symbolische Bedeutung. Unter landesweiter medialer Öffentlichkeit übernahm sie auf Einladung der evangelischen Kirche – wie vielerorts – mit dieser gemeinsam eine moderierende, auf Konsens und Ausgleich gerichtete Vermittlerrolle und politische Verantwortung in einem zusammenbrechenden öffentlichen Staatswesen. An keinem historischen Ort verdichteten sich gesellschaftlicher Emanzipationsprozess und neues Selbstverständnis der minoritären katholischen Kirche eindrücklicher als bei den unter einem adventlichen Weihnachtsstern stattfindenden Zusammenkünften der Oppositionsbewegung mit Vertretern der SED und der Blockparteien. Die „Berliner Kirchenprinzipien“ besaßen hier keine Gültigkeit. Nicht zuletzt deshalb sahen sich die Bischöfe gezwungen, auf ihrer Sondersitzung am 5. Dezember schließlich dem Drängen der kirchlichen „Basis“<sup>198</sup> nachzugeben. Anstelle des langjährigen kirchlichen Verhandlungsbeauftragten Lange entsandten sie den Direktor der Studienstelle der Berliner Bischofskonferenz und Stellvertreter des Sekretärs der Berliner Bischofskonferenz, Karl-Heinz Ducke, als katholischen Ver-

---

196 Im Magdeburger Jurisdiktionsbezirk wurde im Seelsorgeamt lediglich ein Koordinationsbüro für die verschiedenen, vor allem politisch engagierten Gruppen eingerichtet, während es in Mecklenburg bei zwei Laiengruppierungen in Schwerin und Rostock blieb. Vgl. MEYER, *Entstehen* (wie Anm. 170), S. 15.

197 Vgl. „Tag des Herrn“, Nr. 11 vom 18.3.1990, S. 1, S. 8: „Ducke, Runder Tisch – Faktor der Stabilität“; Katharina STROBEL, *Als Vertreterin der katholischen Kirche am Runden Tisch des Bezirkes Suhl – ein Erlebnisbericht*, in: DORNHEIM/SCHNITZLER (wie Anm. 191), S. 232–234.

198 Am 28. November 1989 machte Pfarrer Heinz-Josef Durstewitz in einem Schreiben an den Bischof Sterzinsky seinem Ärger darüber Luft, dass die Bischöfe als Kirchenvertreter am Zentralen Runden Tisch in Berlin ihren bisherigen Verhandlungsbeauftragten beim Staatssekretär für Kirchenfragen, Prälat Gerhard Lange, benannt hatten. Der den Oppositionskreisen nahestehende Durstewitz, Sekretär der Pastorkonferenz in Berlin, forderte vehement, „die Kirchenpolitik der Glaubwürdigkeit wegen völlig neu zu konzipieren“. Kirchenintern trage die bisherige Politik „unzweifelhaft stalinistische Züge.“ HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 279.

treter an den Zentralen Runden Tisch.<sup>199</sup> Mit Hans Joachim Meyer erhielt dort zugleich ein katholischer Laie Beobachterstatus, der es ihm u. a. ermöglichte, eigene Vorstellungen über das künftige Bildungssystem der DDR in die Diskussionen einzubringen.<sup>200</sup>

Um Ducke herum entstand mit bischöflicher Billigung ein politischer Beraterkreis. Zur Vorbereitung auf die anstehenden Sachgespräche mit den Vertretern am Zentralen Runden Tisch, aber auch der Regierung über die anzustrebenden Reformen richteten die Bischöfe auf der Sitzung am 5. Dezember 1989 sieben Arbeitsgruppen ein, in die sie sachkompetente Laien beriefen.<sup>201</sup> Erstmals wurde damit kirchenpolitische Verantwortung im engeren Sinne an Laien übertragen. Bis Anfang März 1990 lagen Vorschläge und Empfehlungen zur Novellierung der DDR-Verfassung, der Mediengesetzgebung, des Bildungswesens, des Gesundheits- und Sozialwesens, zur Militärreform und zu ökologischen Fragen vor. Das Bestreben, Eckpunkte für die neue DDR-Verfassung zu erarbeiten, war zu diesem Zeitpunkt allerdings schon von der ins Blickfeld rückenden deutschen Einheit eingeholt.<sup>202</sup>

199 Vgl. EBD. S. 279f., S. 283f. Hans Joachim Meyer erhielt als Vertreter der Katholischen Laienbewegung Beobachterstatus. Vgl. „Tag des Herrn“, Nr. 1 vom 7.1.1990, S. 8: „Die katholische Kirche und der ‚Runde Tisch‘“.

200 Meyer war seit 1987 Mitglied des Beirates der von Ducke geleiteten Studienstelle der Berliner Bischofskonferenz und seit Dezember 1989 der ebenfalls von Ducke verantworteten Arbeitsgruppe „Verfassungsfragen“ (s. Anm. 202 und S. 61) gewesen. Vgl. „Tag des Herrn“, Nr. 19 vom 13.5.1990, S. 7: „Katholik als Minister“; vgl. auch Meyers Interview im „Tag des Herrn“, Nr. 20 vom 20.5.1990, S. 4: „Ich sehe mich nicht als Konkursverwalter“.

201 Verantwortlich für die Leitung einer Arbeitsgruppen waren: Dr. theol. Karl-Heinz Ducke, Berlin (Verfassungsfragen) und Caritasdirektor Pfarrer Reinhold Janiszewski, Berlin (Soziale Fragen) sowie die Laien Dr. Peter Willms, Halle (Rechtsreform), Rudolf Förster, pädagogischer Psychologe aus Magdeburg (Erziehung und Bildung), Christoph Kießig, Berlin (Wehrdienstfragen), Dr. Klaus Stieber, Physiker an der Akademie der Wissenschaften in Berlin (Ökologische Fragen) und Bernd Wiedemann, Redakteur der Pressestelle beim Sekretariat der Berliner Bischofskonferenz (Medienfragen). In den Arbeitsgruppen sollte möglichst ein Bischof mitarbeiten und für jede Gruppe ein Vertreter des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR eingeladen werden. An dem Sachgespräch über Fragen des Zivildienstes sollten der Leiter der Arbeitsgruppe *Justitia et Pax*, Prälat Dieter Grande, und Wilfried Jahn von der Zentralstelle Berlin des Deutschen Caritasverbandes teilnehmen. Vgl. „Tag des Herrn“, Nr. 51/52 vom 24.12.1989, S. 4; KNA AD Inland, Nr. 284 vom 7.12.1989, S. 1f.: DDR: Katholische Bischöfe setzen sich für streikende Häftlinge ein.

202 Vgl. die zusammenfassende Berichterstattung im „Tag des Herrn“, Nr. 11 vom 18.3.1990, S. 3: „Mitarbeit von Katholiken an der Mediengesetzgebung“ sowie Nr. 15 vom 15.4.1990, S. 5: „Arbeitsgruppen der Berliner Bischofskonferenz berichten über ihre Tätigkeit“. Auf der Vollversammlung der Berliner Bischofskonferenz am 5.–7.3.1990 berichtete Ducke den Bischöfen von den Beratungsergebnissen. Vgl. „Tag des Herrn“, Nr. 12 vom 25.3.1990, S. 3: „Erste Ordentliche Vollversammlung der Berliner Bischofskonferenz“. – Auf ihrer außerordentlichen Vollversammlung am 17.4.1990 referierten Dr. Johannes Niemeyer und Rechtsanwalt Leopold Turowski vom Katholischen Büro Bonn über „Das Verhältnis von Staat und Kirche in rechtlicher und praktischer Sicht“. Die Bischöfe

Dass die Entscheidung gleichwohl richtungweisend war, zeigte sich, als mit dem Eintritt der Oppositionsgruppen in die „Regierung der Nationalen Verantwortung“ unter Führung Modrows der Runde Tisch im Januar 1990 in eine neue Phase trat, die sein Selbstverständnis und seine Funktion veränderten. Mit dem Sprecher des „Neuen Forums“, Volker Abend, 1989 Dozent an der Ingenieurhochschule in Berlin-Weißensee und zuvor seit 1985 Direktor der privaten katholischen Theresienschule in Ost-Berlin, übernahm am 10. Januar 1990 als Stellvertreter des amtierenden Bildungsministers zugleich ein Katholik Verantwortung für die Neubegründung und -gestaltung des DDR-Schulwesens.<sup>203</sup> Nach der Übernahme von Regierungsverantwortung markierte der Besuch des DDR-Ministerpräsidenten bei Gorbatschow am 30. Januar 1990 einen weiteren Einschnitt: „Seitdem aber das Wort von der deutschen Einheit durch Michael Gorbatschow beim Besuch des Ministerpräsidenten Modrow in Moskau in die politische Diskussion geworfen wurde, hat sich die Situation der DDR total verändert.“<sup>204</sup>

Mehr noch als das politische Engagement katholischer Laien und auch Priester an den zahlreichen Runden Tische drängten die ersten freien Volkskammer-, Kommunal- und Landtagswahlen in der DDR dazu, die Frage zu klären, was das spezifisch „Katholische“ des politischen Engagements von Katholiken ausmachen sollte. Keine Sympathien fanden sich im ostdeutschen Laienkatholizismus für eine Reform der DDR durch einen „verbesserten“ Sozialismus.<sup>205</sup> Der am 28. November 1989 veröffentlichte Aufruf „Für unser Land“ verhallte fast ungehört.<sup>206</sup> Das Bestreben katholischer Christen in den Oppositionsgruppen und an den Runden Tischen, die revolutionäre Entwicklung unumkehrbar zu machen, mündete am 17. Februar 1990 in die dankbare Feststellung, dass nunmehr der Weg offen sei „für ein einiges Deutschland als

---

beschlossen, bis zur Wiedereinrichtung von Länderregierungen auf dem Gebiet der DDR zunächst die Arbeit der Volkskammer und der neuen Regierung de Maizière durch Fachleute der katholischen Kirche zu begleiten, zugleich aber personelle Vorbereitungen für die Einrichtung Katholischer Büros in den Ländern einzuleiten. Vgl. „Tag des Herrn“, Nr. 18 vom 6.5.1990, S. 3: „Von der außerordentlichen Vollversammlung der Berliner Bischofskonferenz“.

- 203 Vgl. KNA AD Inland, Nr. 9 vom 11.1.1989, S. 6: „DDR: Katholik Abend stellvertretender Bildungsminister“.
- 204 DUCKE, *Balance* (wie Anm. 96), S. 80. Die Entscheidung der Sowjetführung, die deutsche Einheit nicht zu verhindern, war am 26.1.1990 in einem informellen Kreis gefallen. Nach seiner Rückkehr aus Moskau erläuterte Modrow am 1.2. auf einer Pressekonferenz sein Konzept eines stufenweisen Weges zur deutschen Einheit mit einer Konföderation als Zwischenstufe und deutscher Neutralität.
- 205 Vgl. Franz Georg Friemel an die Redaktion der Kirchenzeitung in Potsdam vom 13.12.1989, veröffentlicht in: FRIEMEL (wie Anm. 21), S. 24f.
- 206 Zu den Erstunterzeichnern gehörte der prominente Regisseur, Oppositionelle und Katholik Konrad Weiß. Vgl. [http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/DieDeutscheEinheit\\_aufrufFuerUnserLand/index.html](http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/DieDeutscheEinheit_aufrufFuerUnserLand/index.html) (Stand: Juni 2010).



Glied eines zusammenwachsenden Europa und als friedlicher Partner aller Völker in Ost und West, in Nord und Süd.“<sup>207</sup> Der Aufruf des „Gemeinsamen Aktionsausschusses“ zur bevorstehenden Volkskammerwahl am 18. März bekannte sich zu den Chancen, die eine rechtsstaatliche und eine soziale sowie ökologisch orientierte Marktwirtschaft in ganz Deutschland biete, ohne zu leugnen, „daß die deutsche Einheit nicht mit einem Schläge alle Probleme lösen kann.“<sup>208</sup>

Die aufgeführten Punkte, die der Aufruf den katholischen Christen zur verantwortbaren Wahlentscheidung an die Hand gab, spiegelten die Wertvorstellungen wider, die aus Sicht der Verfasser grundlegend für eine funktionierende Demokratie waren: Achtung der Menschenrechte, Schutz der Familie, ein freies Bildungswesen und ein sozial gerechtes Wirtschaftssystem. Mit ihren aus der katholischen Soziallehre hergeleiteten Forderungen an eine staatliche und gesellschaftliche Neuordnung übernahm der sich formierende Laienkatholizismus nicht nur innerhalb der katholischen Kirche in der DDR eine wichtige Funktion als Transmissionsriemen demokratischen Ideenguts und katholischer Interessen im vorparlamentarischen Raum. Mit Hans Joachim Meyer wurde darüber hinaus am 12. April 1990 der prominenteste Laienkatholik als parteiloser Minister für Bildung und Wissenschaft in das Kabinett der frei gewählten Regierung de Maizière berufen.<sup>209</sup>

Zum Auftakt des 90. Deutschen Katholikentages, der vom 23.–27. Mai 1990 in Berlin stattfand, bekundeten die Vertreter aus beiden Teilen Deutschlands erstmals wieder ihre gemeinsamen Auffassungen und Forderungen zu zentralen Fragen nationaler und internationaler Politik.<sup>210</sup> Die Berliner Erklärung deutscher Katholiken „Für eine gemeinsame Zukunft in Deutschland, in Europa und in der Einen Welt“ war von der Kommission „Politik, Verfassung, Recht“ des ZdK in Bonn unter Einbeziehung des Vorstandes, des Sprecherrates und zuletzt der Vollversammlung des „Gemeinsamen Aktionsausschusses“ vorbereitet worden. Mit dem öffentlichen Aufruf, Recht, Freiheit, Demokratie und Frieden in Deutschland und Europa im Zeichen des Gemeinwohls, der Gerechtigkeit und der Solidarität mit den osteuropäischen Völkern zu verwirklichen, war „ein Konsenspapier und kein Koalitionspapier“ erreicht worden,

---

207 Erklärung des Gemeinsamen Aktionsausschusses zur Volkskammerwahl vom 17.2.1990, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 292–294; KNA AD Inland, Nr. 44 vom 21.2.1990, S. 3: Katholiken zur Teilnahme an Volkskammer-Wahl aufgerufen.

208 Erklärung des Gemeinsamen Aktionsausschusses zur Volkskammerwahl vom 17.2.1990, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 293; „Tag des Herrn“, Nr. 10 vom 11.3.1990, S. 3.

209 Vgl. Meyers Interview (wie Anm. 200), S. 4f.

210 Vgl. Friedrich KRONENBERG, *Zur „Berliner Erklärung deutscher Katholiken“*, in: *Wie im Himmel so auf Erden. 90. Deutscher Katholikentag vom 23. bis 27. Mai 1990 in Berlin. Dokumentation*, Teil I, hg. vom Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, Paderborn 1991, S. 50f. Wortlaut der Erklärung EBD. S. 51–55. Auszüge bei HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 307.

wie Hans Joachim Meyer unterstrich.<sup>211</sup> Jeder patriotische Überschwang oder gar Nationalismus fehlte. Hinter der programmatischen Einigkeit in *politico* verbergte die Erklärung allerdings die Frage, ob die proklamierten Grundgesetz-Prinzipien christlicher Werteordnung tatsächlich auch dem neuen, auf die Vereinigung zusteuernden religiös-weltanschaulich neutralen Deutschland entsprachen.<sup>212</sup> Die gesellschaftlichen und kirchlichen Diskussionen über die Erneuerung eines abendländischen Europas standen noch bevor.<sup>213</sup>

Die entscheidenden Etappen auf dem Weg zur Demokratisierung der DDR und der Vereinigung des geteilten Deutschland waren die binnen acht Monaten durchgeführten vier Wahlen zur Volkskammer der DDR (18. März), zu den Kommunal- (6. Mai) und Landtagsparlamenten (14. Oktober) und zum 12. Deutschen Bundestag (2. Dezember). Der unerwartet hohe Sieg, den die CDU/Allianz für Deutschland mit Ausnahme in Brandenburg durchgängig bei den Volkskammer-, Kommunal- und Landtagswahlen errang, und insbesondere die jeweils folgende Überrepräsentation von Katholiken in Parlamenten und Regierungen löste Irritationen aus.

Außer der wahlentscheidenden, unterschiedlichen Positionierung von CDU und SPD in der zentralen Frage der Wiedervereinigung<sup>214</sup> hatten sich in der 1990 gänzlich umgebrochenen ostdeutschen Wahllandschaft überraschende Kontinuitäten sowohl im Wahl- als Politikverhalten der Katholiken gezeigt. Folgende Beobachtungen lassen sich anführen: 1. die ausgesprochen hohe Bindung der Katholiken an die Kirche, die aus dem Grundkonflikt mit dem Staat herrührte; 2. die relativ hohe Stabilität katholischer Restmilieus im thüringischen Eichsfeld und in der sächsischen Oberlausitz; 3. das prägende kirchliche Engagement und die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Tradition des Sozialkatholizismus, die 1989/90 den Entschluss beförderten, sich politisch einzusetzen und klar gegenüber reformsozialistischen Ideen abzugrenzen; 4. der stille Aufstieg einer katholischen Akademikerelite in der DDR in „unpolitische“ gesellschaftliche Führungspositionen (z. B. Ärzte, Naturwissenschaftler, Ingenieure) besonders seit den siebziger Jahren; 5. die Rekrutierung unbelasteter katholischer Laien aus ebendiesen Kreisen und einer sich langsam reformierenden Ost-CDU.

211 Vgl. Hans Joachim MEYER, *Zur „Berliner Erklärung Deutscher Katholiken“*, in: *Wie im Himmel so auf Erden* (wie Anm. 210), S. 48f.

212 Vgl. *Ist der deutsche Katholizismus systemkonform? Ein Gespräch aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Bundesrepublik mit Ernst-Wolfgang Böckenförde*, – Böckenfördes Ausführungen bezogen sich allein auf die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Herder-Korrespondenz* 43 (1989), S. 260–266.

213 Vgl. zur Diskussion zuletzt: Hans-Joachim VEEN/Franz-Josef SCHLICHTING (Hg.), *Kirche und Revolution. Das Christentum in Ostmitteleuropa vor und nach 1989*, Köln 2009.

214 Vgl. Karl SCHMITT, *Sozialstruktur und Wählerverhalten*, in: Oscar W. GABRIEL (Hg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Köln 1997, S. 425–448, hier S. 428–431.

Die Präsenz von Katholiken in den sich konstituierenden Parlamenten und politischen Ämtern ist bislang nur wenig untersucht worden. In der neu gewählten Volkskammer lag der Anteil der 58 katholischen Abgeordneten in der Volkskammer mit 14,2 % dreimal so hoch wie der Katholikenanteil in der Bevölkerung. Drei Viertel (43) von ihnen gehörten der CDU an, zwei Drittel (38) bereits vor 1990 und über 40 % von diesen (16) bereits vor 1969<sup>215</sup>. Sechs weitere Katholiken vertraten die neu gegründete DSU. Nachdem die alten Machteliten der DDR-Volkskammer durch den revolutionären Umbruch vollkommen desavouiert waren, bildeten die vergleichsweise unbelasteten Kräfte einer aus ihrem Schatten als Blockpartei heraustretenden, sich reformierenden Ost-CDU die maßgebliche personelle Ressource für die politische Präsenz der Katholiken im ersten frei gewählten Parlament der DDR. Demgegenüber stellte der Weg Wolfgang Thierse über das „Neue Forum“ in die SPD die Ausnahme unter den katholischen Abgeordneten in der Volkskammer dar. Thierse war auch der einzige Volkskammerabgeordnete, der bereits 1990 Mitglied im ZdK war. Außer Thierse gehörten die Katholiken Jens Reich, seit 1985 den Oppositionskreisen angehörender Biochemiker, und Konrad Weiß, seit 1964 Mitglied der „Aktion Sühnezeichen“ und bekannter Regisseur, zu den prominenten der insgesamt sieben in der Bürgerrechtsbewegung verwurzelten Abgeordneten.<sup>216</sup> Markant unterschieden sich die Katholiken somit auch im Sozialprofil von den protestantischen Volkskammerabgeordneten, das von den aus der Bürgerbewegung kommenden, in der SPD bzw. bei Bündnis '90/DIE GRÜNEN organisierten kirchlichen Angestellten, namentlich Pfarrern, erkennbar mitbestimmt war.<sup>217</sup> Zwar hatten die Bischöfe im November 1989 auch ihre Priester aufgefordert, in gesellschaftlichen Gruppen und Parteien aktiv zu werden,<sup>218</sup> aber anders als in der evangelischen Kirche wirkte der Entpolitisierungsartikel des Reichskonkordats zusammen mit der jahrzehntelang geübten Disziplin politischer Abstinenz der Wiedererweckung des politischen „Zentrumsprälaten“ entgegen.

Dass die Volkskammer für die katholischen Abgeordneten dauerhaft zum „Elitenpool der neuen Länder“<sup>219</sup> oder zum Sprungbrett in politische Spitzenämter wurde, lässt sich nicht klar belegen. 34 der 58 Katholiken in der Volks-

---

215 Auswertung auf der Grundlage von Christopher HAUSMANN, *Biographisches Handbuch der 10. Volkskammer der DDR (1990)*, Köln 2000.

216 Vgl. auch Jens REICH, *Augen zu und Gas geben. Das Neue Forum und der Herbst 1989*, in: Thomas BROSE (Hg.), *Glaube, Macht und Mauerfälle. Von der friedlichen Revolution ins Neuland*, Würzburg 2009, S. 33–41. Zu erwähnen sind aus den Kreisen der Bürgerrechtsbewegungen noch Claudia Nolte (Neues Forum), Bertram Wiczorek (Neues Forum Auerbach), Horst Karl Schulz (Demokratischer Aufbruch, Erfurt), Norbert Otto (Bürgerkomitee Erfurt). Vgl. HAUSMANN (wie Anm. 215).

217 Vgl. EBD, S. XXII.

218 Vgl. oben Anm. 63.

219 HAUSMANN (wie Anm. 215), S. VI.

kammer, also 59 %, setzten ihre politische Karriere im Deutschen Bundestag, einem der ostdeutschen Landtage oder im Europäischen Parlament fort,<sup>220</sup> was in etwa dem allgemeinen Volkskammerdurchschnitt von rund 65 % entsprach.<sup>221</sup> In politische Spitzenämter schafften es allerdings in den folgenden Jahren lediglich zehn katholische Abgeordnete.<sup>222</sup>

Darüber hinaus stellte die CDU in vier der sechs neu errichteten Bundesländer den Ministerpräsidenten. Drei – Gomolka in Mecklenburg-Vorpommern, Biedenkopf in Sachsen und Duhač in Thüringen – waren katholisch und drei – Stolpe (SPD) in Brandenburg, Gies in Sachsen-Anhalt und Momper (SPD) in Berlin – evangelisch.<sup>223</sup> Die Zusammensetzungen der ersten Kabinette zeigen, dass weniger der Konfessions- als vielmehr der Parteiproporz und die fachliche Eignung für Berufung der Mitglieder ausschlaggebend gewesen sein dürften. Immerhin lassen sich 1990 in Sachsen fünf (davon zwei aus der Bundesrepublik),<sup>224</sup> in Sachsen-Anhalt vier (davon drei aus der Bundesrepublik),<sup>225</sup> in Mecklenburg-Vorpommern ein,<sup>226</sup> in Thüringen zwei<sup>227</sup> und in Brandenburg ein<sup>228</sup> Minister mit katholischer Konfession nachweisen. Darüber hinaus gehörten die Landtagspräsidenten in Sachsen, Erich Iltgen, in Brandenburg, Martin Habermann, und in Mecklenburg, Rainer Prachtl, der katholischen Kirche an.<sup>229</sup> Inwieweit Katholiken auch in kommunale Spitzenämter einrückten, wie Joachim Pilz als Bürgermeister von Chemnitz, oder Wolfgang Tiefensee als Oberbürgermeister von Leipzig, bedürfte ebenso der näheren Untersuchung wie die Präsenz katholischer Abgeordneter in den einzelnen Landtagen.<sup>230</sup>

220 Nicht berücksichtigt sind 10 Abgeordnete, die dem Bundestag lediglich vom 3.10. bis 20.12.1990, der Neukonstituierung des 12. Deutschen Bundestages, angehörten.

221 HAUSMANN (wie Anm. 215), S. V, S. XXVI.

222 Willibald Böck, Alfred Gomolka, Jürgen Haschke, Ulrich Klinkert, Paul Krüger, Gerlinde Kuppe, Claudia Nolte, Werner Sobetzko, Wolfgang Thierse, Bertram Wiczorek. Vgl. HAUSMANN (wie Anm. 215).

223 Vgl. auch Karl SCHMITT, *Christliche Verantwortung in der Demokratie. Evangelische und katholische Abgeordnete im Thüringer Landtag*, in: *Kirche und kirchliche Aufgaben in der parlamentarischen Auseinandersetzung in Thüringen vom frühen 19. bis ins ausgehende 20. Jahrhundert*, hg. vom Thüringer Landtag, Weimar 2005, S. 303–324, hier S. 312.

224 Rudolf Krause, Georg Milbradt, Kajo Schommer, Rolf Jähnichen, Hans Joachim Meyer.

225 Werner Münch, Walter Remmers, Werner Schreiber, Werner Sobetzko.

226 Georg Diederich.

227 Willibald Böck, Klaus Zeh.

228 Roland Resch.

229 Freundliche Mitteilung von Heinz Terhorst, Bad Godesberg.

230 Vgl. SCHMITT, *Christliche Verantwortung* (wie Anm. 223), S. 308. Demnach waren katholische Abgeordnete in ostdeutschen Landtagen zwischen 1990 und 2004 durchschnittlich dreimal so stark vertreten wie in der Bevölkerung. – Kirchlich gebundene Abgeordnete gehörten überwiegend der CDU an: 60 % der protestantischen und 84 % der katholischen Abgeordneten (Umfrage Herbst 1994). Vgl. Karl SCHMITT, *Christliche Abgeordnete in den ostdeutschen Landtagen. Sozialisation und politische Orientierungen*, in: Peter R.

Demgegenüber spielte die „innere Linie“<sup>231</sup> des Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Laien bzw. das ZdK als Reservoir unbelasteter politischer Kräfte vor allem für die CDU offenbar eine untergeordnete Rolle. Eine Vernetzung mit dem ZdK wie bei Hans Joachim Meyer und Wolfgang Thierse erfolgte erst im weiteren Verlauf der 1990er Jahre. Ein Netzwerk musste zunächst auf- und ausgebaut werden. Strukturell und personell waren die Voraussetzungen in Thüringen am besten, wo mit dem Duchač-Nachfolger Bernhard Vogel 1992 ein Politiker die Führung des Landes übernahm, der als vormaliger Ministerpräsident aus Rheinland-Pfalz, Vorsitzender der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung sowie Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken beste Kontakte in Kreise des politischen Katholizismus besaß.

##### *5. Revolution, Wiedervereinigung und Kontinuitäten der katholischen Kirche – ein erstes Fazit*

Bereits Anfang Dezember 1989 setzte die Auseinandersetzung um die Vergangenheit der katholischen Kirche in der DDR ein. Die alles verändernde Reisefreiheit seit dem 9. November 1989 wurde auch für den historischen Rückblick zur entscheidenden Zäsur: Die Verteidigung jahrelang bewährter politischer Abstinenz und „loyaler Distanz“<sup>232</sup> traf auf den selbstkritischen Rückblick, trotz innerkirchlicher Reformorientierungen die oppositionellen Bewegungen nicht rechtzeitig und nachdrücklich genug unterstützt zu haben. Dass die Unterschiede ausgerechnet am 5. Dezember 1989 öffentlich zutage traten, als die Bischöfe auf ihrer Pressekonferenz u. a. ihren Vertreter für den Zentralen Runden Tisch benannten, kann angesichts der symbolischen Bedeutung, die diesem historischen Ort zukam, kaum verwundern.<sup>233</sup> In dem am Silvesterabend

---

WEILEMANN u. a. (Hg.), *Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag*, Paderborn 2005, S. 625–636, hier S. 627.

231 SCHMITT, *Christliche Abgeordnete* (wie Anm. 230), S. 629.

232 So der Titel von Martin HÖLLENS Dokumentation (wie Anm. 4).

233 Als sich die Berliner Bischofskonferenz daraufhin am 5.12.1989 entschloss, ihren Stellvertretenden Sekretär und Leiter der Bischöflichen Studienstelle, Karl-Heinz Ducke, an den Runden Tisch zu entsenden, meldete sich der düpierte Lange auf der sich der Konferenz anschließenden, ersten öffentlichen Pressekonferenz der Berliner Bischofskonferenz zu Wort und trug seine den „Berliner Kirchenprinzipien“ zugrundeliegende Sicht der Dinge vor: die prinzipielle Ablehnung der Legitimität des Unrechtsstaates, dessen Existenz man gleichwohl habe Rechnung tragen müssen, Pressekonferenz vom 5.12.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 281f. – Der Erfurter Bischof Wanke, der sich bereits in den 1980er Jahren für eine Öffnung der katholischen Kirche zur Gesellschaft in der DDR stark gemacht hatte, richtete dementsprechend den Blick nicht zurück, sondern nach vorn. In seinem Pressestatement am 5.12. forderte er dazu auf, die neue demokratische Freiheit als Chance zu nutzen, was auch bedeute, dass „manche unserer Verhaltensweisen, durch die wir uns in der Vergangenheit vor Überfremdung und Vereinnahmung geschützt haben, überprüft werden müssen“. Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 284 vom 7.12.1989, S. 3 (wie Anm. 169).

in allen ostdeutschen Kirchen verlesene Hirtenbrief banden die Bischöfe vorerst beide Perspektiven zusammen: die Verteidigung grundsätzlicher katholischer Positionen gegenüber dem Machtanspruch des sozialistischen Staates durch die Bischöfe bis 1989 in der Vergangenheit und die Mitgestaltung der künftigen Gesellschaft aus katholischen Wertvorstellungen durch engagierte Laien.<sup>234</sup> Für die nun einsetzende und bis heute andauernde Debatte waren die Eckpunkte abgesteckt.<sup>235</sup>

Zwei Jahrzehnte nach Revolution und Vereinigung des geteilten Deutschland fällt die vorläufige Bilanz über die Rolle der katholischen Kirche eher ernüchternd aus. Zwar hält die These von ihrem „Totalausfall“ der historischen Überprüfung nicht stand. Dasselbe gilt auch für die von evangelischer Seite vorgetragene These einer katholischen Machtübernahme, die im Zuge der Wiedervereinigung einer protestantischen Revolution folgte. Doch bestätigt sich Heinz Hürtens Beobachtung einer „deutlichen Zurückhaltung“ der katholischen Kirche sowohl während des revolutionären Umbruchs wie bei der sich anschließenden Wiedervereinigung. Allerdings stehen die erhobenen Befunde und Erkenntnisse noch unter dem Vorbehalt der asymmetrischen Quellenüberlieferung zwischen Ost und West. Weiterreichende Einsichten werden erst möglich sein, wenn auch die Provenienzen der westdeutschen Bischöfe zumindest in ihren wichtigsten Strängen zugänglich sein werden.

Welche Gründe lassen sich für diese Zurückhaltung der katholischen Kirche anführen?

1.) In den 1980er Jahren bestimmten die katholischen Bischöfe in der DDR den Standort ihrer Kirche neu. Die theologisch und pastoral begründete Hinwendung zu einer stärkeren Weltverantwortung von Kirche und Gläubigen in einer säkularen und religionsentleerten Gesellschaft war wegweisend für den Aufbruch aus der Enge einer verkirchlichten Diaspora. Politisch setzte diese Standortbestimmung insofern neue Akzente, als die Bischöfe ihre erklärte Bereitschaft zur gesellschaftlichen Mitgestaltung nicht nur weiterhin unter der Leitlinie der Verweigerung jeder Mitarbeit in Parteiorganisationen stellten, sondern an die Gewährung der Rechte und religiösen Freiheiten banden, die den Christen als Bürger durch Verfassung und Menschenrechte nicht verwehrt werden durften.<sup>236</sup>

Diese – was bislang wenig beachtet wurde – vom Papst nachdrücklich unterstützte Abkehr von einer defensiven Abwehr der sozialistischen Weltanschauung durch politische Abstinenz erfolgte gleichwohl zögernd: Die Wirklichkeit des SED-Regimes blieb auch in den 1980er Jahren totalitär und

234 HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 287f.

235 Zur unmittelbaren Reaktion aus dem linkskatholischen Aktionskreis Halle (AKH) und des kirchenkritischen Theologen Wolfgang Trilling, vgl. EBD. S. 288f., S. 291f.

236 Vgl. HÜRTEIN, *Bischöfsamt* (wie Anm. 32), S. 253.

deshalb verloren die „Berliner Kirchenprinzipien“ keineswegs ihre Plausibilität und Gültigkeit. Ihre fortwährende Wirkung erzeugte in der nach außen geschlossen scheinenden katholischen Kirche spürbare innere Spannungen.

2.) Die dramatische Flüchtlingskrise und der ihr folgende rapide Zusammenbruch der DDR zwischen Mitte September und dem 9. November 1989 überrollte auch die Berliner Bischofskonferenz. Gestützt auf die Mitwirkung der katholischen „Basis“ an den gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen, sprachen sich die katholischen Bischöfe im Herbst 1989 nachdrücklich und öffentlich für die Beseitigung des politischen Reformstaus in der DDR aus.

Dass mit der dynamischen Unterspülung der zusammenbrechenden SED-Diktatur die bis zuletzt konstitutiven kirchenpolitischen Standards so rasch erodierten, scheint die Bischöfe trotz des in den 1980er Jahren eingeschlagenen Reformweges verunsichert zu haben. Anders als manche (aber keineswegs alle) ihrer evangelischen Amtsbrüder reichten sie sich nicht in die Züge der bürgerbewegten Demonstranten ein, sondern standen – wie am 17. Juni 1953 – am Rande. Es ging den Bischöfen darum, eine durchaus mögliche Eskalation der Gewalt zu verhindern. Sie verstanden sich als Stimme des Gewissens, nicht als Politiker. Dies entsprach auch ihrem bischöflichen Amts- und Selbstverständnis, das nicht politisch, sondern seelsorglich bestimmt war. In der ersten Reihe der Demonstranten konnten und wollten die katholischen Bischöfe nicht stehen. Möglicherweise zögerten die Bischöfe aber auch, um nicht die Wahrung der inneren Einheit und Geschlossenheit des Episkopats zu gefährden. Der äußere Druck der politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen bewirkte indes das Gegenteil und führte dazu, dass die Bischöfe einzeln und mit unterschiedlichem Akzent zum revolutionären Geschehen Stellung bezogen. Zu Akteuren der Revolution wurden sie erst, unmittelbar bevor die Mauer fiel: In bewusster Wahrnehmung ihres Wächteramtes stellten sie den Monopolanspruch der SED in Frage, forderten freie, gleiche, geheime Wahlen und appellierten an die Katholiken, ihre christlich gebotene Pflicht zur politischen Verantwortung wahrzunehmen.

3.) Der 9. November 1989 markierte einen tiefen Einschnitt: Die Öffnung der Mauer an der „Nahtstelle der Systeme“ in Berlin beschleunigte katalytisch Agonie, Konfusion, Chaos und Machtverlust des SED-Regimes zum politischen und ökonomischen Zusammenbruch der alten sozialistischen Staatsordnung. In den Tagen der von der Bürgerbewegung getragenen friedlichen Revolution erreichte neben der evangelischen auch die katholische Kirche ein zuvor nicht gekanntes Ausmaß an öffentlicher Aufmerksamkeit und gesellschaftlicher Anerkennung. Ihre Mitwirkung an der revolutionären Umgestaltung von Staats- und Gesellschaftsordnung entsprach nicht nur dem seit den 1980er Jahren verfolgten innerkirchlichen Reformkurs. Vielmehr kam darin ein tief verankertes christliches Verantwortungsethos zum Ausdruck, das mit

dem Willen zu Frieden, aber auch der Bereitschaft zur Versöhnung verschmolz, ohne je politisch naiv zu sein. Der Zentrale Runde Tisch in Berlin brachte wie kein zweiter historischer Ort die neuartige Emanzipation und Integration von Kirche und Katholiken in der DDR symbolisch zum Ausdruck.

Die Grenzöffnung verstärkte diese Wahrnehmung in doppelter Weise: Die unbegrenzte Reisefreiheit markierte das Ende von Mauer, Stacheldraht, schikanöser Ausreise oder lebensgefährlicher Flucht. Sie gefährdete aber zugleich auch die kleinen katholischen Gemeinden in ihrer Existenz. Eindringlich forderten die katholischen Bischöfe deshalb nicht nur die Katholiken auf, zu bleiben und politische Verantwortung in ihrer krisengeschüttelten Heimat zu übernehmen, um die in Gang befindlichen Umgestaltungen unumkehrbar zu machen. Die sich neu eröffnenden politischen und kirchlichen Freiheiten wurden seit dem Fall der Mauer als Herausforderung, aber auch als Krise erfahren. Der allgemeine Stimmungsumschwung, der sich nach der Euphorie über die Grenzöffnung angesichts der katastrophalen ökonomischen Lage der DDR vollzog, erfasste in spezifischer Weise auch die katholische Kirche.

4.) Anders als in Westdeutschland existierte in der DDR kein verbandlich organisierter Laienkatholizismus. Die konfessionelle Diaspora, mehr aber noch die staatlichen Repressionen nach 1945 hatten dazu geführt, dass das kirchliche Leben weitgehend auf die vom Klerus geführten Pfarreien beschränkt blieb. Es überrascht daher, dass die katholische Kirche 1989/90 ein Reservoir engagierter Laien bereit hielt, das sich gemeinsam mit Pfarrern und Vikaren für politische Reformen einsetzte und zu Mitträgern des revolutionären Umbruchs wurde. Darüber hinaus bediente sich auch die kirchliche Hierarchie selbst dieses Potentials, als es um die katholische Mitgestaltung der neuen Verhältnisse ging. Anders als in der evangelischen Kirche, hielt sich der katholische Klerus traditionell von der Politik fern. Die friedliche Revolution 1989 war die Stunde der Laien in der katholischen Kirche. Der in den 1980er Jahren behutsam eingeschlagene Weg zahlte sich aus.

Ihre Mitwirkung an einer christlich fundierten Demokratie wollten die Laien in der DDR nicht parteipolitisch organisieren. Die Vorbehalte gegenüber einem „politischen Katholizismus“ teilten die katholischen Laien mit ihren Bischöfen, wie Helmut Kohl schmerzlich erfahren musste. Hierbei machte sich nicht nur die Kehrseite eines minoritären und verkirchlichten Gemeindelebens bemerkbar, sondern es wirkte auch die Abstinenz gegenüber jeglicher Parteiorganisation, nicht zuletzt der CDU-Blockpartei nach. Diese fest verankerten Verhaltensmuster vermischten sich mit aktuellen Erfahrungen: Die öffentliche, aber auch innerkirchliche Wertschätzung des zivilgesellschaftlichen Engagements an den Runden Tischen wirkten einer parteipolitischen Organisation der christlichen Interessen eher entgegen als dass sie sie förderte. Diese Erfahrungen verdichteten sich in der angstvollen Sorge, in dem gerade erst erreich-



ten Aufbruch aus dem gesellschaftlichen und auch kirchlichen Ghetto, nun aus Westdeutschland instrumentalisiert zu werden.

Infolgedessen erfolgte die politische Mobilisierung der katholischen Laien zweigleisig: einerseits binnenkirchlich durch die Bündelung der verschiedenen Gruppierungen und Initiativen unter dem Dach eines „Gemeinsamen Aktionsausschusses Katholischer Christen in der DDR“, andererseits innerhalb der sich unter Lothar de Maizière reformierenden Ost-CDU. Soweit bislang erkennbar, verlief die politische Gestaltung der vor allem von Bundeskanzler Kohl vorangetriebenen Wiedervereinigung ohne nennenswerten Einfluss ostdeutscher Laienkatholiken und Kirchenvertreter. Dennoch zählte der ostdeutsche Laienkatholizismus dank der Wahlsiege der CDU und ihres „Einheitskanzlers“ Helmut Kohl nicht zuletzt deshalb zu den Gewinnern des Superwahljahres 1990, weil er – was die Wahl mit entschied – unbelastete Kandidaten bereitzustellen vermochte. Für einen relativ kurzen Zeitraum erlangte eine am Bevölkerungsanteil der Katholiken gemessen beachtliche Zahl parlamentarische Mandate und Regierungssämter.

5.) Mit dem Fall der Mauer rückten für die katholische Kirche die Vereinigung Deutschlands und – nolens volens – auch die faktisch geteilten Diözesen und leitende Kirchenorgane auf die Tagesordnung. Die rechtliche, die deutsch-deutsche Grenze übergreifende Einheit der deutschen Diözesen und insbesondere des Bistums Berlin zu wahren, hatte die Kirche und Katholiken in der DDR und der Bundesrepublik vier Jahrzehnte lang verbunden. Die beiderseitige Entfremdung des ohnehin sehr unterschiedlichen kirchlichen Lebens hatte sich dennoch nicht aufhalten lassen. Der Verlauf, den die ostdeutsche Revolution gerade auch für die katholische Kirche in der DDR nahm, minderte nach der Grenzöffnung die langfristig gewachsenen mentalen Entfremdungen keineswegs. Auch wenn dort gegen eine im demokratischen Prozess erreichbare Wiedervereinigung nicht grundsätzlich und offen widersprochen wurde, blieb doch in der Frage der politischen, mehr aber noch in der kirchlichen Vereinigung offenbar eine unsichtbare Trennlinie zwischen Ost und West spürbar.

Es scheint, als seien Episkopat und ZdK in der Bundesrepublik nicht nur von den revolutionären Umbrüchen in der DDR, sondern auch von der zögernden Zurückhaltung überrascht worden, mit der die ostdeutschen Bischöfe und Laienkatholiken der politischen und innerkirchlichen Überwindung der deutschen Teilung gegenüberstanden. Näheren Aufschluss kann erst das noch nicht zugängliche Archivmaterial der westdeutschen Bischöfe und der Führung des ZdK geben. Die bislang verfügbaren Quellen lassen erkennen, dass sich die westdeutsche Kirchenführung nur schrittweise vortastete, um durch beratende, materielle und finanzielle Hilfen die vorhandenen Barrieren abzubauen. Zugleich mussten sich die Bischöfe von Würzburg, Fulda, Hildesheim, Paderborn und Osnabrück wider Erwarten von dem Glauben verabschieden, die politische Einheit werde auch zur Angliederung ihrer in der DDR gelegenen Teile

an die Mutterbistümer führen. Im vereinigten Deutschland kam es zur Errichtung eigener ostdeutscher Diözesen.

Revolution und Wiedervereinigung deckten auf, wie weit sich die katholische Kirche in Ost und West in vier Jahrzehnten auseinander entwickelt hatte. Die als „Wunder“ erlebte überraschende Grenzöffnung und die Herausforderung die Teilung gesellschaftlich wie innerkirchlich zu überwinden, begegnete die katholische Kirche in der DDR und der Bundesrepublik mit deutlich erkennbarer Zurückhaltung. Vorreiter der revolutionären Umwälzungen konnte und wollte die katholische Kirche in der DDR nicht sein, Avantgarde der Vereinigung anscheinend noch weniger. Dies gilt unbeschadet der aktiven Mitwirkung besonders des Laienkatholizismus an der gesellschaftlichen und politischen Umgestaltung 1989/90 und der enormen Anpassungsleistungen, die Kirche und Gläubige binnen weniger Monate an die ganz neue demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vollzogen. Dass der Vereinigungsprozess in die Errichtung neuer eigenständiger Bistümer in Ostdeutschland mündete und die vormalige innerdeutsche Klammer grenzüberschreitender Einheit auf geradezu paradoxe Weise löste, legt deshalb die Schlussfolgerung nahe, dass in der katholischen Kirche 1989/90 langfristige Kontinuitätslinien weit- aus stärker fortwirkten, als es Revolution und Wiedervereinigung vermuten ließen.